

Kommunistisches Programm

— BULLETIN DER IKP —

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

NR. 14

MAI 1977

IN DIESER NUMMER:

- Zum 50. Jahrestag des Massakers von Schanghai (April 1927)
- Die Thesen der kommunistischen Linke (II)
Thesen von Lyon (1926): der Kampf gegen die Stalinisierung der Kommunistischen Internationale
- Die Investition der Habenichtse
- Rundschau:
Sozialisten und Eurokommunisten in Aktion. Gewerkschaftsreform in Spanien. Verlängerung des Lohnraubs in England. Individuelle Gewalt und revolutionäre Vorbereitung. Arbeiterkämpfe in Italien. Wachablösung in Indien.

INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE PARTEI

KOMMUNISTISCHES PROGRAMM

vierteljährliches
Bulletin der IKP

Nr. 14

MAI 1977

Inhalt	Seite
Zum 50. Jahrestag des Massakers von Schanghai (April 1927)	1
Die Verteidigung der Kontinuität des kommunistischen Programms - Die Thesen der kommunistischen Linke (II): Thesen von Lyon (Januar 1926)	8
Die Investition der Habenichtse	35
Rundschau:	40
Sozialisten in Aktion... , S. 40... und Eurokommunisten in Aktion, S. 41. Die Gewerkschaftsreform in Spanien, S. 42. Verlängerung des Lohnraubs in England, S. 44. Individuelle Gewalt und revolutionäre Vorbereitung, S. 45. Arbeiterkämpfe in Italien, S. 47. Wachablösung in der indischen Bourgeoisie, S. 49.	

Editions Programmes Communistes
- Paris -

edizioni programma comunista
- Milano -

Presserechtlich verantwortlich,
Vertrieb und Korrespondenz:

Helmuth Tammen
Obentrautstr. 32
D-1000 Berlin 61

Postscheckkonto:
3320 23-103 - Berlin-West
Helmuth Tammen

Druck:
Movimento-Druck
Waldemarstr. 33
Berlin

ZUM 50. JAHRESTAG DES MASSAKERS VON SCHANGHAI (APRIL 1927)

WIE DIE CHINESISCHE REVOLUTION ZUGRUNDE GERICHTET WURDE

Im Juli 1920, an einem Höhepunkt des Kampfes um die Weltrevolution, hielt die Kommunistische Internationale ihren zweiten Kongreß. Zu den wichtigsten Punkten der Tagesordnung gehörte die nationale und koloniale Frage. Lenin selbst trat hier als Referent und Verfasser der Leitsätze auf. Wie er erklärte, beruhte die gesamte Politik der Kommunistischen Internationale in der Nationalitäten- und Kolonialfrage hauptsächlich auf dem "Zusammenschluß der Proletarier und werktätigen Massen aller Nationen und Länder zum gemeinsamen revolutionären Kampf für den Sturz der Grundbesitzer und der Bourgeoisie. Denn nur ein solcher Zusammenschluß sichert den Sieg über den Kapitalismus, ohne welchen die Vernichtung der nationalen Unterdrückung und der Nichtgleichberechtigung unmöglich ist." (1)

Im Kampf gegen die Weltbourgeoisie mußte die Sowjetrepublik also "einerseits die Sowjetbewegungen der Arbeitervorhut aller Länder und andererseits alle nationalen Freiheitsbewegungen der Kolonien und der unterdrückten Völkerschaften um sich scharen, die sich durch bittere Erfahrung überzeugt haben, daß es für sie keine Rettung gibt außer ihrer Verbindung mit dem revolutionären Proletariat und dem Sieg der Sowjetmacht über den Weltimperialismus."

Dieser war der gemeinsame Feind. Es ging jetzt noch darum, den Charakter der Beziehungen zwischen der proletarischen Bewegung und den nationalen Befreiungsbewegungen zu bestimmen. Der 11. Punkt der Leitsätze des 2. Kongresses erklärte: "Alle Kommunistischen Parteien müssen die revolutionären Freiheitsbewegungen in diesen Ländern (in den unterdrückten und rückständigen Ländern, IKP) durch die Tat unterstützen." Ebenso ausdrücklich wurde aber erklärt: "Die Kommunistische Internationale hat die Pflicht, die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und den rückständigen Ländern nur zu dem Zweck zu unterstützen, um die Bestandteile der künftigen proletarischen Parteien - der wirklich und nicht nur dem Namen nach kommunistischen - in allen rückständigen Ländern zu sammeln und sie zum Bewußtsein ihrer besonderen Aufgaben zu erziehen, und zwar zu den Aufgaben des Kampfes gegen die bürgerlich-demokratische Richtung in der eigenen Nation." Der Unterschied zwischen revolutionärer Bewegung und bürgerlich-demokratischer Bewegung wurde in Punkt 7 der Ergänzungsthese verdeutlicht: "Es lassen sich zwei Bewegungen feststellen, die mit jedem Tage mehr auseinandergehen. Eine von ihnen ist die bürgerlich-demokratische, nationalistische Bewegung, die das Programm der politischen Unabhängigkeit unter Beibehaltung der kapitalistischen Ordnung verfolgt; die andere ist der Kampf der besitzlosen Bauern um ihre Befreiung von jeglicher Ausbeutung. Die erste Bewegung versucht, oft mit Erfolg, die zweite zu

kontrollieren; die Kommunistische Internationale aber muß gegen eine derartige Kontrolle ankämpfen..."

In seiner Einleitungsrede zu den Leitsätzen erklärte Lenin, "daß wir als Kommunisten die bürgerlichen Befreiungsbewegungen in den kolonialen Ländern nur dann unterstützen müssen und werden, wenn diese Bewegungen wirklich revolutionär sind, wenn ihre Vertreter uns nicht hindern, die Bauernschaft und die breiten Massen der Ausgebeuteten in revolutionärem Geist zu erziehen und zu organisieren."

So soll die Kommunistische Internationale "ein zeitweiliges Zusammengehen, ja selbst ein Bündnis mit der revolutionären Bewegung der Kolonien und der rückständigen Länder herstellen, darf sich aber mit ihr nicht zusammenschließen, sondern muß unbedingt den selbständigen Charakter der proletarischen Bewegung - sei es auch in ihrer Keimform - aufrechterhalten" (Pkt. 11).

Diese unbedingte Selbständigkeit soll der Partei dazu dienen, in der Perspektive einer Revolution in Permanenz die Führung der Bewegung zu erobern. Das wird in Punkt 9 der Ergänzungsthese unterstrichen: "In der ersten Zeit wird die Revolution in den Kolonien keine kommunistische Revolution sein; wenn jedoch von Anfang an die kommunistische Vorhut an ihre Spitze tritt, werden die revolutionären Massen auf den richtigen Weg gebracht werden, auf dem sie durch allmähliche Sammlung von revolutionärer Erfahrung das gesteckte Ziel erreichen werden. (...) Auf der ersten Stufe ihrer Entwicklung muß die Revolution in den Kolonien nach dem Programm rein kleinbürgerlicher, reformistischer Forderungen, wie: Aufteilung des Landes usw., durchgeführt werden. Daraus folgt aber nicht, daß die Führung in den Kolonien sich in den Händen der bürgerlichen Demokraten befinden darf. Im Gegenteil, die proletarischen Parteien müssen eine intensive Propaganda der kommunistischen Ideen betreiben und bei der ersten Möglichkeit Arbeiter- und Bauernräte gründen. Diese Räte müssen in gleicher Weise wie die Sowjetrepubliken der vorgeschrittenen kapitalistischen Länder arbeiten, um den endgültigen Sturz der kapitalistischen Ordnung der ganzen Welt herbeizuführen."

Absolute Voraussetzung dieser Strategie - die nicht notwendigerweise zu sofortigen Ergebnissen führen müßte - war und ist die vollkommene Selbständigkeit der Klassenpartei, selbst wenn sich diese Partei noch in Keimform befindet. Mit anderen Worten, man durfte niemals, in keiner Situation, die gegenwärtigen und zukünftigen Interessen des Proletariats den Interessen seines zeitweiligen Verbündeten, der nationalen Bourgeoisie opfern, auch nicht unter dem Vorwand, beide hätten einen gemeinsamen Feind, nämlich den Impe-

rialismus im Weltmaßstab und den Feudalismus im nationalen. Man durfte niemals vergessen, daß der heutige Verbündete morgen der Feind sein würde.

Gerade in China, einem Land, wo sich das revolutionäre Potential immer mehr steigerte und die junge kommunistische Partei die Aufgaben der Vorbereitung und Durchführung einer doppelten Revolution erfüllen mußte, gerade hier hätten die Leitsätze des 2. Kongresses ihre volle Anwendung finden müssen. Unglücklicherweise geschah gerade das Gegenteil.

DER AUFSCHWUNG DER ARBEITER- UND BAUERNBEWEGUNG (2)

Am Ende des Jahres 1916 gab es bereits eine Million Arbeiter in China. 1922 hatte sich diese Zahl fast verdoppelt. Die Arbeiterstreiks spielten eine wichtige Rolle in der "Maibewegung", die sich 1919 gegen die japanhörige Peking Regierung erhob. Während man 1918 nur 25 Streiks im Lnde gezählt hatte, an denen sich weniger als 10.000 Arbeiter beteiligt hatten, so waren es 1922 bereits 91, die 150.000 Arbeiter mit sich rissen. Im Januar 1922 fand der Streik der Seeleute von Hongkong statt, im September desselben Jahres der der Kohlenbergwerke von Kailan. Ersterer begann am 13. Januar mit einem Streik eines Teils der Matrosen der Handelsschifffahrt, dehnte sich nach und nach auf alle Schifffahrtsarbeiter aus, um später mehr als 100.000 Arbeiter und Angestellte mit in die Bewegung zu ziehen und den Hafen von Hongkong völlig still zu legen. Dieser Streik dauerte bis zu den ersten Märztagen und hatte im ganzen Land eine große Ausstrahlung, denn er bedrohte direkt die Interessen Großbritanniens, das zur damaligen Zeit die in China vorherrschende imperialistische Macht war.

Im Januar 1922 gab es ebenfalls Streiks auf der Eisenbahnlinie von Kinhan (zwischen Peking und Hankow). Die Eisenbahner und Werkstättenarbeiter hatten beschlossen, ihre verschiedenen lokalen Gewerkschaften in eine allgemeine Vereinigung für das ganze Netz zusammenzufassen, wogegen sich die Autoritäten mit Gewalt auflehnten: Es gab vier Tote und über hundert Verletzte unter den Streikenden, deren Führer entweder inhaftiert oder entlassen wurden.

Die Bewegung erlitt Niederlagen in den Streiks der Eisenbahner von Kinhan, der Gießerei von Hanyang in Hupeh und in den Bergwerken von Anyan in Kiangsi. Am 1. Mai 1924 erfaßte dennoch die Straßenkundgebung in Schanghai 100.000 Arbeiter und in Kanton doppelt so viel. In Wuchang, Hanyang und Hankow wehten trotz des Kriegsgesetzes die roten Fahnen in den Arbeitervierteln. Auf den an diesem Tag verteilten Flugblättern konnte man lesen: "Vierzig Jahre lang hat die Arbeiterjugend ihr Blut vergossen, um dieses Ziel (den 8-Stunden-Tag) zu erreichen. Die Zeit ist vergangen, in der die Arbeiter nur Arbeitstiere für die Kapitalisten waren. Wenn sie eine Revolution brauchen, werden sie sie haben" (3).

Am 15. März 1925 wurde ein chinesischer Arbeiter von einem japanischen Meister in einer japanischen Spinnerei in der internationalen Konzession von Schanghai getötet. Nach zwei Agitationswochen beschlossen die Studenten am 30. Mai, eine Großkundgebung in der Konzession zu veran-

stalten. Ein englischer Polizist eröffnete das Feuer, 12 Demonstranten wurden getötet, unzählige verletzt. Die Kundgebungen und Streiks breiteten sich aus. Am 23. Juni greifen die Demonstranten in Kanton die Shameen-Insel an, die unter englischer und französischer Konzession stand. Ca. 50 von ihnen verlieren dabei das Leben. Auch in Hankow gibt es Manifestationen.

Diese "Bewegung des 30. Mai" setzte sich monatelang fort und ergriff die industriell fortgeschrittenen Gebiete, in denen die ausländischen Interessen meistens vorherrschten. Im China des Jahres 1925 beschäftigten die ausländischen Spinnereien z.B. mehr Arbeiter als die chinesischen, und zwei Drittel der Textilindustrie konzentrierten sich in Schanghai und Tsingtao. Die Demonstranten verlangten den Rückzug der ausländischen Truppen und die Rückgabe der Konzessionen an China.

Einen Höhenpunkt erreichte die Bewegung in Hongkong. In einem der längsten und kompaktesten Streiks der Geschichte hat die chinesische Arbeiterklasse das Wunder vollbracht, Honkong vom Oktober 1925 bis zum Oktober 1926 lahmzulegen.

Im August 1921 hatte die KPChinas kurz nach ihrer Gründung das "Sekretariat der Organisationen der chinesischen Arbeiter" gebildet. Unter der Initiative dieses Sekretariats fand am 1. Mai 1925 der 1. Kongreß der chinesischen Gewerkschaften in Kanton statt. Rund hundert Gewerkschaften aller Strömungen (Kuomintang, Anarchisten, reine Standesorganisationen) nahmen daran teil mit 162 Delegierten, die 270.000 Gewerkschaftler aus 12 Städten vertraten. Der Kongreß unterstrich seine Opposition gegen den Imperialismus und Feudalismus, forderte den 8-Stunden-Tag, verfaßte eine Arbeitscharta und legte das Prinzip der gegenseitigen Hilfe bei Streiks fest.

Der 2. nationale Gewerkschaftskongreß fand zwischen dem 1. und dem 7. Mai 1925 ebenfalls in Kanton statt. 261 Delegierte aus 166 Gewerkschaften, die 540.000 Mitglieder zählten, nahmen daran teil. Das 1921 gebildete Sekretariat wurde durch einen allgemeinen Gewerkschaftsverband ersetzt.

Die Ereignisse des Jahres 1925 mußten der Gewerkschaftsbewegung neuen Aufschwung geben. Auf dem 3. Gewerkschaftskongreß waren bereits 502 Delegierte, die 1.240.000 Gewerkschaftsmitglieder repräsentierten, anwesend. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften hatte sich in einem Jahr mehr als verdoppelt.

Zum Zeitpunkt des Bruches der Kuomintang zählten die chinesischen Gewerkschaften 2,8 Millionen Mitglieder und der Einfluß der Kommunisten war maßgebend: "*Der brutale Bruch mit der Kommunistischen Partei am 12. April 1927 war eine Entscheidung, die Tschiang Kai-schek gerade angesichts der zunehmenden Ausdehnung der Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter, die über bewaffnete Gruppen verfügte, traf*" (4).

Die Arbeiterbewegung wurde von der Entfaltung der Bauernbewegung begleitet. Diese entstand im Umkreis von Kanton und blühte im Jahre 1922 auf. Die Bauernverbände versuchten eine Senkung des Pachtzinses und die Abschaffung der Abarbeit durchzusetzen. Den offiziellen Statistiken zufolge zählten die Verbände zum Zeitpunkt ihres

1. Kongresses (1. Mai 1925) 200.000 Mitglieder in 22 Bezirken. Zum 2. Kongreß (Mai 1926) entsandten 600.000 Bauern aus 66 Bezirken ihre Delegierten.

Der 2. nationale Kongreß der Gewerkschaften und die erste Provinzversammlung der Bauernvereinigungen tagten gleichzeitig in Kanton. Die Arbeiter- und Bauerndelegierten organisierten eine gemeinsame Straßenkundgebung, an der Tausende von Arbeitern und Bauern aus Kanton und Umgebung teilnahmen. *"Es handelte sich wahrscheinlich um die erste konkrete Manifestation der Solidarität zwischen Arbeitern und Bauern in der Geschichte Chinas."* (5)

Einige Wochen später wurde Kanton von der nationalistischen Regierung übernommen. Im September 1925 säuberten die nationalistischen Truppen die Bezirke des Ostufers endgültig von den Truppen der Warlords, die sich dort aufgehalten hatten. Sobald die Provinz von Kuantung vereint und von den Nationalisten gut kontrolliert war, konnte die Kuomintang ihren Blick nach dem Norden, nach den wirklichen Machtstützpunkten Zentral- und Nordchinas richten. Sie sollte zwar diese Ziele in weniger als zwei Jahren erreichen, hatte das aber einzig und allein der spektakulären Ausdehnung der Massenbewegung zu verdanken. (6)

DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN RUßLAND, DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE UND DER KUOMINTANG

Seit Ende 1923 wurde die Kuomintang mit der Hilfe sowjetischer Militärberater reorganisiert. Auf dem 1. Kongreß der Kuomintang (1924) wurde der Beitritt der Mitglieder der kommunistischen Partei und der sozialistischen Jugend formell bestätigt. Ebenfalls 1924 wurde die Militärakademie von Whampoa gegründet. Sie sollte von Tschiang Kai-schek geführt werden, dem Tschou En-lai als politischer Direktor beigeordnet wurde. Die Russen haben die Regierung Sun Yat-sens gleichzeitig durch die Hilfe beim Aufbau ihrer Armee und durch die Entsendung von Rüstungsmaterial unterstützt.

Seitens der Nationalisten geht die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit Rußland und der Komintern aus dem politischen Testament von Sun, der 1925 starb, klar hervor: "Ich habe der Kuomintang befohlen, die Bewegung der nationalen Revolution fortzusetzen, damit China sich von den Fesseln der halbkolonialen Lage befreien kann, die der Imperialismus unserem Land aufzwingt. Mit diesem Ziel haben ich die Kuomintang angewiesen, weiterhin Hand in Hand mit Euch zu marschieren". Der Kuomintang ging es darum, sich auf eine Massenbewegung, ohne die sie zu nichts fähig wäre, zu stützen, diese Bewegung in eine rein nationalistische Richtung des Kampfes gegen den Imperialismus und die Warlords zu lenken und daran zu hindern, sich als national-revolutionäre und in der Folge als kommunistische Bewegung zu entwickeln.

Seitens Rußlands wurde die Position in der von Sun und Joffé unterzeichneten Vereinbarung vom Januar 1923 so fixiert: "Dr. Sun Yat-sen ist der Ansicht, daß die chinesischen Bedingungen nicht günstig sind für die Einführung und Anwendung des kommunistischen oder selbst des sowjetischen

Systems. Dieser Standpunkt wird von Herrn Joffé geteilt. Seiner Ansicht nach sind die nationale Vereinigung und die volle Unabhängigkeit des ganzen Landes die dringendsten Probleme Chinas. Herr Joffé versicherte Dr. Sun Yat-sen, China genieße die volle Sympathie des russischen Volkes und könne mit der Hilfe Rußlands für die Erreichung jener Ziele rechnen".

Wir können hier nicht im einzelnen auf die Frage der Verhältnisse zwischen Rußland und der chinesischen nationalistischen Bewegung eingehen. Diese Frage muß in einem größeren, allgemeinen Rahmen untersucht werden, handelt es sich ja um eins der schwierigsten Probleme der Diktatur des Proletariats, wenn diese über eine längere Zeit mitten in einer feindlichen, imperialistischen Umgebung isoliert bleibt. Es wäre kindisch gewesen, keine Verträge mit Nord- oder Südchina abzuschließen, und noch kindischer, sich zu entrichten, daß solche Verträge abgeschlossen wurden. Die große Gefahr - die sich in der gemeinsamen Erklärung von Joffé und Sun abzeichnete und bald die tragische Dimension der vollendeten Tatsache annehmen sollte - lag darin, daß man in der Bemühung um gute außenpolitische Beziehungen zu dieser oder jener militärischen nationalistischen Organisation dazu käme, die wirkliche und langfristig einzige Stütze der proletarischen Diktatur in Rußland, nämlich die kommunistische Bewegung des Weltproletariats, zu unterschätzen und schließlich ganz beiseite zu lassen, um gleichzeitig die proletarische Diktatur, die ihrerseits die wirkliche und einzige Stütze der kommunistischen Bewegung und der Weltrevolution war, in den Dienst von unsicheren "Verbündeten", die lediglich die Interessen von lokalen Bourgeoisien zum Ausdruck brachten, zu stellen: die periodischen Moskau-Besuche chinesischer Generale, die zu Helden gefeiert wurden und sich kurz darauf als "reaktionäre Banditen" entpuppten und umgekehrt, spricht hierfür Bände. Mit anderen Worten, die Gefahr lag darin, daß in absolutem Gegensatz zur Politik Lenins die diplomatische und militärische Staatsräson die internationale Strategie der kommunistischen Bewegung bestimmte, während das richtige Verhältnis genau umgekehrt läuft.

Voraussetzung und Grenze für die Beziehungen zwischen dem russischen proletarischen Staat und den nationalistischen Bewegungen der rückständigen Länder konnte nur die absolute Selbstständigkeit der kommunistischen Bewegung im Weltmaßstab und an Ort und Stelle sein. Diese Selbstständigkeit hatte die KPChinas bereits im Juni 1922, ein Jahr nach ihrer Gründung, faktisch verloren, als der Delegierte der Komintern sie - übrigens gegen ihren Willen - dazu zwang, der Kuomintang beizutreten (und man muß darauf hinweisen, daß die Kuomintang den Einzelbeitritt der kommunistischen Militanten verlangte). Das stand in krassem Gegensatz zu den Thesen des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale (7)

Das zwangsläufig zeitweilige Bündnis, von dem die Thesen Lenins sprachen, entartete zum permanenten und somit prinzipiellen Bündnis. Während es sich in den Kolonien und rückständigen Ländern nur darum handeln konnte, die Führung der revolutionären Bewegung für das Proletariat zu erobern, um die demokratische und nationale Revolution radikal durchzuführen und als Hebel für die proletarische Machtergreifung zu benut-

zen, erklärte die KPCh auf ihrem 3. Kongreß (1923), daß die Kuomintang die Hauptkraft der nationalen Revolution wäre.

Auf ihrem 4. Weltkongreß hatte die Internationale die Leitsätze zur Orientfrage angenommen, die die Losung der antiimperialistischen Einheitsfront im kolonialen Osten betonten. Trotz ihrer Schwächen und Widersprüche ließen diese Thesen eine Politik, wie sie die Komintern in China zunehmend verfolgte, nicht zu. Vielmehr erklärten die Thesen ausdrücklich: *"Die Arbeiterbewegung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern muß sich vor allem die Stellung eines selbständigen revolutionären Faktors in der antiimperialistischen Gesamtfront erkämpfen. Erst wenn ihr diese selbständige Bedeutung zuerkannt wird und sie sich dabei ihre politische Unabhängigkeit bewahrt, sind zeitweilige Verständigungen mit der bürgerlichen Demokratie zulässig und notwendig."*

Am 18. März 1925 sollte Stalin jedoch schon so weit sein, zu erklären, daß in den kolonialen und halbkolonialen Ländern der nationalistische Block *"die Form einer einzigen Partei der Arbeiter und Bauern, wie die Kuomintang, annehmen kann"*. Die 6. Erweiterte Exekutive der Komintern setzte im März 1926 diese "Umdeutung" fort: die Kuomintang wird beschrieben als revolutionärer Block, der die Arbeiter, Bauern, Intellektuellen und die städtische Demokratie (hübsches Wort für Bourgeoisie) auf der Grundlage der gemeinsamen Klasseninteressen dieser verschiedenen Schichten im Kampf gegen die Imperialisten und die ganze Feudal- und Militärordnung zusammenfaßt. Damit nicht genug: im selben Monat wird die Partei von Sun Yat-sen, an deren Führung nunmehr Tschiang Kai-shek steht, als *"sympathisierende Partei"* in die Komintern aufgenommen (8). Tschiang selber, jener Mann, der zwangsläufig *entweder zum Opfer oder zum Metzger* des chinesischen Proletariats werden mußte, bekleidete eine Zeitlang einen hohen Ehrenposten in der Komintern.

Trotz der Vorbehalte einiger Kuomintang-Führer gegen die Zusammenarbeit mit der KP, wurden im Januar 1926 auf dem 2. Kongreß der Kuomintang sieben Kommunisten in das zentrale Exekutivkomitee gewählt (sieben weitere, darunter Mao Tse-tung, wurden Stellvertreter).

Borodin, der Delegierte der Komintern für China, sollte wenig später die politische Situation in Kanton während des Winters 1925-26 analysieren und erklären, daß jede Selbstständigkeitsbestrebung der Kommunisten gegenüber der politischen Macht *"in einem Blutbad enden würde"*.

Proletarische Bewegung (und mit ihr die Bewegung der armen Bauern) und bürgerliche Bewegung mußten aber früher oder später zwangsläufig aneinanderprallen. Das ist eine objektive, gesetzmäßige Entwicklung. Der ganze Sinn der kommunistischen Strategie liegt in der Vorbereitung des Proletariats, damit es als Sieger aus diesem unumgänglichen Zusammenstoß hervorgeht, was ja die Bedingung für das Fortschreiten der Revolution ist. Die Entwicklung der sozialen Bewegung in China sollte bald zeigen, daß die kriminelle Politik der Unterordnung und Fesselung der proletarischen Bewegung unter die bürgerliche Bewegung von vornherein einen einzigen Ausgang für diesen Zusammenstoß offen ließ: das Blutbad der Proletarier und armen Bauern.

KANTON 1926: DER "STREICH VOM 20. MÄRZ"

Bereits im März provozierte Tschiang Kai-shek einen Zwischenfall - eine testende Kraftprobe - mit den Kommunisten. Er befahl das Kanonenboot "Tschung Shan" nach Kanton und ließ dessen kommunistischen Kapitän inhaftieren unter dem Vorwand, dieser hätte eine Verschwörung gegen seine Person angezettelt. In der Nacht vom 20. März wurden die politischen Kommissare (zumeist Kommunisten) der Einheiten, die unter Tschiangs Befehl standen, inhaftiert und alle sowjetischen Berater unter Hausarrest gestellt. Gegen den Führungsausschuß des Streiks von Kanton-Hongkong wurde eine Razzia durchgeführt und die Streikposten wurden entwaffnet.

Auf der Plenarsitzung des Exekutivkomitees der Kuomintang vom 15. Mai wurde den Kommunisten befohlen, *"Sun Yat-sen und seine Prinzipien weder zu kritisieren noch in Zweifel zu ziehen"*. Von ihnen wurde außerdem eine Namensliste aller der Kuomintang angehörenden Genossen verlangt. Die Anzahl der Kommunisten in den Kommunal-, Provinz- und Zentralkomitees wurde auf ein Drittel der Komiteemitglieder begrenzt. Die Kommunisten wurden aus den Bezirksführungen der Partei und der Regierung entfernt. Umgekehrt wurde es den Kuomintang-Mitgliedern ausdrücklich untersagt, sich an anderen politischen Organisationen oder Aktivitäten zu beteiligen. D.h. die Kommunisten durften der Kuomintang einzeln beitreten, die Kuomintang-Mitglieder wurden aber aus der Partei ausgeschlossen, wenn sie der KP beitraten. Jede Anweisung des kommunistischen Zentralkomitees mußte von nun an zunächst von einer paritätisch besetzten Sonderkommission genehmigt werden.

Tschiang übernahm die ganze Macht. Er sicherte sich die Kontrolle über die Partei und die Regierung und wurde zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte ernannt. Trotzdem (oder eben deswegen) wurde er nach wie vor als unerläßlicher Verbündeter angesehen: *"Tschiang Kai-shek - schrieb der Generalsekretär der KPCh, Tschien Tu-hsiu - ist eine der Säulen der nationalen revolutionären Bewegung. Wenn die Kommunistische Partei nicht das Werkzeug der Imperialisten sein will, wird sie mit Sicherheit keine Politik einschlagen, die die Spaltung der Einheit der chinesischen revolutionären Kräfte verfolgt! (...) Im Gegensatz zu den Behauptungen rechtsstehender Leute verfolgt die Politik der Kommunistischen Partei nicht nur den Zusammenhalt der revolutionären Kräfte in der Provinz Kanton, sondern auch die Vereinigung der revolutionären Kräfte des ganzen Landes. Andernfalls ist es unmöglich, den gemeinsamen Feind zu bekämpfen"*.

Im Mai 1926 wurde Tschiang Kai-shek als Ehren-gast zum 3. nationalen Arbeiterkongreß eingeladen, auf dem 500 Delegierte 400 Gewerkschaften und 1.250.000 Arbeiter vertraten. 800.000 unter diesen Arbeitern hatten seit Mai des vorigen Jahres an mehr als 200 ökonomischen und politischen Streiks teilgenommen. Tschiang räumte in seiner Rede ein, welche Rolle die Arbeiter und Bauern bei den Kämpfen von 1925 gespielt hatten: *"In dieser Periode - sagte er - haben die Arbeiter- und Bauernmassen die Vereinigung von Kuantung beschleunigt, sie haben die Konterrevolutionä-*

re gestürzt und die Grundlage der nationalen Regierung gefestigt. Seitdem können wir feststellen, daß die Arbeiter und Bauern bereits in der Lage sind, mit ihren eigenen Kräften und ohne Hilfe der Armee den Imperialismus zu bekämpfen".

Nachdem er den chinesischen Arbeitern das sagte, was ihre eigenen Führer ihnen nie zu sagen gewagt hatten, grüßte Tschiang Kai-schek mit geballter Faust, rief "Es lebe die Weltrevolution" und verließ unter Ovationen das Podium.

In Wirklichkeit hatte der Streich vom 20. März das Signal für die offene Repression in Kanton und in den Feldern von Kuantung gegeben. In Kanton wurde der Belagerungszustand ausgerufen. Die öffentlichen Organisationen, die Versammlungen, die Presse, die Streiks und die Milizen der Arbeiter und Bauern fielen unter den Schlägen der Militärmachthaber. Die Arbeiter verteidigten sich mit improvisierten Waffen. In sechs Tagen wurden 50 Arbeiter getötet. Am 9. August erliesen die Machthaber Bestimmungen für die Schlichtung aller Arbeitskämpfe unter Schirmherrschaft der Regierung. Den Arbeitern wurde verboten, Waffen zu tragen, sich zu versammeln und zu demonstrieren.

Gleichzeitig hatte der Nordfeldzug begonnen.



Mit diesem Feldzug, der im Juli 1926 gestartet wurde, wollte die Kuomintang ihre Truppen in den Norden marschieren lassen, um die alten Militaristen zu stürzen und die eigene Macht zu errichten. Die Operationen begannen zu einem Zeitpunkt, zu dem Nord- und Zentralchina von drei großen Warlords-Gruppen beherrscht wurde. Diese Kriegsherren verfügten über Armeen, deren Stärke sich insgesamt auf rund eine Million Mann belief. Die nationalistische Armee Tschiang Kaischeks zählte hingegen kaum hunderttausend Mann. Es war die Erhebung der Volksmassen, die den nationalistischen Expeditionskorps den Weg bis zu den Ufern des Yangtse frei machte: *"Durch die spontane Erhebung des Volkes hatten die nationalistischen Streitkräfte oft nichts anderes zu tun, als Territorien zu besetzen, die ihnen auf dem Tablett dargereicht wurden. Die Propagandagruppen und die politischen Arbeiter, die den Truppen vorauseilten, konnten eine Bewegung auslösen, die alle Hindernisse hinwegfegte".* (9)

Die Bauern nahmen einen wichtigen Anteil an diesen Kämpfen. Die Siege des Nordfeldzuges fielen mit einer raschen Ausdehnung der Bauernbewegung zusammen. Ende November zählte man in Hunan 44 organisierte Bezirke, und die Bauernvereinigungen hatten 1.070.000 Mitglieder. Im Januar 1927 war diese Zahl bereits auf 2 Millionen gestiegen. Die Bauern forderten vor allem die Senkung der Pacht und die Abschaffung einer Unzahl von Steuern und Gebühren; nicht zuletzt forderten sie aber Waffen, um die Grundbesitzer zu bekämpfen. In Hunan und auch in anderen Provinzen begannen die Bauern, die Pachtzahlungen zu verweigern, um sich anschließend direkt daran zu machen, Land zu besetzen.

Dies war die allgemeine Lage, als im Dezember die nationalistische Regierung Kanton verließ, um sich am Yangtse niederzulassen. Zu diesem Zeitpunkt fing die politische Gegenoffensive in den von den nationalistischen Truppen besetzten Gebieten. In Wuhan hat man ein Schlichtungskomi-

tee ins Leben gerufen, um die Vereinbarung von Lohnerhöhungen "in vernünftigen Grenzen" zu ermöglichen und die verschiedenen Berufszweige dahingehend zu beraten, "die überlieferten Arbeitszeiten zu befolgen" und "die Entscheidung über Anstellung und Entlassung der Arbeiter ganz in den Händen der Arbeitgeber zu lassen". Dieses Komitee wurde gebildet von Delegierten der Kuomintang, des allgemeinen Gewerkschaftsverbandes und der Handelskammer.

Die Haltung der nationalistischen Regierung gegenüber den Bauern entsprach denselben Prinzipien. Andererseits hatten sich Borodin und der radikale Kuomintang-Flügel in Wuhan niedergelassen, aber auch diese linke Regierung wich jedem konkreten Programm im Sinne der Bauernforderungen aus.

Die Herabsetzung des Pachtzinses blieb, was die Aktion der Regierung angeht, auf dem Papier. Umso mehr haben aber die Führer die "Übertreibungen" der Bauern bedauert, weil diese die Einheitsfront aller Klassen gefährden könnten (10).

Die spektakuläre Ausweitung der Bauernbewegung fiel mit einer Streikwelle zusammen, die während des ganzen Jahres 1926 alle Industriezentren des Landes ergriff. Unvollständige Berichte zählten 535 Streiks gegen 318 im Vorjahr 1925. Über eine Million Arbeiter hatten die Arbeit niedergelegt; mehr als die Hälfte dieser Streiks hatte zum Erfolg oder Teilerfolg geführt. Am Ende des Jahres hatten die Streiks die Ebene des rein ökonomischen Kampfes überwunden und sich in eine politische Bewegung verwandelt.

Im Juni 1927 haben die Arbeiter die britische Konzession von Hankow und daraufhin jene von Kiukiang besetzt. Die Delegierten der Komintern erzählten in einem ihrer Berichte, daß die Besetzung von Hankow spontan erfolgt war, ohne jegliche Direktive seitens der Regierung, der Kuomintang oder der kommunistischen Partei.

Um diese Zeit hatte sich Tschiang Kai-schek mit seinen Truppen in Nantschang, der Hauptsadt von Kiangsi, niedergelassen. Sein Blick war auf Schanghai gerichtet, das wichtigste Wirtschaftszentrum, den politischen Stützpunkt der Kompradorenbourgeoisie, das Herz des nationalen und ausländischen Kapitals in China.

SCHANGHAI 1927:

DER MÄRZAUFSTAND UND DER "STREICH VOM 12. APRIL"

Ermutigt vom siegreichen Vormarsch der nationalistischen Truppen führten die Industriearbeiter von Schanghai eine Reihe von Streiks, die von einer bisher ungekannten Kampflust gekennzeichnet waren. Nach offiziellen Angaben hat es 1927 569 Streiks von 200.000 Arbeitern in 165 Betrieben gegeben. Mit diesen Streiks entgegneten die Arbeiter den Repressionsmaßnahmen der ausländischen und lokalen Machthaber. Der Gewerkschaftsverband war in Schanghai illegal und die Streiks wurden brutal unterdrückt. Diese Maßnahmen konnten aber die Bewegung nicht zurückschlagen; parallel zur Besetzung von Wuhan und von Kiukiang am Yangtse durch die Nationalisten nahm diese Bewegung vielmehr zunehmend einen offen politischen Charakter an.

Am 17. Februar eroberten die nationalistischen Truppen Hangtschou und bewegten sich am nächsten

Tag auf Kiashing, weniger als 80 km von Schanghai entfernt, zu. In Schanghai erwarteten die Gewerkschaften einen sofortigen Vorstoß der nationalistischen Truppen und riefen den Generalstreik für den Morgen des 19. Februar aus. In weniger als 48 Stunden haben mehr als 350.000 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Zusammenstöße mit der Polizei fingen an. Die kommunistischen Führer beschränkten sich auf die Losungen "Unterstützen wir die Armee des Nordfeldzugs" und "Es lebe Tschiang Kai-schek". Allerdings gab man auch die Parole "Für eine Versammlung der Delegierten der Bürger" aus, es wurde jedoch nichts unternommen, damit sich diese Versammlung de facto in eine revolutionäre provisorische Regierung verwandelte. Dem bereits zitierten Bericht der Kominterndelegierten zufolge hat die Partei die Massen auf die Straße gebracht und sie dann drei Tage lang ohne Direktiven sich selbst überlassen.

Die Repression schlug zu. Studenten und Streikende, die bei der Verteilung von Flugblättern gefaßt wurden, wurden hingerichtet oder an Ort und Stelle erschlagen. Mit Säbeln bewaffnete Kommandos patrouillierten durch die Straßen der Stadt. Die Arbeiter fingen an, sich zu bewaffnen, um sich gegen den Terror zu wehren. Die Führer zögerten jedoch, bis sie schließlich den Aufstand für den Abend des 22. Februar beschlossen. Man glaubte, der Aufstand würde somit mit der Ankunft der nationalistischen Truppen zeitlich zusammenfallen. Es war der dritte Streiktag, viele Arbeiterköpfe waren bereits gefallen, Arbeiterblut floß durch die Straßen von Schanghai. Die Truppen von Tschiang Kai-schek rührten sich aber nicht. Sie warteten ab - bis die Mörderbanden des lokalen Warlords möglichst viele Streikende niedergemetzelt hätten. Der Aufstandsversuch, der am Abend des 22. Februars begann, endete mit einem Massaker. Die Ereignisse vom 19.-24. Februar sollten aber nur das Vorspiel noch wichtigerer Ereignisse sein.

Ein Monat später, in der Nacht vom 20. März, erreichte eine nationalistische Armee die unmittelbare Umgebung von Schanghai. In der Stadt rief der Gewerkschaftsverband den Generalstreik und den Aufstand für den Mittag des 21. März aus - und am Mittag des 21. März gab es in Schanghai den Totalstreik. Die Angestellten des Handels und die großen Massen der Armen der Stadt schlossen sich den Streikenden an. Zwischen 500.000 und 800.000 Menschen gingen auf die Straße. Diesmal hatte man Pläne für den Aufstand vorbereitet. Die Miliz bestand aus 5.000 Mann. Der Angriff gegen die Polizei und die Truppe begann: mit Knüppeln, Äxten und Messern. Ausgenommen die französischen und internationalen Konzessionen war die ganze Stadt sehr bald in den Händen der Arbeiter. Erst dann marschierte Tschiang Kai-schek auf Schanghai. D.h.: am 26. März wurde der Belagerungszustand ausgerufen; es wurde verboten, Waffen ohne "besondere Genehmigung" zu besitzen und zu tragen; eine "Arbeiterallianz wurde gebildet, die sich als "gemäßigte" Gewerkschaft darstellte. Eine am 29. März gebildete, provisorische Stadtregierung wurde von Tschiang nicht anerkannt - und er konnte sich dies erlauben, weil diese "provisorische Regierung", obwohl von mehreren 100.000 Gewerkschaftsmitgliedern unterstützt, nicht einmal ein Sozialprogramm ausgearbeitet hat, das als Bezugspunkt hätte dienen können.

Der Gewerkschaftsverband versuchte seinerseits alles, um die Empfehlungen der Komintern zu befolgen und den "offenen Kampf" zu vermeiden. Er versuchte, die Streikbewegung zurückzuhalten und die Aktion der Arbeiterwachtrups einzuschränken. Die nationalistische Regierung untersagte den Arbeiterwachtrups, Inhaftierungen vorzunehmen - sie sollten sich damit begnügen, "die Ordnung in Zusammenarbeit mit Polizei und Armee aufrechtzuerhalten". Am 4. April veröffentlichte die KP eine Erklärung, in der sie die Befürwortung der "Politik der Zusammenarbeit aller Klassen mit der Stadtregierung" bestätigte. Zwei Wochen vorher hatte die *Internationale Korrespondenz* geschrieben: "*Die Einheitsfront innerhalb der Kuomintang ist so fest wie zuvor. (...) Weit davon entfernt, sich - wie die Imperialisten sagen - zu spalten, schließt sie ihre Reihen immer enger zusammen*". In Paris berichtete die *Humanité* am 23. März über eine Veranstaltung, auf der die Arbeiter die Zusicherung der "*lückenlosen Einheit der Kuomintang*" mit lebhaftem Beifall entgegengenommen hätten.

Die Konterrevolution hatte keinen Grund, ihren Kannibalismus vorzeitig zu entfesseln. Dennoch brauchte Tschiang Kai-schek nicht länger als zwei Wochen, um den Industriellen, den Bankleuten, den Händlern und den lokalen Dienern des englischen Imperialismus neue Zuversicht und neuen Mut einzuflößen; nicht länger als zwei Wochen waren nötig, um das heilige instinktive Mißtrauen der proletarischen und plebejischen Massen durch die Kollaborations- und Friedens- und Vertrauenspredigen ihrer stalinistischen Führer zu zersetzen: am 12. April, morgens um 4 Uhr, entfesselte Tschiang Kai-schek seine Offensive. Ein chinesisches Kanonenboot, das in Nantao vor Anker lag, gab ein Sirensignal: "*Im selben Augenblick - berichtet China Press - fingen die Maschinengewehre an zu rattern*".

An der Seite der Soldaten traten die Banden des Schanghaiers Untergrunds in Aktion. Am nächsten Nachmittag um 16 Uhr erklärten die Militärs, sie hätten die Lage unter Kontrolle. Aber erst an diesem 13. April, als der Kampf bereits verloren war, riefen die Gewerkschaften zum allgemeinen Proteststreik auf. "*Wir werden unter dem Banner der nationalen Revolution bis zum Tode kämpfen*" - hieß es in ihrem Aufruf. "*Es ist glorreich, dafür zu sterben*". Es hat sich aber gezeigt, über welche Kraft und über welchen Zusammenhalt die Arbeiter noch verfügten. 100.000-e von ihnen folgten dem Streikaufruf. Am Mittag marschierten die Arbeiter auf das Hauptquartier der 2. Division. Frauen und Kinder beteiligten sich an der Kundgebung; niemand war bewaffnet. Als sie sich dem Hauptquartier näherten, wurden sie von Maschinengewehren niedergeschossen.

Einem englischen Journalisten zufolge führte Tschiang Kai-schek eine Säuberung von Kommunisten durch, "*wie sie kein Warlord zu führen gewagt hätte, nicht einmal in seiner Domäne*".

An diesem selben 13. April richtete die Komintern-Delegation, die nunmehr von Roy geführt wurde, ein Telegramm an Tschiang, wo man unter anderem lesen kann: "*In diesem Augenblick, in dem sich der Imperialismus in einem unverschrämten Angriff auf die chinesische nationale Revolution vereint, ist die Einheit der revolutionären Kräfte das oberste Gebot. (...) Angesichts*

dieser gefährlichen Lage beschwören wir Sie, von ihrem Projekt einer Konferenz in Nankin abzusehen, denn dadurch würde die Kuomintang faktisch gesprengt werden, und Sie würden die Verantwortung für die Spaltung der nationalistischen Front in diesem kritischen Augenblick tragen".

Während sich in Schanghai die Ausrottung der kommunistischen Kader und der Gewerkschaftler vollzog, war sie in den anderen Provinzen, wo sie oft vor dem 12. April begonnen hatte, noch nicht zu Ende. Die Gewerkschaftsführer von Kanschou in Kiangsi waren zum Beispiel am 11. März ermordet worden, während die Gewerkschaften von Kiukiang und Hangtschou am 17. bzw. 27. März geschlossen wurden. In Kanton wurden der Gewerkschaftssitz und das Lokal des Streikkomitees geschlossen und die sowjetischen Berater unter strengster Überwachung gestellt. Die Repression entfesselte sich überall.

In Moskau, als es nicht mehr möglich war, über die Ereignisse von Schanghai zu schweigen, erklärte ein Komintern-Sprecher: "der Verrat von Tschiang Kai-schek kam nicht unerwartet". Stalin selbst erklärte am 27. April 1927, "die Ereignisse hätten die Richtigkeit der Linie der Komintern voll und ganz bestätigt".

Makabrer Zynismus des Stalinismus, der die Emanzipationsbewegung des Proletariats und der armen Bauern politisch und materiell entwaffnet und der verheerenden Niederlage ausgelieferte hatte; der im Laufe dieser Monate dabei war, seine "Hoffnungen" auf das "neue Zentrum der Revolution" (die "linke" Kuomintang-Regierung von Wuhan) zu verlagern, um das Drama mit anderen Akteuren aber nach demselben monotonen und makabren Drehbuch abspielen zu lassen. (11)

o o

Auf dem Plenum vom August 1927 sagte Trotzki in seiner Replik auf Molotow: "DIE PARTEI, IHR HABT SIE ERDROSSELT!" Wenn man diese Antwort nicht nur auf die chinesische oder russische Partei bezieht, sondern auf die ganze Internationale, wenn man - zum Leidwesen Trotzki's - in der Zeit zurückgeht bis auf die Wurzeln dieses Schlußdebakels, erhält man die Antwort auf die Kernfrage, die nicht allein die Frage nach den Ursachen der chinesischen Niederlage ist, sondern nach den Gründen, weshalb diese Niederlage im Gegensatz zur Pariser Kommune von 1871 und zur Petersburger Kommune von 1905 in der weiteren Entwicklung nicht zum Nährboden eines noch größeren Sieges wurde. Man hatte die Partei nicht nur als Führer der heldenhaften Proletarier und armen Bauern erdrosselt, man hatte sie darüberhinaus auch als Organ erdrosselt, das, weil es die Verantwortung für die Niederlage nicht trägt, diese Niederlage überleben kann, in dieser Niederlage also die Bestätigung seiner Thesen sehen kann, aus ihr die universellen und bleibenden Lehren ziehen kann, aus ihr das Vorspiel neuer Siege, die "Generalprobe" der siegreichen Revolution von morgen machen kann. (12)

Die stalinistische Konterrevolution konnte ihr Siegesjahr mit einer der schrecklichsten Niederlagen des Proletariats in der Geschichte besiegen und aus dieser Niederlage Kraft für die eigene Ausbreitung und Festigung schöpfen.

Wir Kommunisten des fortgeschrittenen Westens,

die wir verfehlten, den Kommunen von Petersburg und Schanghai die Unterstützung einer europäischen Kommune zu bringen, müssen uns vor den unzähligen Opfern verbeugen. Sie waren der Preis, den zwei große Revolutionen, die eine siegreich und dann geschlagen, die andere geschlagen, bevor sie den Sieg überhaupt erringen konnte, dafür entrichten mußten, daß wir nicht fähig waren, aus unseren Reihen die lähmenden Mythen der Demokratie, der "Einheitsfront" mit anderen Parteien, die die Interessen des Feindes vertreten, der Klassenblöcke, vollständig auszurotten, um den klaren Weg der von der Klassenpartei zentralisierten revolutionären Vorbereitung zielgerade zu verfolgen.

Die Opfer des schrecklichen Massakers von 1927 warten noch auf die Rache. Rächen kann sie aber nur das chinesische und internationale Proletariat - indem die Bilanz der Ursachen und Folgen der Erdrosselung der Welpartei gezogen wird, um die Welpartei wiederzubilden.

(1) Leitsätze und Ergänzungsthesen des 2. Weltkongresses gem. "Die Kommunistische Internationale" Nr. 13, 1920; Lenins Rede, LW Bd. 31; Leitsätze des 4. Weltkongresses gem. Protokoll

(2) Für eine eingehendere Untersuchung der Niederlage von 1927 siehe "Changhai, avril 1927 - le bain de sang du prolétariat chinois arrose la victoire du stalinisme" in "Programme Communiste" Nr. 73, April 1977

(3) Siehe H. Isaacs, "The tragedy of chinese proletariat", hier zitiert nach der französischen Ausgabe, Paris, Gallimard, 1973, S. 79. Der interessierte Leser sollte das Buch von Isaacs heranziehen.

(4) J. Guillermez, "Histoire du PCC", Payot, Paris, 1975, Bd. 1, S. 96.

(5) und (6) Isaacs, S. 103 bzw. 107

(7) Als die Thesen von Bucharin-Stalin für die 8. Erweiterte Exekutive (1927) für die KPCh die Richtlinie der "Aufrechterhaltung der Selbständigkeit" ausgaben, antwortete Trotzki: "Aufrechterhalten? Aber die KP Chinas war ja bis heute noch nie selbständig". Der Beitritt der chinesischen Kommunisten in die Kuomintang wurde seinerzeit gegen die Stimme Trotzki's - der aber damals nicht insistierte - vom Politbüro bestätigt.

(8) Auch hier hat Trotzki als einziger dagegen gestimmt. Es war aber gegen den Begriff der "sympathisierenden Partei" überhaupt, daß die italienische Linke von vornherein auftrat. Siehe diesbzgl. u.a. die "Thesen von Lyon".

(9) Isaacs, S. 149

(10) siehe außer Isaacs auch J. Chesneaux, "Le mouvement paysan chinois", Paris, Seuil, 1976

(11) Gewiß wurde Tschiang Kai-schek später schließlich geschlagen. Die Partei von Mao hat aber nichts anderes getan, als die Perspektive von Sun Yat-sen zu erfüllen und die Rolle der "wahren Kuomintang" zu spielen. Für eine nähere Untersuchung siehe unsere Reihe "Die soziale Bewegung in China" in Bulletin Nr. 10, 11, 12 und 13. Diese Reihe wird in der nächsten Nr. fortgesetzt.

(12) Wir können hier nicht näher auf die Frage der opportunistischen Entartung und konterrevolutionäre Vernichtung der Komintern eingehen. Siehe hierzu in den folgenden Seiten die "Thesen von Lyon".

DIE THESEN DER KOMMUNISTISCHEN LINKE

II

Thesen von Lyon

Auf dem 3. Kongreß der Kommunistischen Partei Italiens, der vom 20. bis zum 26. Januar 1926 in der französischen Stadt Lyon geheim stattfand, unterbreitete der linke Parteiflügel (1) ein umfassendes Thesenwerk, das in Anlehnung an den Tagungsort kurz "Thesen von Lyon" genannt wird. In diesen Thesen fließen alle Fäden der prinzipiellen Positionen sowie der Polemiken über Fragen der Taktik und der Organisation (im weitesten Sinne des Wortes) zusammen, die wir mit der Veröffentlichung und dem Kommentar der Thesen der kommunistischen Linke von der Periode zwischen Mai 1920 und Ende 1922 (siehe "Kommunistisches Programm" Nr. 13, Januar 1977) zu erläutern versuchten.

Zwischen Ende 1922 und Januar 1926 liegen der V. Kongreß der Kommunistischen Internationale (Juli 1924), der nach der deutschen Niederlage von 1923 eine kurze "Linkswende" in der internationalen Taktik zum Ausdruck brachte, und der dramatische Ausbruch der inneren Gegensätze innerhalb der russischen Partei. In kurzer Folge - kaum ein Monat nach dem Kongreß von Lyon - sollte der einsame Zusammenstoß der Linken mit der Kominternführung und den Delegationen der verschiedenen Parteien auf der Erweiterten Exekutive vom Februar/März 1926 stattfinden.

Die Interventionen des Delegierten der Linken, Amadeo Bordiga, auf der Erweiterten Exekutive werden in einer der nächsten Nummern von "Kommunistisches Programm" abgedruckt und kommentiert werden. Die kommentierte Veröffentlichung seiner Reden auf dem V. Weltkongreß bleibt aber einem späteren Zeitpunkt vorbehalten. Auf diese Reden soll deshalb im Rahmen dieser Vorbemerkung kurz eingegangen werden, um die Brücke zu den Thesen von Lyon mindestens in den Grundrissen herzustellen.

Die Taktik der Einheitsfront von oben, d.h. der Einheitsfront als aktueller oder anvisierter Koalition der kommunistischen Partei mit anderen sogenannten Arbeiterparteien, und der "Arbeiterregierung" (bzw. und noch schlimmer: "Arbeiter- und Bauernregierung") als parlamentarisch entstehende Regierung einer solchen Einheitsfront (und anders kann eine Regierungskoalition mit rechten oder linken Sozialdemokraten nicht entstehen) hatte vor allem in Deutschland 1923 zu katastrophalen Folgen geführt. Der V. Weltkongreß unterzog diese taktischen Lösungen einer drastischen Revision: Die Einheitsfront sollte nunmehr als Einheitsfront von unten, an der Basis, verstanden werden; die "Arbeiterregierung" dürfte nicht anders als als populäres Synonym der Losung "Diktatur des Proletariats" ausgelegt werden. Gab also der Kongreß eine weniger verschwommene und für die Linke in der Substanz annehmbare Definition dieser taktischen Formeln, so bedeutete andererseits die taktische Wende eine Fortsetzung des Grundübels der von der Kom-

intern seit einigen Jahren verfolgten Politik, nämlich der Tendenz "nach rechts oder nach links zu gehen, wie es durch die Lage geboten scheint, und wie man es in Anbetracht der Entwicklung der Ereignisse für zweckmäßig hält", in einer eklektischen und schwankenden Vorgehensweise, so daß "uns ein starkes Abschnwenken nach links ein noch stärkeres Abschnwenken nach rechts befürchten läßt. Wir verlangen in der gegenwärtigen Lage keine linke Abweichung, sondern eine klare und genaue Richtigstellung der Taktik der Internationale". (2)

Das "Abschnwenken nach links" war ohnehin widersprüchlich. Erstens wurde die Methode, so viel wie möglich "offen zu lassen" und die Verantwortung, die auf der ganzen Kominternführung lastete (so z.B. in der Deutschlandfrage), auf einzelne Führer oder Gruppen von Führern der jeweiligen Sektionen zu schieben, weiterhin fortgesetzt. Sie wurde auch von erschreckenden Abweichungen in der nationalen und kolonialen Frage begleitet und fiel mit den ersten Versuchen zusammen, zu der gewerkschaftlichen Internationale von Amsterdam (bis dahin mit Recht als Organ des Imperialismus betrachtet) Brücken zu schlagen. Die "Linkswende" in der Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung sollte sich in der Tat als linker Wendepunkt auf einer sich fortsetzenden Zickzacklinie erweisen und dem "noch stärkeren Abschnwenken nach rechts" Platz machen: die Bilanz der Niederlage von 1923 wurde über Bord geworfen; 1925 schlug die Partei in Deutschland eine rechtsopportunistische Linie ein (Manöver im Preußischen Landtag, Reaktion auf die Wahl Hindenburgs etc.); in Italien nahm sie die politische Krise, die sich Mitte 1925 infolge des faschistischen Mordes an den sozialistischen Abgeordneten Matteotti ereignete, als Anlaß, um sich in Richtung des demokratischen Antifaschismus und der breitesten politischen Einheitsfront mit den verschiedensten Parteien zu bewegen.

"Wir glauben" - hatte die Linke auf dem V. Weltkongreß in einer vorbeugenden Reaktion auf Spekulationen bzgl. einer "besseren Regierung" erklärt - "daß die Offensive des Kapitals sich sehr verschiedener Mittel bedienen kann. Es gibt einen Rechtsweg; dies ist die offene Reaktion, der Belagerungszustand, der Terror gegen die proletarische Bewegung. Es gibt Linksmethoden; diese sind die demokratische Lüge, die Illusion der Zusammenarbeit der Klassen. Diese beiden Methoden zielen aber auf den gleichen Zweck ab, und man muß nicht notwendigerweise annehmen, daß es scharf voneinander getrennte historische Perioden geben muß, in welchen die gesamte Weltbourgeoisie oder ein Teil der Weltbourgeoisie sich der Rechtswaffen oder der Linkswaffen bedient. (...) Wir müssen uns darauf ge-

faßt machen, daß die beiden Methoden der bürgerlichen Offensive eine Synthese bilden werden. (...) Welche Schlußfolgerungen sind daraus zu ziehen? Wir stimmen alle darin überein, daß in einer Periode der liberalen und demokratischen Politik der Bourgeoisie für unsere Parteien die Gefahr gewisser pazifistischer und zu Zusammenarbeit neigender Illusionen besteht. Diese Gefahr tritt aber auch bei der faschistischen Reaktion zutage, weil da verlangt wird, daß aus der Offensive nicht die völlig marxistischen Schlußfolgerungen gezogen werden sollen, die Lenin auf dem III. Kongreß zog, sondern weit banalere und einfachere und zwar in folgender Weise: Die Bourgeoisie leitet durch eine faschistische Bewegung eine Offensive gegen uns ein. Es ist der Augenblick gekommen, wo wir diese Anstrengungen mit einer Koalition der bürgerlichen Kräfte mit gewissen halb-bürgerlichen Kräften, mit einer Koalition der nicht-faschistischen Parteien, mit einer Koalition der Kommunistischen Partei mit den sozialistischen und vielleicht auch mit gewissen kleinbürgerlichen oder bäuerlichen Parteien beantworten müssen. Natürlich ist das eine falsche Antwort..."

Inzwischen war man dabei, die These einer aktiven Unterstützung von "Linksregierungen" (oder gar von vermeintlichen Regierungen des Mittelstands !!!) als geringerem Übel oder selbst als Zwischenphase vor der proletarischen Machteroberung zu vertreten.

Auf dem V. Kongreß hatte die Linke erneut und mit Nachdruck den Zusammenhang hervorgehoben, der zwischen den richtigen, von den Prinzipien diktierten taktischen und organisatorischen Lösungen einerseits und einer wahren Zentralisation und Disziplin andererseits besteht:

"Wir wollen eine wahre Zentralisation, eine wahre Disziplin schaffen. Wir sind alle für Zentralisation und Disziplin. Wir wollen aber die richtigen Voraussetzungen schaffen, um wirklich eine Gewähr für dieses Ergebnis bieten zu können, das nicht von dem guten Willen des Genossen X oder Y abhängig gemacht werden kann, der nach 20 Sitzungen ein Übereinkommen unterzeichnet, in dem die Rechte und die Linke sich schließlich geeinigt haben usw. usw. Mit einem solchen System wird man nie eine vollständige Disziplin garantieren können, die in die Wirklichkeit, in die Aktion, in die Leitung der revolutionären Bewegung des Proletariats hineingetragen werden und die Weltseinheit herstellen muß, die aber in ihrem Ursprung etwas Spontanes, eine unmittelbare Folge des Klassenkampfes ist. Um diese vollständige, disziplinierte Zentralisation erreichen zu können, ist eine Klarheit der taktischen Führung und eine Kontinuität in der Bildung unserer Organisationen in den Grenzen, die uns von anderen Parteien trennen, notwendig."

Inzwischen war nicht nur die Methode der Fusionen (siehe Italien) und der Aufnahme "sympathisierender Parteien" in die Internationale (siehe China (3)) in weitere Entfaltung begriffen, sondern man versuchte auch mit der sogenannten Bolschewisierung - mit der Umgestaltung der internen Parteiorganisation nach dem vermeintlichen "bolschewistischen Modell" der Betriebszellen und mit der Anwendung von Disziplinarmaßnahmen und ideologischem Terror - die Parteien in "schlagkräftige Massenparteien" zu verwandeln: die Organisationsformel sollte somit die richtige politische Linie und selbst die günstige ob-

jektive Lage ersetzen.

Auf dem V. Kongreß hatte die Linke wiederholt, daß man die Frage der politischen Entwicklung der Weltpartei keineswegs auf die Ebene der Gleichung verlagern könnte: Führung durch die Bolschewiki = Gewähr gegen opportunistische Entartung. Dadurch konnte man lediglich den Problemen ausweichen, was in der vulgären Fassung der alten Zetkin, die Bordiga ihr weißes Haupt als Gewähr bot, plastisch klar wird.

Je mehr aber sich die bolschewistische Führung selbst unter dem Druck der Entwicklung in Rußland und der wiederholten Niederlagen der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt zerstritt und spaltete - eine Spaltung, die zunehmend KLASSENCHARAKTER ANNAHM -, desto mehr verwies man auf sie als antiopportunistischen Garant.

Auf dem V. Weltkongreß hatte die Linke alle Parteien auf die gefährliche Lage der russischen Partei hingewiesen: "Die vom Standpunkte einer revisionistischen Rechtsgefahr gefährlichste Lage ist die Lage der russischen Partei, und die übrigen Parteien müssen sie daher unterstützen. In der Internationale muß die russische Partei den Kräftezuschuß finden, den sie benötigt, um standzuhalten gegenüber dieser wahrhaft schwierigen Lage."

Inzwischen hatte auch die interne Lage der russischen Partei zur Krise des 14. Kongresses und zur Behauptung des stalinistischen Flügels und seiner Losung des "Sozialismus in einem Land" geführt, bevor sie später, Ende 1926, mit der Niederlage und faktischen Ausschaltung der Revolutionäre und Internationalisten um Trotzki, Sinowjew und Kamenew einen ersten und - wie man rückblickend behaupten kann - definitiven Abschluß finden sollte.

Es war also Ende 1925 dringend notwendig, die von uns innerhalb der Komintern wiederholt aufgeworfenen Fragen wieder aufzugreifen und so systematisch wie nur möglich zu behandeln; es war notwendig, die Bilanz zu ziehen und die Positionen theoretisch erneut zu untermauern. Diesem Zweck entsprachen die "Thesen von Lyon", die gerade deshalb - wie übrigens auch die Thesen von 1920-1922 - die theoretischen Grundfragen (I. Teil) und die Fragen der Orientierung der kommunistischen Bewegung im Weltmaßstab (II. Teil) in den Vordergrund stellen: von ihrer Lösung geht man aus, um die ABGELEITETEN Fragen, wie die, die sich auf die Partei in Italien beziehen, zu behandeln.

Dem heutigen Leser mag vielleicht die eindringliche Bezugnahme auf die Prinzipien und die Theorie des Kommunismus, insbesondere bei der Behandlung der Fragen der Natur, der Aktion und der Taktik der Klassenpartei übertrieben erscheinen. Es ging aber nicht mehr um die Bekämpfung einer falschen Taktik oder von falschen Organisationsmethoden allein, es ging vielmehr darum, die Weichen für den Kampf gegen eine sich anbahnende VOLLSTÄNDIGE REVISION DES MARXISMUS zu stellen.

Auf der Grundlage dieser rekapitulierten Prinzipien und unverrückbaren theoretischen Einsichten des Marxismus wird die Bilanz der objektiv gegebenen Lage und der praktischen Aktion der Komintern gezogen und gipfelt sozusagen in der Behandlung der russischen Frage, die

trotz des von der Kominternführung verfügten "Diskussionsverbotes" als grundlegende und die ganze kommunistische Weltbewegung unmittelbar tangierende Frage in ihren Grundlinien dargelegt wird. Es handelt sich um dieselben Grundlinien, die nach dem 2. Weltkrieg unsere Arbeit über die "soziale und ökonomische Struktur des heutigen Rußland" leiten sollten: sozialistischer Charakter der Oktoberrevolution und der bolschewistischen Diktatur, Notwendigkeit der internationalen Ausbreitung der Revolution, um die kapitalistische Wirtschaftsgrundlage NÖP-Rußlands überwinden und überhaupt die bolschewistische Diktatur aufrecht-erhalten zu können.

Diese Einschätzung deckt sich vollkommen mit der von Lenin verfochtenen Linie:

"Wir haben die bürgerlich-demokratische Revolution so "sauber" wie noch nirgends in der Welt "zu Ende geführt". Das ist eine gewaltige Errungenschaft, die keine Macht mehr rückgängig machen kann.

Wir haben das Ausscheiden aus dem reaktionären imperialistischen Krieg auf revolutionärem Wege zu Ende geführt. (...)

Wir haben den Sowjettypus des Staates geschaffen und damit eine neue weltgeschichtliche Epoche eingeleitet, die Epoche der politischen Herrschaft des Proletariats, die berufen ist, die Epoche der Herrschaft der Bourgeoisie abzulösen. (...)

Nicht zu Ende geführt haben wir jedoch die Errichtung auch nur des Fundaments der sozialistischen Wirtschaft. Das können die uns feindlichen Kräfte des sterbenden Kapitalismus noch rückgängig machen. Man muß sich dessen klar bewußt sein und es offen zugeben, denn es gibt nichts gefährlicheres als Illusionen (und Schwindelanfälle, zumal in großen Höhen). Und an dem Eingeständnis dieser bitteren Wahrheit ist entschieden nichts "Schreckliches", nichts, das berechtigten Anlaß auch nur zur geringsten Verzagtheit gäbe, denn wir haben stets die Abc-Wahrheit des Marxismus verkündet und wiederholt, daß zum Sieg des Sozialismus die gemeinsamen Anstrengungen der Arbeiter mehrerer fortgeschrittener Länder notwendig sind." (4)

Mißtrauen gegenüber der Komintern, Pessimismus gegenüber Rußland - wurde uns 1924-26 vorgeworfen. Es ging aber im Gegenteil um die Verteidigung der Theorie, des Programms, der Prinzipien, der Aktionslinie und der realistischen Einschätzung, die als einzige eine Rettung der damals ernsthaft gefährdeten, aber für KOMMUNISTISCHE KÄMPFER noch nicht restlos verlorene WELTPARTEI ermöglichen könnten.

Genährt durch die internationalen Niederlagen des Proletariats, gestärkt durch den Drang des expandierenden russischen Kapitals, das Joch der proletarischen Diktatur abzuschütteln, versteckt hinter den Deckmantel des "Vertrauens" zu einer "bolschewistischen Partei", die progressiv zur Manövermasse gegen die internationalistische russische Opposition aufgebläht wurde, voll eines falschen "Optimismus" bezüglich der Entwicklung des "Sozialismus in Rußland allein", bäumte sich auf der anderen Seite jener Stalinismus auf, der sehr bald die Genossen Lenins ausrotten und die Verbindung zwischen dem revolutionären Sieg in einem Land - hinzu einem rückständigen - und der Weltrevolution sprengen sollte. Und an diesem Bruch ging beides zugrunde.

"Ich will aufrichtig erklären - sagte der Delegierte der Linken auf dem V. Weltkongreß -, daß in der gegenwärtigen Lage die Internationale des revolutionären Weltproletariats der Kommunistischen Partei Rußlands einen Teil der zahlreichen Dienste, die sie von ihr empfangen hat, vergelten muß."

Die Linke war aber isoliert, denn - wie es in derselben Rede anderswo heißt - die Redner, die auf dem Internationalen Kongreß sich im Namen einer Sektion der KI an den internationalen Aussprachen beteiligen, "kümmern sich fast bloß um die Angelegenheiten ihrer Partei und antworten lediglich darauf, was der Genosse Sinowjew in bezug auf die Angelegenheiten der betreffenden Partei sagt. Die Redner bleiben stets in den durch ihre nationalen Angelegenheiten gezogenen Schranken".

Während der letzten Debatten über die Linie der Komintern sollte Sinowjew der Linken entgegenhalten, schon in ihrer Isolierung läge der Beweis dafür, daß sie kein Recht hätte. Mit genau demselben Argument sollte derselbe Sinowjew bald darauf in seinem Kampf gegen den Stalinismus abgespeist werden. In dieser gemeinsamen Isolierung lag der Beweis für einen Kurs, der in die Katastrophe führte.

Wir wollen uns bei dem letzten Teil der "Thesen von Lyon" (italienische Fragen) nicht aufhalten. Ein Hinweis genügt. Die in ihrem Prolog, Entwicklung und Epilog kurz rekapitulierte Geschichte der italienischen Sektion der Komintern ist selbst die beste Widerlegung aller von der opportunistischen Geschichtsschreibung verbreiteten Lügen über das "sterile Sektierertum" der Linken. Sicherlich war sie "sektiererisch" und "verschlossen", wenn es um die Verteidigung des ABC des Kommunismus ging; um so beweglicher war sie aber, wenn es um dessen strenge, folgerichtige und niemals "auf bessere Zeiten" verschobene PRAKTISCHE ANWENDUNG ging.

...

Das von der russischen Revolution weltweit entfachte Feuer war dabei, auszulöschen. Auf der Grundlage der durch diese Thesen damals - zum vorletzten Mal - innerhalb der Komintern verteidigten Prinzipien - allein auf dieser Grundlage - könnte es wieder auflodern; sonst müßte man trotz der ganzen Sprengkraft der gehäuften kapitalistischen Gegensätze wieder von vorne anfangen.

Die Komintern konnte nicht gerettet werden. Da capo.

(1) Siehe Seite 34, Anm. 11.

(2) Zitate nach dem Protokoll des V. Weltkongresses, Bd. 1, S. 394-406.

(3) In der Rede auf dem V. Kongreß liest man zu den "sympathisierenden Parteien" in einer Vorwagnahme der chinesischen Ereignisse: "Wir sind dagegen, daß es... Parteien geben soll, die... im Schatten der Fahne der Internationale leben, ohne zu etwas verpflichtet zu sein, und sogar mit der Möglichkeit, frei von unserer Kontrolle den Verrat am Proletariat vorzubereiten".

(4) Lenin, "Notizen eines Publizisten", Februar 1922, LW 33, S. 190-191. Zur Rußlandfrage siehe auch unsere Broschüre "Revolution und Konterrevolution in Rußland: Warum Rußland nicht sozialistisch ist".

THESEN VON LYON (1)

I. ALLGEMEINE FRAGEN

1. Grundsätze des Kommunismus

Die theoretischen Grundsätze der kommunistischen Partei sind die des Marxismus, der im Kampf gegen die opportunistischen Abweichungen von Grund auf wiederhergestellt wurde und das Fundament der 3. Internationale bildet. Diese Grundsätze sind:

der dialektische Materialismus als allgemeine Weltanschauung und Geschichtsauffassung;
die grundlegenden ökonomischen Theorien aus Marx' *Kapital* als Erklärung der heutigen kapitalistischen Wirtschaft;
die programmatischen Aussagen des *Manifests der Kommunisten* als historischer und politischer Leitfaden für die Befreiung der Arbeiterklasse der ganzen Welt.

Die großartige, siegreiche Erfahrung der russischen Revolution und das Werk Lenins - Führer dieser Revolution und Meister des Weltkommunismus - sind die Bestätigung, die Wiederherstellung und die folgerichtige Entwicklung jenes Systems von Grundsätzen und Methoden.

Wer auch nur einen einzigen Teil davon ablehnt, ist kein Kommunist und darf nicht in den Reihen der Internationale kämpfen.

Dementsprechend weist die kommunistische Partei die Lehren der herrschenden Klasse zurück, von den mystisch-religiösen, die idealistisch in der Philosophie und reaktionär in der Politik sind, bis zu den positivistischen Lehren der Freidenker à la Voltaire, die in der Politik freimaureisch, antiklerikal und demokratisch sind.

In gleicher Weise lehnt sie folgende politische Schulen ab, die in der Arbeiterklasse eine gewisse Anhängerschaft haben: den sozialdemokratischen Reformismus, der eine friedliche und ohne bewaffneten Kampf erfolgende Entwicklung von der kapitalistischen Macht zur Arbeitermacht für möglich hält und die Klassenkollaboration predigt; den Syndikalismus, der die politische Aktion der Arbeiterklasse und die Notwendigkeit der Partei als oberstes revolutionäres Organ leugnet; den Anarchismus, der die historische Notwendigkeit des Staates und der Diktatur des Proletariats als Mittel zur Umwandlung der Gesellschaft und zur Aufhebung der Klassenenteilung bestreitet. Ebenso bekämpft die kommunistische Partei die vielfältigen Erscheinungen jener ^{gefährlichen} pseudorevolutionären Strömung, die mit dem nunmehr allgemein bekannten Ausdruck "Zentrismus" benannt wird und sich dadurch kennzeichnet, die oben erwähnten irrigen Tendenzen "kommunistisch" zu verbrämen, um somit deren Fortbestand zu sichern.

2. Wesen der Partei

Der geschichtliche Prozeß der Befreiung des Proletariats und der Gründung einer neuen Gesellschaftsordnung ergibt sich aus der Tatsache des Klassenkampfes. Jeder Klassenkampf ist politischer Kampf, d.h. er tendiert zu einem Kampf um die Eroberung der politischen Macht und die Führung eines neuen Staatsapparats. *Folglich ist das Organ, das den Klassenkampf zu seinem End-*

sieg führt, die politische Klassenpartei, das einzig mögliche Werkzeug zuerst der revolutionären Erhebung und dann der revolutionären Regierung. Aus dieser elementaren und genialen Behauptung von Marx, die von Lenin bis aufs Äußerste hervorgehoben wurde, ergibt sich die Definition der Partei als Organisation aller, die die Weltanschauung, die die historische Aufgabe der revolutionären Klasse zusammenfaßt, teilen und entschlossen sind, für den Sieg dieser Klasse zu kämpfen. Dank der Partei erlangt die Arbeiterklasse die Kenntnis ihres Weges und den Willen, ihn zu beschreiten; *folglich vertritt die Partei in den aufeinanderfolgenden Phasen des Kampfes historisch die Klasse, auch wenn sie in ihren eigenen Reihen nur einen mehr oder minder großen Teil der Klasse umfaßt.* Das ist die Bedeutung der Definition der Partei, die Lenin auf dem 2. Weltkongreß gab.

Diese Auffassung von Marx und Lenin steht genau im Gegensatz zur typisch opportunistischen Auffassung einer trade-unionistischen oder ouvrieristischen Partei, der rechtmäßig alle Individuen angehören, die ihrem sozialen Stand zufolge Proletarier sind. Es ist klar: in einer solchen Partei - auch wenn sie zahlenmäßig einen stärkeren Eindruck macht - können, und müssen in gewissen Situationen, die direkten konterrevolutionären Einflüsse der herrschenden Klasse vorwiegen (vertreten durch die Diktatur von Funktionären und Führern, egal ob sie nun als Individuen aus dem Proletariat oder aus anderen Klassen stammen). Deshalb haben Marx und Lenin diesen fatalen theoretischen Fehler nicht allein bekämpft: sie haben auch in der Praxis nicht davor gezögert, die falsche proletarische Einheit zu brechen, um in Momenten des Schwindens der sozialen Aktion des Proletariats das Fortbestehen der politischen Funktion der Partei in der Vorbereitung auf die zukünftigen Aufgaben des Proletariats wenigstens durch kleine, am revolutionären Programm festhaltende politische Gruppen zu sichern. Es hat sich ergeben, daß dies der einzig mögliche Weg ist, um in der Zukunft den Zusammenschluß des größtmöglichen Teils der Arbeiter unter der Führung und unter dem Banner einer kämpf- und siegesfähigen kommunistischen Partei zu verwirklichen.

Eine *unmittelbare* Organisation aller vom wirtschaftlichen Standpunkt als Arbeiter zu betrachtenden Personen kann nicht zu politischen, d.h. revolutionären Aufgaben aufrücken, da die einzelnen beruflichen und lokalen Gruppen nur beschränkte Impulse für die Befriedigung partieller, durch die direkten Folgen der kapitalistischen Ausbeutung determinierter Bedürfnisse wahrnehmen. Erst wenn sich an der Spitze der Arbeiterklasse eine politische Partei einschaltet, die sich durch den politischen Beitritt ihrer Mitglieder kennzeichnet, erfolgt die fortschreitende Zusammenfassung aller partiellen Impulse zu einer gemeinsamen Auffassung und Handlung, in der es Individuen und Gruppen gelingt, jeden Partikularismus zu überwinden und Schwierigkeiten und Opfer für den allgemeinen und endgültigen Sieg der Arbeiterklasse auf sich zu nehmen. Die Definition der Partei als Partei der Arbeiterklasse hat bei Marx und Lenin eine historische und endzielbezogene und nicht eine vulgär-statisti-

sche und statutenmäßige Bedeutung.

Jede Betrachtung der inneren Organisationsfragen der Partei, die zum Fehler einer trade-unionistischen Parteiauffassung zurückführt, ver-rät eine schwere theoretische Abweichung, denn sie setzt an Stelle einer revolutionären eine demokratische Auffassung und mißt ausgeklügelten, utopistischen Organisationsschemata mehr Bedeutung zu als der dialektischen Wirklichkeit des Zusammenpralls der Kräfte zweier entgegengesetzter Klassen; sie stellt eine Gefahr des Rückfalls in den Opportunismus dar.

Was nun die Gefahren einer Entartung der revolutionären Bewegung anbelangt sowie die Mittel, um die nötige Kontinuität der politischen Richtung bei Führern und Anhängern zu sichern, so ist es nicht möglich, diese Gefahren mittels einer Organisationsformel zu beseitigen. Durch die Formel, der zufolge nur der echte Arbeiter ein Kommunist sein kann, werden sie um so weniger beseitigt, als diese Auffassung durch eine lange Erfahrung, durch die riesige Mehrzahl von Beispielen von Individuen und Parteien widerlegt wird. Die Garantie, um die es geht, muß anderswo gesucht werden, wenn man nicht dem grundlegenden marxistischen Postulat: *"Die Revolution ist keine Frage der Organisationsform"*, widersprechen will, ein Postulat, das die ganze Überlegenheit des wissenschaftlichen Sozialismus gegenüber den ersten Phantasiegebilden des Utopismus zusammenfaßt.

Von diesen Anschauungen über das Wesen der Klassenpartei muß man ausgehen, um die Antwort auf die heutigen unmittelbaren Fragen der inneren Organisation der Internationale und der Partei zu geben.

3. Aktion und Taktik der Partei

Die allgemeine Taktik befaßt sich mit der Frage, wie die Partei auf die Situationen und auf die anderen Gruppen, Organe und Einrichtungen der Gesellschaft, in der sie sich bewegt, einwirkt. Ihre allgemeinen Elemente müssen in Übereinstimmung mit der Gesamtheit unserer Grundsätze festgesetzt werden. In einem zweiten Schritt werden dann die Richtlinien der praktischen Aktion bezüglich der verschiedenen Bereiche von praktischen Problemen und der aufeinanderfolgenden Phasen der historischen Entwicklung genau bestimmt.

Indem sie der revolutionären Partei ihren Platz und ihre Aufgabe in der revolutionären Gestaltung einer neuen Gesellschaft zuteilt, löst die marxistische Theorie die Frage von Freiheit und Notwendigkeit in der Tätigkeit des Menschen auf die glanzvollste Art und Weise. Auf die Abstraktion "Individuum" bezogen, wird diese Frage noch für lange Zeit Material für die metaphysischen Hirngespinnste der Philosophen der herrschenden und dekadenten Klasse liefern. Der Marxismus setzt sie in das rechte Licht einer wissenschaftlichen und objektiven Gesellschafts- und Geschichtsauffassung.

So wie unsere Auffassung den Gedanken ausschließt, dem zufolge das Individuum - ein Individuum! - nach seinem Gutdünken und dank einer Art von göttlicher Gabe umwandelnd und formend auf seine Umwelt einwirken kann, so ist für uns die voluntaristische Auffassung der Partei zu verurtei-

len, der zufolge eine kleine Gruppe von Menschen ihr Credo verbreitet und mit einer ungeheuerlichen Willensanstrengung, mit einer riesigen Aktivität und Heroismus, der Welt aufzwingt.

Auf der anderen Seite ist jene Auslegung des Marxismus abartig und töricht, wonach - da Geschichte und Revolution nach unabänderlichen Gesetzen ablaufen - uns nichts anderes übrig bliebe, als diese Gesetze objektiv zu ermitteln und zu versuchen, Prognosen für die Zukunft zu formulieren, ohne etwas auf dem Gebiet der Aktion zu unternehmen. Eine solche Auffassung ist fatalistisch und kommt einer Ablehnung der Notwendigkeit der Existenz und Funktion der Partei gleich. Der marxistische Determinismus liegt nicht in der Mitte, ist aber in seiner mächtigen Originalität diesen beiden Auffassungen in gleicher Weise überlegen. Eben weil sie jedem Apriorismus fern bleibt und nicht mit dem Anspruch hausieren geht, es gäbe eine einzige abstrakte Antwort, die für alle Epochen und für alle Gesellschaftsformen gültig wäre, ist die marxistische Lösung dieses Problems dialektisch und historisch. Wenn auch nach dem heutigen Entwicklungsstand der Wissenschaft keine vollständige Untersuchung der Ursachen, die das einzelne Individuum zum Handeln bewegen, möglich ist, eine Untersuchung, die von den physischen und biologischen Gesetzen ausgehen müßte, um zu einer Wissenschaft der psychologischen Aktivitäten zu gelangen, so kann das Problem doch auf dem Gebiet der Soziologie gelöst werden, indem man - wie Marx es tat - die Untersuchungsmethoden der modernen, positiven und experimentellen Wissenschaft anwendet, deren Erbe der Marxismus voll antritt, und die nicht zu verwechseln sind mit der sogenannten materialistischen und positivistischen Philosophie, die die Bourgeoisie bei ihrem historischen Vormarsch anwandte. Man beseitigt somit in einem gewissen Sinn die Unbestimmtheit über den in jedem Individuum stattfindenden Prozeß, indem man mit der kritischen Untersuchung der ökonomischen Verhältnisse und der Geschichte den gegenseitigen Einflüssen zwischen den Individuen rational Rechnung trägt und dabei das Feld von allen Vorurteilen der traditionellen Ideologien geräumt hat. Von diesem Ausgangspunkt aus stellt der Marxismus ein System von Kenntnissen auf, das kein unwandelbares und festes Evangelium ist, sondern ein lebendiges Werkzeug, um die Gesetze des geschichtlichen Werdegangs zu verfolgen und zu erkennen. Die Grundlage dieses Systems liegt in Marx' Entdeckungen über den ökonomischen Determinismus: die Untersuchung der ökonomischen Formen und Verhältnisse und der Entwicklung der technischen Produktionsmittel liefert uns den objektiven Boden, in dem wir die Formulierung der Gesetze des gesellschaftlichen Lebens und in einem gewissen Ausmaße auch die Prognose der kommenden Entwicklung fest verankern können.

Nachdem wir an all das erinnert haben, muß betont werden, daß die Endlösung keine immanente Formel ist, die als universeller Schlüssel die Aussage erlaubt, daß, wenn man die ökonomischen Phänomene sich entwickeln läßt, eine vorhergesehene und feststehende Reihe von politischen Ereignissen sich ohne weiteres ergeben wird.

Zwar bedeutet unsere Kritik die vollständige und endgültige Abwertung, nicht so sehr dessen, was den einzelnen Individuen - auch wenn sie die

"Hauptrollen" der Geschichte spielen - als ihre Aktion erscheint, sondern viel mehr der Absichten und Perspektiven, mit denen sie sich diese Aktion zu koordinieren einbilden; das will aber keineswegs heißen, daß ein kollektives Organ, wie die Klassenpartei, keine eigene Initiative und keinen eigenen Willen hat oder diese gar entbehren kann. In unseren grundlegenden Texten wird die hierfür gegebene Lösung wiederholt dargelegt.

Die Menschheit sowie auch ihre mächtigsten Vereinigungen wie Klassen, Parteien und Staaten, haben sich beinahe wie Spielzeug in den Händen der ökonomischen Gesetze bewegt, die ihnen bis heute größtenteils unbekannt waren. Diesen Vereinigungen fehlte gleichzeitig das theoretische Bewußtsein des ökonomischen Prozesses und die Möglichkeit, ihn zu leiten und zu lenken. Für die Klasse jedoch, die in der heutigen geschichtlichen Epoche erscheint, nämlich das Proletariat und für die politischen Vereinigungen (Partei und Staat), die von ihm ausgehen müssen, ändert sich das Problem.

Diese Klasse ist die erste, die nicht zur Macht ergreifung getrieben wird, um soziale Privilegien zu konsolidieren und um in einer in Klassen geteilten Gesellschaft eine neue Klasse zu unterwerfen und auszubeuten. Und gleichzeitig ist sie die erste, der es gelingt, sich eine Theorie über die ökonomische, historische und soziale Entwicklung zu bilden, die eben im marxistischen Kommunismus besteht.

Zusammen mit seiner Befreiung von der heute herrschenden und privilegierten Klasse besteht das Programm des Proletariats in der Befreiung der Menschheit von der Sklaverei der ökonomischen Gesetze, die das Proletariat heute erkennt und morgen in einer rationalen und wissenschaftlichen, unter dem direkten Eingriff der Menschheit stehenden Wirtschaft beherrschen wird. In diesem Sinn und aus diesem Grund schrieb Engels, daß die proletarische Revolution den Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit darstellt.

Das heißt jedoch nicht, den illusorischen Mythos des Individualismus wieder aufleben zu lassen, der das *Ich* des Menschen von den äußeren Einflüssen befreien will, während in Wirklichkeit ihre Verflechtung immer unentwirrbarer wird und das Leben des Einzelnen immer mehr zu einem untrennbaren Teil eines kollektiven Lebens zu werden neigt.

Wenn auch nur die proletarische Menschheit, von der wir noch weit entfernt sind, frei und eines Willens fähig sein wird, der nicht sentimentale Illusion ist, sondern Fähigkeit, die Wirtschaft im weitesten Sinne des Wortes zu organisieren und in ihrer Gewalt zu halten; wenn auch heute die Klasse des Proletariats immer noch - allerdings weniger als die anderen Klassen - in den Grenzen ihrer eigenen Aktion durch äußere Einflüsse *determiniert* ist, so ist hingegen die politische Partei gerade das Organ, in dem sich das Maximum an Willensmöglichkeit und Initiative in seinem gesamten Tätigkeitsfeld zusammenfaßt; gewiss nicht eine x-beliebige Partei, sondern die Partei der proletarischen Klasse, die kommunistische Partei, die sozusagen durch einen ununterbrochenen Faden an die Endziele des kommenden Prozesses gebunden ist. Eine solche Wil-

lensfähigkeit in der Partei sowie ihr Bewußtsein und ihre theoretische Vorbereitung sind ausdrücklich kollektive Funktionen. Die Parteiführer sind in der marxistischen Auffassung als Werkzeuge und als Ausführende zu betrachten, die das Verständnis und die Erklärung der Ereignisse, den Willen zur Aktion und die geeignete Führung der Aktion (alles Fähigkeiten, die immer vom Leben und vom Wesen des kollektiven Organs ausgehen) am besten zum Ausdruck bringen.

Aus diesen Ausführungen ist ersichtlich, daß die marxistische Auffassung der Partei und ihrer Aktion, wie schon erwähnt, sowohl den Fatalismus, das passive Abwarten von Ereignissen, auf die direkt einzuwirken sie nicht vermag, ausschließt, als auch jede voluntaristische Auffassung im individuellen Sinn, der zufolge unterschiedslos von jedem einzelnen Militanten der Partei die Qualitäten theoretischer Vorbereitung, Willensstärke und Opfergeist, kurz und gut eine besondere Art moralischer Figur und ein Stempel von "Reinheit" zu verlangen sind, wodurch man die Partei zu einer Elite herabsetzt, die sich von den restlichen gesellschaftlichen Elementen, aus denen die Arbeiterklasse besteht, unterscheidet und ihnen überlegen wäre. Der fatalistische und passivistische Fehler würde indessen dazu führen, wenn nicht die Funktion und Nützlichkeit der Partei überhaupt zu leugnen, so doch zumindest dazu, sie ohne weiteres in die im ökonomischen, statistischen Sinn aufgefaßte proletarische Klasse aufzulösen. Die in der vorhergehenden These über das Wesen der Partei angedeuteten Schlußfolgerungen werden folglich bekräftigt und verurteilen sowohl die ouvrieristische Auffassung als auch jene der Elite intellektueller und moralischer Natur, beides Abweichungen vom Marxismus, die dazu bestimmt sind, in den gemeinsamen Weg des Opportunismus zusammenzufließen.

Da die allgemeine Frage der Taktik auf derselben Ebene wie die Frage der Natur der Partei gelöst wird, muß man die marxistische Lösung unterscheiden:

- von der doktrinären Entfremdung gegenüber der Wirklichkeit des Klassenkampfes, die sich mit abstrakten Ausklügelungen zufrieden gibt und die konkrete Aktivität versäumt;
- vom sentimental-ästhetizismus, der mit aufsehenerregenden Gesten und heldenhafter Haltung winziger Minderheiten neue Situationen und historischen Bewegungen hervorrufen möchte;
- vom Opportunismus, der die Bindung mit den Prinzipien, also mit den allgemeinen Zielen der Bewegung vergißt, und nur im Hinblick auf einen momentanen Scheinerfolg der Aktion sich damit begnügt, sich für beschränkte und isolierte Forderungen einzusetzen, ohne sich darum zu kümmern, ob diese den Bedürfnissen der Vorbereitung auf die höchsten Eroberungen der Arbeiterklasse widersprechen oder nicht.

Die anarchistische Politik leidet sowohl unter einer doktrinären Sterilität, die unfähig ist, die dialektischen Etappen der realen historischen Entwicklung zu verstehen, als auch unter der voluntaristischen Illusion, die sich der Täuschung hingibt, durch die Schlagkraft des Beispiels und des Opfers eines Einzelnen oder Weniger die gesellschaftlichen Prozesse beschleunigen zu können.

Der Fehler der sozialdemokratischen Politik

geht in der Theorie sowohl auf eine falsche, fatalistische Auffassung des Marxismus zurück, der zufolge die Revolution langsam und von selbst, ohne einen aufständischen Eingriff des proletarischen Willens heranreifen würde, als auch auf einen voluntaristischen Pragmatismus der sofortigen Ergebnisse seiner Initiative und seiner täglichen Intervention nicht entbehren kann. Ob es sich hierbei um Reformen, Zugeständnisse, partielle Vorteile wirtschaftlicher oder politischer Natur, zu denen die Unternehmer und der bürgerliche Staat bewegt werden, handelt: dieser voluntaristische Pragmatismus beschränkt sich auf Ziele, die nur anscheinend bestimmte Gruppen des Proletariats interessieren, in Wirklichkeit aber nicht im Sinne der Vorbereitung des proletarischen Sieges, sondern in Erfüllung des konservativen Spiels der herrschenden Klasse durchgesetzt werden.

Die äußeren Sympathien, die der Reformismus für den bürgerlichen Positivismus zeigt, werden als Vorwand benutzt, um den Versuch, die Klassenbewegung mit theoretischen Auffassungen der "modernen" voluntaristischen und pragmatistischen Philosophie idealistischer Prägung (Bergson, Croce, Gentile) zu verseuchen, als Reaktion gegen den Reformismus auszugeben. In Wirklichkeit bedeutet dieser Versuch nichts anderes als die Vorbereitung weiterer opportunistischer Schritte in der Entwicklung des Reformismus.

Die Partei kann sich nicht darauf beschränken, lediglich die Reinheit der theoretischen Prinzipien und die Reinheit des organisatorischen Gefüges zu bewahren. Sie darf sich aber auch nicht darauf ausrichten, unmittelbare Erfolge und große Popularität um jeden Preis zu erzielen. Die Tätigkeit der Partei muß in allen Zeiten und in allen Lagen folgende drei Punkte umfassen:

- a) die Verteidigung und Präzisierung der grundlegenden programmatischen Postulate, d.h. des theoretischen Bewußtseins der Arbeiterbewegung gegenüber allen neu auftauchenden Ereignissen;
- b) Sicherung der Kontinuität der Parteiorganisation und deren Schlagkraft, sowie die Verteidigung der Parteiorganisation vor einer Verseuchung mit fremden und dem revolutionären Interesse des Proletariats entgegengesetzten Einflüssen;
- c) die aktive Teilnahme an allen Kämpfen der Arbeiterklasse, auch wenn diese durch bescheidene Teilinteressen hervorgerufen werden. Die Partei beschränkt sich aber nicht darauf, die Entfaltung dieser Kämpfe zu fördern, sondern trägt das Bewußtsein ihrer Verbindung mit den revolutionären Zielen ständig in sie hinein; sie zeigt, daß die Erfolge des Klassenkampfes Brücken sind zu den unerläßlichen zukünftigen Kämpfen; sie warnt vor der Gefahr, die darin besteht, sich auf Teilsiege wie auf einem erreichten Endziel auszuweichen oder die Bedingungen für die Aktion und die Kampflust des Proletariats (wie Selbständigkeit und Unabhängigkeit seiner Ideologie und seiner Organisation, an allererster Stelle der Partei) gegen Tageserrungenschaften einzutauschen.

Der höchste Zweck dieser vielseitigen Aktivität der Partei liegt darin, die subjektiven Bedingungen für die Vorbereitung des Proletariats zu schaffen, d.h. es in die Lage zu versetzen, die objektiven revolutionären Möglichkeiten, die die Geschichte bietet, zu nutzen, sobald sie auftau-

chen und zwar so zu nutzen, daß es aus dem Kampf als Sieger und nicht als Besiegter hervorgeht.

Wir nehmen das alles als Ausgangspunkt, um die Fragen bezüglich der Verhältnisse zwischen der Partei und den proletarischen Massen, zwischen der Partei und den anderen politischen Parteien und zwischen dem Proletariat und den anderen Gesellschaftsklassen zu klären.

Als abwegig zu betrachten ist die taktische Formulierung, derzufolge jede echte kommunistische Partei *in jeder Lage* fähig sein muß, eine Massenpartei zu sein, d.h. eine sehr zahlreiche Organisation mit einem sehr großen politischen Einfluß auf das Proletariat, so daß sie die anderen sogenannten Arbeiterparteien mindestens überbieten kann. Diese Formulierung ist eine Karrikatur der These Lenins. Lenin gab 1921 eine praktische und für die anvisierte Situation voll zutreffende Lösung: Für die Machteroberung genügt es nicht, "echte" kommunistische Parteien gebildet zu haben und sie in die Offensive für den Aufstand zu stürzen; es ist im Gegenteil nötig, zahlenmäßig starke Parteien zu haben, deren Einfluß auf das Proletariat überwiegt. Diese These bedeutet, daß in der Phase, die der Machteroberung vorausgeht und auf sie zuführt, die Partei die Massen auf ihrer Seite haben muß, vor allen Dingen die Massen erobern muß. Gefährlich ist bei dieser Formulierung in einem gewissen Sinne nur der Ausdruck "Mehrheit" der Massen, da er die buchstäblichen "Leninisten" der theoretischen und taktischen Gefahr sozialdemokratischer Auslegungen aussetzt, wie bereits geschehen. Obwohl sie eine vollkommen richtige Auffassung ausdrückt und der praktischen Gefahr zuvorkommt, mit ungenügenden Kräften und in unreifen Momenten "verzweifelte" Aktionen zu unternehmen, kann diese Lösung andererseits - da sie nicht besagt, woran man die Mehrheit mißt, ob an den Parteien, an den Gewerkschaften oder an anderen Organen - Anlaß zur anderen Gefahr einer Ablenkung von der Aktion zu Zeitpunkten geben, wo diese Aktion hingegen möglich und geboten ist, wenn sie nur mit wirklich leninistischer Entschlossenheit und Initiative angepackt wird.

Dieser Satz, daß die Partei am Vorabend des Kampfes um die Macht die Massen auf ihrer Seite haben muß, ist jedoch in der dämlichen Auslegung der heutigen Pseudoleninisten zu einer Formel mit rein opportunistischem Beigeschmack geworden: Sie behaupten, daß die Partei "in jeder Situation" eine Massenpartei sein muß. Es gibt Lagen, die für die Revolution objektiv ungünstig sind, die hinsichtlich der Kräfteverhältnisse von ihr weit entfernt sind (obwohl sie sie von ihr zeitlich mehr oder weniger entfernt sein können, denn die historische Entwicklung weist - wie es der Marxismus lehrt - äußerst verschiedene Geschwindigkeiten auf). Nur wenn man auf die kommunistischen Grundsätze und Methoden verzichtet und eine sozialdemokratische und kleinbürgerliche Politik betreibt, kann man dazu kommen, in solchen ungünstigen Lagen um jeden Preis eine Massen- und Mehrheitspartei sein zu wollen, um jeden Preis einen vorherrschenden politischen Einfluß haben zu wollen.

Man muß offen sagen, daß die Mehrheit des Proletariats in bestimmten vergangenen, gegenwärt-

tigen und zukünftigen Situationen zwangsläufig eine nicht revolutionäre Position, sowie eine Position der Passivität bzw. der Kollaboration mit dem Feind einnahm, einnimmt und einnehmen wird, ferner daß dabei trotz allem das Proletariat immer und überall die potentiell revolutionäre Klasse und der Träger der revolutionären Befreiung bleibt, solange seine kommunistische Partei - ohne je auf die Möglichkeiten konsequenter Behauptung und Propagierung ihres Programms zu verzichten - imstande ist, den scheinbar leichteren Weg einer unmittelbaren Popularität zu vermeiden, denn dieser Weg würde die Partei nur von ihrer Aufgabe ablenken und dem Proletariat den unerläßlichen Stützpunkt für die Wiederaufnahme des Kampfes nehmen. Auf einer solchen dialektischen und marxistischen, nie jedoch auf einer ästhetischen und sentimental Grundlage, weisen wir die bestialische opportunistische Formel zurück, der zufolge eine kommunistische Partei sich die Freiheit nehmen könne, alle Mittel und alle Methoden anzuwenden. Man sagt, daß die Partei, eben weil sie wirklich kommunistisch ist, d.h. gesund in ihren Grundsätzen und in ihrer Organisation, sich alle Akrobatstücke des politischen Manövers erlauben kann; dabei vergißt man aber, daß für uns die Partei gleichzeitig Faktor und Produkt der historischen Entwicklung ist und daß die Kräfte dieser Entwicklung das Proletariat noch leichter beeinflussen. Das Proletariat wird nicht durch die krummen Rechtfertigungen der Parteiführer für gewisse "Manöver" beeinflusst, sondern durch reale Auswirkungen, die man anhand der Erfahrung der vergangenen Fehler vorhersehen muß.

Theoretische Glaubensbekenntnisse und organisatorische Sanktionen allein werden nie eine Garantie gegen die Degenerierungen liefern. Um sich eine solche Garantie geben zu können, muß die Partei auf dem Gebiet der Taktik zu handeln wissen und sich energisch mit präzisen und stets befolgten Aktionsregeln die falschen Wege verschließen.

Ein anderer Fehler in der allgemeinen Frage der Taktik, der direkt in die klassisch opportunistische, von Marx und Lenin zerschmetterte Position zurückführt, besteht in der Behauptung, daß die Partei zwar zur gegebenen Zeit die Triebkraft der totalen und endgültigen proletarischen Revolution sein wird, zunächst aber im Falle von Klassen- und Parteikämpfen, die noch nicht die ihres spezifischen Terrains sind, zwischen den beiden im Streit liegenden Kräften diejenige wählen muß, die eine für die allgemeine historische Entwicklung günstigere Voraussetzung darstellt, um sie dann mehr oder weniger offen zu unterstützen und sich mit ihr zu verbünden. Das wird damit begründet, daß ja die Bedingungen für die Revolution nur durch eine Entfaltung der politischen und sozialen Verhältnisse heranreifen werden.

Eine solche Politik geht von einer grundfalschen Voraussetzung aus. Das typische Schema einer in allen ihren Einzelheiten festgesetzten sozialen und politischen Evolution zu einem bestvorbereiteten definitiven Aufkommen des Kommunismus entspricht einer ausschließlich opportunistischen Lesart des Marxismus. Es bildet die Grundlage für die Verleumdung der russischen Revolution und der heutigen kommunistischen Bewegung durch Kautsky & Co. Genausowenig kann man im allge-

meinen die These vertreten, daß unter bestimmten Regierungsformen der Bourgeoisie (so z.B. unter den demokratischsten) günstigere Bedingungen für eine ergiebige Arbeit der kommunistischen Partei zu finden sind. Es stimmt zwar, daß reaktionäre und "rechte" Maßnahmen der bürgerlichen Regierungen das Proletariat mehrmals gebremst haben; es stimmt aber ebenso (und ist sogar viel häufiger vorgekommen), daß die liberale und linke Politik bürgerlicher Regierungen den Klassenkampf wiederholt gedrosselt und die Arbeiterklasse von entscheidenden Aktionen abgelenkt hat.

Die marxistische Einschätzung ist exakter und bricht effektiv den demokratischen, evolutionistischen und "progressiven" Zauber: die Bourgeoisie versucht ihre konterrevolutionären Interessen durch den Wechsel ihrer Regierungsmethoden und -parteien durchzusetzen, was ihr oft gelingt. Ferner zeigt unsere gesamte Erfahrung, daß der Opportunismus immer den Weg gegangen ist, das Proletariat für den wechselnden Lauf der bürgerlichen Politik zu begeistern.

Selbst wenn es wahr wäre, daß gewisse Regierungsumbildungen im Rahmen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung die weitere Entwicklung der proletarischen Aktion erleichtern, so zeigt doch die Erfahrung klipp und klar, daß dies von einer ausdrücklichen Bedingung abhängt: von der Existenz einer Partei, die die Massen rechtzeitig vor der Enttäuschung warnt, die anstelle des gepriesenen unmittelbaren Erfolgs treten wird; und nicht bloß von der Existenz der Partei als solche, sondern von ihrer Fähigkeit, auch bereits vor diesem Kampf in einer in den Augen des Proletariats offensichtlich autonomen Weise zu handeln, denn das Proletariat folgt ihr aufgrund ihrer konkreten Verhaltensweise und nicht nur aufgrund willkürlicher offizieller Pläne.

Bei Kämpfen, die noch nicht als Endkampf für den Sieg des Proletariats ablaufen können, wird die kommunistische Partei also nicht die Rolle eines Verwalters von Reformen und Errungenschaften übernehmen, die das Proletariat nicht direkt interessieren. Ihr Wesen und ihre autonome Haltung wird sie nicht preisgeben, um sich in eine Art von Versicherungsgesellschaft für alle sogenannten politischen "Erneuerungen" oder für die erstbesten politischen Systeme und Regierungen, die von einem angeblichen "größeren Übel" bedroht werden, zu verwandeln.

Gegen die Notwendigkeit dieser Aktionslinie wird oft und fälschlicherweise Marx' Satz ins Feld geführt, daß die Kommunisten überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände unterstützen, ferner alle Ausführungen Lenins gegen die "Kinderkrankheit des Kommunismus". Die diesbezügliche Spekulation innerhalb unserer Bewegung unterscheidet sich ihrem innersten Wesen nach nicht von den gleichartigen Spekulationen, die seit je von den Revisionisten und Zentrismen angestellt werden, die - ob nun ihre Führer Bernstein oder Nenni heißen - im Namen von Marx und Lenin sich anmaßen, die revolutionären Marxisten zu verhöhnen.

Zu den betreffenden Aussagen Marx' und Lenins sind zunächst zwei Bemerkungen zu machen. Erstens beziehen sie sich auf eine bestimmte hi-

störische Situation: bei Marx auf das noch nicht bürgerliche Deutschland und bei der von Lenin in seinem Buch beschriebenen bolschewistischen Erfahrung auf das zaristische Rußland. Nicht auf diesen Grundlagen allein beruht die Lösung des taktischen Problems in seiner klassischen Form: Proletariat im Kampf mit einer voll entwickelten kapitalistischen Bourgeoisie. Zweitens: die Unterstützung, von der Marx spricht, und die Kompromisse, von denen Lenin spricht, (und Lenin zieht diesen Ausdruck anderen vor, um damit als großartiger marxistischer Dialektiker zu "kokettieren", während er der Meister der echten und nicht formalen Unnachgiebigkeit im unbeugsamen Streben nach einem unwandelbaren Ziel bleibt), sind Unterstützungen und Kompromisse mit Bewegungen, die noch unter dem Druck stehen, (und dies selbst gegen die Ideologien und Absichten ihrer Anführer), sich mit dem bewaffneten Aufstand den Weg gegen die vergangenen Formen zu bahnen. Der Eingriff der kommunistischen Partei erfolgt hier als Eingriff auf dem Boden des Bürgerkrieges: siehe die leninistischen Lösungen für die Bauernfrage und für die nationale Frage, siehe die Episode Kornilow und hundert andere. Auch abgesehen von diesen beiden wesentlichen Bemerkungen steht die Bedeutung sowohl der Kritik Lenins gegen die Kindereien, als auch aller marxistischen Texte über die Beweglichkeit der revolutionären Politik keineswegs im Widerspruch zu der von Lenin selbst und allen Marxisten absichtlich errichteten Barriere gegen den Opportunismus, welcher von Engels und von Lenin als *Prinzipienlosigkeit*, d.h. als Preisgabe des Endziels definiert wird.

Es wäre im Widerspruch zu Lenin und Marx, die kommunistische Taktik mit einer nicht dialektischen, sondern formalistischen Methode aufzubauen. Auch wäre es ein kolossaler Fehler, von äußerlichen und wir würden beinahe sagen ethischen, psychologischen und ästhetischen Ähnlichkeiten und Analogien auszugehen, um zielgerechte Mittel zu suchen. Die Mittel müssen den Zwecken entsprechen, aber nach dem Kriterium ihrer historischen und dialektischen Aufeinanderfolge im Entwicklungsprozeß. Man darf auf dem Gebiet der Taktik nicht den Fehler wiederholen, den Anarchisten und Reformisten auf dem Gebiet der Prinzipien begehen, wo es ihnen absurd erscheint, daß die Aufhebung der Klassen und der Staatsmacht durch die Klassenvorherrschaft und den diktatorischen Staat des Proletariats vorbereitet werden müsse, bzw. daß die Abschaffung aller sozialen Gewalt sich durch die Anwendung der offensiven und defensiven Gewalt verwirklicht, um die heutige Macht umzuwälzen und die proletarische Macht zu schützen. Ebenso irrig wäre die Behauptung, daß eine revolutionäre Partei in jedem Moment für den Kampf sein müsse, ohne die Kräfte von Freund und Feind zu zählen, daß der Kommunist bei einem Streik z.B. nur dessen Fortsetzung ohne zeitliche Begrenzung verfechten könne, daß ein Kommunist gewisse Mittel wie Heuchelei, List, Spionage usw. scheuen müsse, weil es wenig noble oder sympathische Mittel sind. Die Kritik des Marxismus, die Kritik Lenins an der pseudorevolutionären Oberflächlichkeit, die den Weg des Proletariats verpestet, wird vom Bestreben diktiert, diese dummen und sentimentalischen Kriterien von der Lösung der taktischen Fragen auszuschließen. Diese Kritik gehört endgültig zur Erfahrung der kommunistischen Bewegung.

Wie eine solche fehlerhafte taktische Ableitung,

die demnach zu vermeiden ist, aussieht, ist folgendem Beispiel ersichtlich: da wir die politische Spaltung der Kommunisten von den Opportunisten durchführten, müssen wir auch die Spaltung der von den "Gelben" geführten Gewerkschaften anstreben.

Nur dank eines organisierten polemischen Schwindels fährt man seit geraumer Zeit fort zu behaupten, die italienische Linke habe ihre Schlußfolgerungen auf Gedankengängen der Art begründet, daß es würdelos sei, sich persönlich den Führern der opportunistischen Parteien auch nur zu nähern und dergleichen.

Die Kritik an dem Linksradikalismus bedeutet keineswegs, daß auf dem Gebiet der Taktik Unbestimmtheit, Chaos und Willkür herrschen müssen und daß "alle Mittel" für die Erreichung unserer Zwecke geeignet seien. Zu sagen, die Garantie für die Anwendung zielgerechter Mittel liege in dem von der Partei erworbenen revolutionären Wesen oder im Beitrag, den hervorragende Männer oder Gruppen, die auf eine glänzende Tradition zurückblicken können, zu ihren Entscheidungen leisten, ist ein nicht-marxistisches Wortspiel, da die Rückwirkungen übersehen werden, die die Aktionsmittel selbst auf die Partei im dialektischen Wechselspiel von Ursache und Wirkung ausüben, und ferner nicht berücksichtigt wird, daß wir den "Absichten", die zu den Initiativen von Einzelnen oder Gruppen führen, jeglichen Wert abstreiten - und dies ganz abgesehen davon, daß man, wie blutige Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, solchen Absichten immer mit einem gewissen "Verdacht" (im nicht-beleidigenden Sinn) begegnen muß.

Lenin sagt in seinem Buch über den Linksradikalismus, daß die taktischen Mittel im Hinblick auf die Verwirklichung des revolutionären Endzwecks auf der Grundlage eines klaren historischen Überblicks über den Kampf des Proletariats und seinen Ausgang ausgewählt werden müssen, und daß es absurd ist, einen gewissen taktischen Notbehelf zu verwerfen, nur weil er "hässlich" scheint und die Bezeichnung "Kompromiß" verdient: es muß vielmehr geprüft werden, ob dieses Mittel dem Zweck entspricht oder nicht. Diese Frage muß immer aufs neue gelöst werden und ihre Lösung stellt eine gewaltige Aufgabe für die kollektive Arbeit der Partei und der Kommunistischen Internationale dar. Wenn wir sagen können, daß wir dank Marx und Lenin im Besitz eines sicheren Erbes auf dem Gebiet der theoretischen Grundsätze sind, ohne damit sagen zu wollen, daß für den Kommunismus alle Aufgaben neuer theoretischer Forschungen beendet seien, so kann man dasselbe nicht auf das Gebiet der Taktik übertragen, selbst nicht nach der russischen Revolution und den Erfahrungen der ersten Lebensjahre der neuen Internationale, die Lenins Beitrag zu früh entbehren mußte.

Die Frage der Taktik ist viel weitgreifender als die einfältigen sentimentalischen Antworten der "Linksradikalen" und muß noch besser ins rechte Licht gerückt werden, mit dem Beitrag der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung und ihrer gesamten vergangenen und heutigen Erfahrung. Im Einklang mit Marx und Lenin steht die Behauptung, daß man bei der Lösung der taktischen Fragen Aktionsregeln einhalten muß, die sowohl für Anhänger als auch für leitende Organe der Bewegung verbindlich sind, auch wenn sie

nicht so lebenswichtig sind wie die Prinzipien; Aktionsregeln, die die verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten der Situation vorhersehen, um mit der größtmöglichen Genauigkeit vorzuzeichnen, in welcher Richtung sich die Partei zu bewegen hat, sobald die Situationen bestimmte Aspekte zeigen.

Bevor man taktische Entscheidungen trifft, ist es notwendig, die Situationen zu untersuchen und zu überblicken, nicht aber um dadurch nach Gutdünken der Führer "Improvisationen" und "Überraschungen" zuzulassen, sondern damit die Organisation feststellen kann, daß die Stunde für eine im größtmöglichen Maß vorhergesehene Aktion gekommen ist. Zu bestreiten, daß die Taktik in ihren großen Linien vorhergesehen werden kann - nicht daß die Situationen vorhergesehen werden können, was mit noch geringerer Sicherheit möglich ist, sondern daß vorhergesehen werden kann, wie wir bei den verschiedenen möglichen Alternativen des Verlaufs der objektiven Situationen vorgehen müssen - bedeutet soviel wie die Rolle der Partei zu verleugnen und auf die einzige Garantie zu verzichten, die wir für den Gehorsam der Parteimitglieder und der Massen gegenüber den Befehlen der leitenden Zentrale unter allen Umständen haben können. In diesem Sinn ist die Partei kein Heer und auch kein staatliches Räderwerk, d.h. kein Organ, in dem die hierarchische Autorität vorwiegt und die freiwillige Anhängerschaft nichts zählt. Dem Parteimitglied bleibt allerdings immer ein Weg für die Nichtausführung der Befehle offen, dem sich keine materielle Sanktionen entgegensetzen: der Austritt aus der Partei selbst. Die gute Taktik ist diejenige, die bei einer Wende der Situationen, in der dem leitenden Zentrum keine Zeit für eine Konsultation der Partei und weniger noch der Massen bleibt, weder in der Partei selbst noch im Proletariat zu unerwarteten Reaktionen führt, welche der Durchführung des revolutionären Kampfes entgegenwirken können.

Die Kunst vorauszusehen, wie die Partei auf die Befehle reagieren wird und welche Befehle die richtige Reaktion hervorrufen werden, ist die Kunst der revolutionären Taktik - sie besteht gerade in der kollektiven Nutzung der Aktionserfahrungen der Vergangenheit, die in klaren Aktionsregeln zusammenzufassen ist. Indem die Parteimitglieder die Führer mit deren Ausführung beauftragen, sichern sie sich, daß jene ihr Mandat nicht verraten werden, und verpflichten sich ihrerseits - effektiv und nicht nur formell - einer wirksamen und unterschiedenen Ausführung der Befehle der Bewegung. Da die Partei selbst vervollkommnungsfähig und nicht vollkommen ist, zögern wir nicht zu sagen, daß der Klarheit und Überzeugungskraft der taktischen Richtlinien viel geopfert werden muß, selbst wenn das eine gewisse Schematisierung mit sich bringt: sollten die Situationen die von uns vorbereiteten taktischen Schemata mit Gewalt sprengen, könnte man dem nicht durch ein Rutschen in den Opportunismus oder in dem Eklektizismus abhelfen; man würde im Gegenteil eine erneute Anstrengung machen müssen, um die taktische Linie den Parteiaufgaben anzupassen. Es ist nicht nur so, daß eine gute Partei eine gute Taktik schafft, sondern auch daß eine gute Taktik eine gute Partei schafft, und die gute Taktik kann nur eine sein, die von allen in den grundlegenden Linien verstanden und gewählt wurde.

Wir bestreiten hundertprozentig die Möglichkeit, die kollektive Anstrengung und Arbeit der Partei zur Bestimmung der taktischen Regeln zurückzustellen und dann Kadavergehorsam gegenüber einem Mann, einem Komitee oder einer einzelnen Partei der Internationale und ihrem traditionellen Führungsapparat zu verlangen.

In den gipfelnden Augenblicken des Kampfes um die Macht, in denen ihr wesentlicher Teil militärischen Charakter annimmt, offenbart sich die Parteiaktion als *Strategie*. Aber auch in den vorhergehenden Situationen beschränkt sich die Parteiaktion nicht auf die rein ideologische, propagandistische und organisatorische Funktion, sondern besteht wie gesagt in der aktiven Teilnahme an den einzelnen proletarischen Kämpfen. Das System der taktischen Regeln verfolgt also gerade den Zweck, vorzugeben, welche Bedingungen der Eingriff der Partei und ihre Aktion in solchen Bewegungen, ihre *Agitation* mitten im Pulsieren der proletarischen Kämpfe, erfüllen muß, um sich dem revolutionären Endzweck zuzuordnen und gleichzeitig das wirksame Fortschreiten der ideologischen, organisatorischen und taktischen Vorbereitung sicherzustellen.

In den nachstehenden Punkten wird bei den einzelnen Fragen geklärt, wie sich diese Ausarbeitung der einzelnen Richtlinien kommunistischer Aktion im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der revolutionären Bewegung darstellt.

II. INTERNATIONALE FRAGEN

1. Die Bildung der Dritten Internationale

Die durch den Weltkrieg hervorgerufene Krise der 2. Internationale hat durch die Gründung der Kommunistischen Internationale eine vom Standpunkt der Wiederherstellung der revolutionären Theorie vollständige und endgültige Lösung erhalten. Vom organisatorischen und taktischen Standpunkt stellt die Bildung der Komintern zwar eine unermeßliche historische Errungenschaft dar, hat jedoch der Krise der proletarischen Bewegung keine ebenso vollständige Lösung gegeben.

Wesentlicher Faktor für die Bildung der neuen Internationale war die russische Revolution, erster glorreicher Sieg des Weltproletariats. Aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse Rußlands hat die russische Revolution unter dem Aspekt der taktischen Fragen nicht das allgemeine historische Modell für die Revolution der anderen Länder geliefert. Denn im Übergang von der autokratischen feudalen Macht zur Diktatur des Proletariats hat sich keine Epoche politischer Herrschaft der in einem eigenen, exklusiven und stabilen Staatsapparat organisierten Bourgeoisie eingeschoben.

Eben deshalb hat die russische Revolution eine außerordentliche historische Bestätigung der programmatischen Auffassungen des Marxismus geliefert. Dies hat in hohem Maße dazu beigetragen, den sozialdemokratischen Revisionismus auf dem Terrain der Prinzipien zu schlagen. Der Kampf gegen die II. Internationale, der ein wesentlicher Bestandteil des Kampfes gegen den Weltkapitalismus bildet, hat jedoch auf organisatorischer Ebene keinen ebenso entscheidenden

den Erfolg erzielt. Viele Fehler wurden begangen, wodurch die kommunistischen Parteien nicht jene Schlagkraft erlangten, die die objektiven Bedingungen ihnen gestattet hätten.

Nicht anders verhält es sich auf dem Gebiet der Taktik. Auch hier - soweit es um den Kriegsschauplatz geht, auf dem die Bourgeoisie und der moderne und parlamentarische Staat mit seinem historisch stabilen Apparat einerseits und das Proletariat andererseits gegenüberstehen - wurden und werden viele Fragen mangelhaft gelöst. Nicht immer haben die kommunistischen Parteien all das erreicht, was zum Zweck des proletarischen Vorrückens gegen den Kapitalismus und der Liquidierung der sozialdemokratischen Parteien, dieser politischen Organe der bürgerlichen Konterrevolution, möglich war.

2. Wirtschaftliche und politische Weltlage (1920)

Die internationale Lage ist heute für das Proletariat weniger günstig als in den ersten Nachkriegsjahren. Vom wirtschaftlichen Standpunkt wohnen wir einer teilweisen Restabilisierung des Kapitalismus bei, wobei wir jedoch unter Stabilisierung nur die Milderung der Störungen einiger Teile der wirtschaftlichen Struktur verstehen, nicht aber einen Zustand, der auch in nächster Zukunft ein mögliches Wiederauftreten von neuen Störungen ausschließt.

Die Krise des Kapitalismus bleibt offen, und ihre endgültige Zuspitzung ist unvermeidlich. Auf politischer Ebene erleben wir in fast allen fortgeschrittenen Ländern eine Schwächung der revolutionären Arbeiterbewegung, was jedoch durch die Festigung Sowjetrußlands und durch die Aktion der Kolonialvölker gegen die kapitalistischen Mächte glücklicherweise aufgewogen wird.

Solch eine Lage birgt die Gefahr in sich, daß bei Befolgung der falschen Methode des Situationismus sich in der Bewertung der Fragen der proletarischen Aktion eine wenn auch nur ange deutete Tendenz zum Menschewismus abzeichnet. In zweiter Linie besteht die Gefahr, daß, wenn sich in der allgemeinen Politik der Komintern das Gewicht der reinen Klassenaktion vermindert, die von Lenin vorgesehenen Bedingungen für die korrekte Anwendung der Taktik in der Nationalfrage und in der Bauernfrage fehlen.

Auf die proletarische Offensive der Nachkriegszeit folgte seitens der Unternehmer eine Offensive gegen die proletarischen Positionen, auf die die Komintern mit der Parole der Einheitsfront antwortete. In der Folge neigte die Situation in verschiedenen Ländern dazu, sich in einem demokratisch-pazifistischen Sinn zu stabilisieren. Zu Recht wies Genosse Trotzki auf die Degenerierungsgefahr hin, die für unsere Bewegung in einer solchen Situation lag. Man muß eine Interpretation der Lage vermeiden, die den Kampf zwischen zwei Flügeln der Bourgeoisie, dem rechten und dem linken, mechanisch auf tiefe soziale Unterscheidungen zurückführen möchte und in diesem Kampf eine Lebensfrage des Proletariats erblickt.

Die richtige Auslegung ist die, daß die herrschende Klasse mehrere Regierungs- und Verteidigungsmethoden besitzt, die sich im wesentlichen auf zwei zurückführen lassen: die reaktio-

näre und faschistische und die liberal-demokratische.

Von der ökonomischen Analyse ausgehend, beweisen die Thesen Lenins, daß die modernen Staaten der Bourgeoisie die Tendenz haben, nicht nur den Produktionsapparat, sondern auch ihre politische Verteidigung in den energischsten Formen zu zentralisieren.

Es ist folglich nicht richtig, allgemein zu behaupten, der Übergang zum Kommunismus müsse durch die Etappe einer bürgerlichen Linksregierung durchgehen. Die Lage kann sich zwar in besonderen Fällen so entwickeln, dann setzt aber der Sieg des Proletariats seitens der kommunistischen Partei eine Taktik voraus, die gerade in der Bekämpfung der Illusionen über die Bildung einer Linksregierung besteht und die selbst in den reaktionären Zeiten die Opposition gegen die einer solchen Regierung entsprechenden Formen um keinen Deut abschwächt.

3. Arbeitsmethode der Internationale

Die parlamentarischen Entartungen des Opportunismus machten das Proletariat mißtrauisch gegenüber der politischen Aktion. Eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunistischen Internationale bestand in der Beseitigung dieses Mißtrauens.

Unter Politik versteht der Marxismus keineswegs die übliche Kunst oder Technik, bestehend aus den Kniffen der parlamentarischen oder diplomatischen Intrige, die jede Partei für ihre Sonderzwecke anwenden würde. Die proletarische Politik steht im Gegensatz zur Methode der bürgerlichen Politik; sie nimmt höhere Formen von Verhältnissen vorweg, um in der Kunst des revolutionären Aufstands zu gipfeln. Dieser tiefe Unterschied, den wir hier nicht weiter theoretisch darlegen wollen, ist eine Lebensbedingung für die sinnvolle Verbindung zwischen dem revolutionären Proletariat und seinem kommunistischen Generalstab sowie für die sinnvolle Auslese des Personals dieses Generalstabs.

Die Arbeitspraxis der Internationale widerspricht heute dieser revolutionären Notwendigkeit. In den Beziehungen zwischen den Organen der kommunistischen Bewegung herrscht vielmals eine doppeldeutige Politik vor, eine Unterordnung der theoretischen Begründungen unter die gelegentlichen Beweggründe, ein System von Absprachen und Unterhandlungen zwischen Personen, was in seinen Ergebnissen - eben weil es nicht gelang, die Beziehungen zwischen den Parteien und den Massen richtig zum Ausdruck zu bringen - zu schweren Enttäuschungen geführt hat.

In den großen und grundlegenden Entscheidungen der Internationale dringt mit zu großer Leichtigkeit das Element der Improvisation, der Überraschung und des Szenenwechsels ein, was die Genossen und die Proletarier verwirrt.

All das geschieht zum Beispiel beim Großteil der inneren Fragen der Parteien, die von den internationalen Organen und Kongressen mit aufeinanderfolgenden und notdürftigen Schlichtungen gelöst werden, welche dann den verschiedenen Führungsgruppen aufgezwungen werden, sich jedoch in das reale Werden und Wachsen der Parteien nicht nutzbringend einzufügen.

4. Organisationsfragen

Bei der Gründung der Komintern hatte die Erwägung großes Gewicht, daß es dringend nötig war, eine weitgreifende Konzentration der revolutionären Kräfte herbeizuführen, war man ja damals der Ansicht, daß sich die objektive Lage viel schneller entwickeln würde. Man hat jedenfalls feststellen können, daß es besser gewesen wäre, bei den Organisationskriterien mit größerer Strenge vorzugehen. Weder durch die Konzessionen an syndikalistische und anarchistische Gruppen, noch durch die in den 21 Punkten gegenüber den Zentristen eingeräumten kleinen "Transaktionen", noch durch die mit politischer "Noyautage" erreichte organisatorische Verschmelzung mit Parteien und Teilen von Parteien, noch durch das Tolerieren einer zweifachen kommunistischen Organisation in gewissen Ländern (mit den sympatisierenden Parteien) konnte man bei der Bildung der Parteien oder der Eroberung der Massen günstige Ergebnisse erzielen. Die nach dem V. Kongreß gegebene Parole der Organisation der Parteien auf Zellengrundlage erreicht nicht ihren Zweck, die einhellig in den Sektionen der Internationale festgestellten Mängel zu beheben.

In ihrer Verallgemeinerung und vor allem in der ihr von der italienischen Zentrale gegebenen Interpretation gibt diese Parole Anlaß zu schweren Fehlern und zu einer Abweichung sowohl vom marxistischen Postulat, daß die Revolution keine Frage der Organisationsformen ist, als auch von der leninistischen These, daß eine organisatorische Lösung nie für alle Zeiten und alle Orte gültig sein kann.

Für die Parteien, die in der heutigen Epoche in den bürgerlichen Ländern mit stabiler, parlamentarischer Regierungsform tätig sind, ist eine Organisation nach Betriebszellen u. dgl. weniger angemessen als eine nach territorialen Gesichtspunkten. Es ist theoretisch falsch, zu behaupten, daß eine Partei, die sich auf territorialer Grundlage organisiert, eine sozialdemokratische Partei sei, während eine echt kommunistische Partei auf Zellen beruhen müsse. Der zweite Organisationstyp wird in der Praxis die Aufgabe der kommunistischen Partei, die Proletarier aller Berufe und Industriezweige zu vereinigen, erschweren. Und man muß bedenken, daß diese Aufgabe ohnehin umso schwieriger ausfällt, als die Lage ungünstig ist und die Möglichkeiten, das Proletariat zu organisieren, sich eingenen. Als ausschließliche Grundlage der Parteiorganisation wird die Zellenform von verschiedenen praktischen Nachteilen begleitet. Im zaristischen Rußland standen die Dinge anders: Es herrschten andere Verhältnisse zwischen Industrieunternehmen und Staat, während andererseits die zentrale Frage der Macht sich auf die Tagesordnung drängte und dadurch die korporative Gefahr verringerte.

In allen höheren Knotenpunkten des Zellensystems bildet sich ein Netz von Nicht-Arbeitern oder ehemaligen Arbeitern, der Apparat der Funktionäre: Dieses System erhöht also nicht den Einfluß der Arbeiter in der Partei. Als Organisationsformel entspricht die Parole des Bolschewisierens einer platten und ungeeigneten Anwendung der russischen Erfahrung: Die kritisierten Mängel der Arbeitsmethode der Internationale wiederholen sich hier. In vielen Ländern neigt man bereits zu einer Methode der wenn auch ungewoll-

ten Erstickung der spontanen Initiativen und der proletarischen Klassenenergien seitens eines Apparates, dessen Auslese und Funktion nach größtenteils künstlichen Kriterien erfolgt.

In der Partei die Organisation auf territorialer Grundlage beizubehalten bedeutet nicht den Verzicht auf Parteiorgane in den Betrieben. Hier muß man kommunistische Gruppen haben, die mit der Partei verbunden sind, von ihr geleitet werden und ihren gewerkschaftlichen Organisationen eingegliedert sind. Dadurch wird eine viel bessere Verbindung mit den Massen möglich, während andererseits die eigentliche Parteiorganisation nicht so sehr exponiert wird.

5. Disziplin und Fraktionen

Ein weiterer Aspekt der Bolschewisierungsparole besteht darin, eine vollständige disziplinäre Zentralisierung und das strenge Verbot des Fraktionismus als sichere Garantie für die Schlagkraft der Partei zu betrachten.

Die höchste Instanz für alle Streitfragen ist das internationale Zentralorgan, in dem man, wenn nicht unbedingt hierarchisch, so doch zumindest politisch der Russischen Kommunistischen Partei eine Hegemonie zuerkennt.

Diese Garantie existiert in Wirklichkeit nicht. Das ganze Problem ist falsch gestellt. In der Tat hat man es nicht vermieden, daß der Fraktionismus in der Internationale sein Unwesen treibt; im Gegenteil, man hat dessen verhohlene und heuchlerische Formen ermutigt. Außerdem ist vom historischen Standpunkt die Überwindung der Fraktionen in der russischen Partei weder ein Kunstmittel gewesen, noch ein auf statutenmäßiger Ebene angewandtes Rezept mit Zauberwirkung; sie war im Gegenteil Ergebnis und Ausdruck des richtigen Herangehens an die Probleme der Theorie und der politischen Aktion.

Disziplinäre Sanktionen sind eines der Elemente, die gegen Entartungen garantieren. Das setzt jedoch voraus, daß ihre Anwendung in den Grenzen der Ausnahmefälle bleibt und nicht zur Norm und beinahe zum Ideal des Parteilebens wird.

Einerseits liegt die Lösung nicht in einer leeren Übersteigerung des hierarchischen Autoritarismus (dem die anfängliche Investitur fehlt, sei es wegen der Unvollständigkeit der Nichtsdestotrotz großartigen geschichtlichen Erfahrung der russischen Partei, sei es weil in der alten Garde selbst, Hüter der bolschewistischen Tradition, in der Tat Meinungsverschiedenheiten auftauchen, deren Lösung nicht a priori als die beste betrachtet werden kann); andererseits liegt sie auch nicht in einer systematischen Anwendung der Prinzipien der formalen Demokratie, die im marxistischen Lager nur den Platz einer unter Umständen bequemen organisatorischen Handhabe einnehmen.

Die kommunistischen Parteien müssen einen organisatorischen Zentralismus verwirklichen, der bei einem angemessenen Maximum an Befragung der Basis die spontane Beseitigung jeder zu einer Differenzierung neigenden Gruppierung sichert. Das erreicht man nicht mit formellen und mechanischen, hierarchischen Vorschriften, sondern, wie Lenin sagt, mit der richtigen revolutionären Politik.

Grundlegend für die Entwicklung der Partei ist nicht die Unterdrückung des Fraktionismus, sondern im Gegenteil dessen Vorbeugung.

Es wäre absurd, steril und noch dazu äußerst gefährlich zu verlangen, daß die Partei und die Internationale, man weiß nicht auf welche geheimnisvolle Weise, gegen jeden Rückfall oder jede Tendenz zum Rückfall in den Opportunismus gesichert seien, können ja diese Rückfälle mit Änderungen der Lage oder mit den Überresten der sozialdemokratischen Traditionen zusammenhängen. Andererseits müssen wir bei der Lösung unserer Probleme die Meinungsunterschiede, die nicht auf persönliche Gewissensfälle oder Defätismus zurückzuführen sind, als etwas ansehen, das unter Umständen eine nützliche Funktion der Bewahrung der Partei und überhaupt des Proletariats vor schweren Gefahren erfüllen kann.

Wenn diese Gefahren zunehmen sollten, würde die Meinungsverschiedenheit unvermeidlich, aber nutzbringend, die Form des Fraktionismus annehmen. Das könnte dann zu Spaltungen führen, aber nicht aus dem kindischen Grund eines Mangels an Unterdrückungsenergie seitens der Führer, sondern nur in der verfluchten Hypothese eines Bankrotts der Partei und ihrer Unterwerfung unter konterrevolutionäre Einflüsse.

Ein Beispiel der falschen Methode liefern die künstlichen Lösungen der Probleme der deutschen Partei nach der opportunistischen Krise von 1923, mit denen man - ohne daß es übrigens gelungen wäre, den Fraktionismus zu beseitigen - die spontane Herausbildung der richtigen und revolutionären Klassenreaktion des fortgeschrittenen deutschen Proletariats auf die Entartung der Partei nur hemmte. (2)

Nicht in der Form der Fraktionsbildung tritt die Gefahr der bürgerlichen Beeinflussung der Klassenpartei historisch in Erscheinung, sondern eher als umsichtige Ansteckung, die sich der Einheitsdemagogie bedient und als zweckentfremdete Diktatur-von-oben die Initiativen der proletarischen Vorhut lähmt.

Einen solchen defätistischen Faktor kann man nicht dadurch erkennen und bekämpfen, daß man gegen die Fraktionsversuche die Frage der Disziplin aufwirft, sondern im Gegenteil durch die konsequente Vorbereitung der Partei und des Proletariats auf den Augenblick, in dem sich diese Gefahr nicht nur in Form einer theoretischen Revision sondern auch als direkter Vorschlag eines wichtigen politischen Manövers mit antiproletarischer Wirkung zeigen wird.

Einer der negativen Aspekte der sogenannten Bolschewisierung besteht darin, die vollständige und bewußte politische Ausarbeitung innerhalb der Partei, die einem effektiven Fortschritt in Richtung auf den kompaktesten Zentralismus entspricht, durch eine äußerliche und donnernde Agitation der mechanischen Formeln der Einheit um der Einheit willen und der Disziplin um der Disziplin willen zu ersetzen.

Die Ergebnisse dieser Methode schaden der Partei und dem Proletariat und entfernen uns vom Ziel der "echten" kommunistischen Partei. Diese in vielen Sektionen der Internationale angewandte Methode ist an und für sich schon ein ernstzunehmendes Anzeichen eines latenten Opportunismus. In der heutigen Lage zeichnet sich in der

Komintern die Bildung einer internationalen Linksoption nicht ab. Wenn jedoch die Entwicklung der bislang aufgezeigten ungünstigen Faktoren andauert, wird die Bildung einer solchen Opposition eine revolutionäre Notwendigkeit und zugleich eine spontane Rückwirkung der geschaffenen Lage sein.

6. Fragen der Taktik bis zum V. Weltkongreß (3)

Bei der Lösung der in den erwähnten Situationen auf internationaler Ebene aufgetretenen taktischen Fragen wurden im allgemeinen ähnliche Fehler begangen wie bei den Organisationsfragen. Diese Fehler stehen in Zusammenhang mit der Annahme, alles von den Fragen abzuleiten, die sich der russischen kommunistischen Partei in der Vergangenheit gestellt hatten.

Die Taktik der Einheitsfront darf nicht als politische Koalition mit anderen sogenannten Arbeiterparteien aufgefaßt werden, sondern als eine Nutzbarmachung der sich aus den Situationen ergebenden unmittelbaren Forderungen mit dem Ziel, den Einfluß der kommunistischen Partei auf die Massen auszudehnen, ohne ihre Autonomie dabei aufs Spiel zu setzen.

Als Grundlage für die Einheitsfront müssen folglich jene proletarischen Organisationen gewählt werden, in die die Arbeiter aufgrund ihrer sozialen Stellung eintreten, unabhängig von ihrer politischen Gesinnung und ihrer Mitgliedschaft in einer organisierten Partei. Damit verfolgt man einen doppelten Zweck: einerseits die Kritik der Kommunisten an den anderen Parteien unter allen Umständen beizubehalten und die fortschreitende Organisierung der bisherigen Anhänger dieser anderen Parteien in den Reihen der kommunistischen Partei zu ermöglichen, andererseits das Verständnis der Massen für die darauffolgenden direkten Lösungen der Partei zu erzielen, denn mit diesen Lösungen will die Partei die Massen unter ihrem Programm und unter ihrer ausschließlichen Führung mobilisieren.

Die Erfahrung hat wiederholt bewiesen, daß eine revolutionäre Anwendung der Einheitsfront nur möglich ist, wenn folgende Methoden ausgeschlossen werden: permanente oder vorübergehende politische Koalitionen, Führungsausschüsse des Kampfes, die sich aus Vertretern der verschiedenen politischen Parteien zusammensetzen, sowie die Methode der Unterhandlungen, Vorschläge und "Offenen Briefe" an anderen Parteien von Seiten der kommunistischen Partei.

Die Praxis hat die Ergebnislosigkeit dieser Methoden bewiesen. Nach dem Mißbrauch, der damit getrieben wurde, wurde jeder auch nur anfängliche Erfolg zum Scheitern verurteilt.

Ausgedehnt auf eine zentrale Forderung in der Frage des Staates, wurde die politische Einheitsfront zur Taktik der Arbeiterregierung. Wir stehen hier nicht mehr vor einer falschen Taktik, sondern vor einem schreienden Widerspruch zu den Grundsätzen des Kommunismus. Wenn die Partei eine Lösung gibt, die die proletarische Machtergreifung durch die Vertretungsorgane des bürgerlichen Staates impliziert bzw. eine solche Möglichkeit nicht ausdrücklich ausschließt, wird das kommunistische Programm verlassen und verleugnet, und dies nicht nur wegen der unver-

meidlichen üblen Auswirkungen auf das Klassenbewußtsein des Proletariats - die Partei macht und bekräftigt damit eine ideologische Aussage, die an sich bereits ein solches Verlassen und Verleugnen beinhaltet. Nach der deutschen Niederlage hat der 5. Weltkongreß diese Taktik einer Revision unterzogen. Diese war aber nicht zufriedenstellend, und die spätere Entwicklung der taktischen Erfahrungen rechtfertigt die Forderung, auch vom Ausdruck "Arbeiterregierung" überhaupt abzulassen.

Hinsichtlich der zentralen Frage des Staates darf die Partei nur die Losung der Diktatur des Proletariats geben, da es keine andere "Arbeiterregierung" gibt.

Die andere Position führt nur direkt zum Opportunismus, d.h. zur Begünstigung oder gar Teilnahme an sogenannten "arbeiterfreundlichen" Regierungen der Bourgeoisie.

All das widerspricht keineswegs der Losung "alle Macht den Sowjets" oder gleichartigen Organen (d.h. Vertretungen, die nur von den Arbeitern gewählt werden), selbst wenn in solchen Organen opportunistische Parteien überwiegen. Diese Parteien sind ja gegen die Machtergreifung seitens der proletarischen Organe, da es sich dabei um die proletarische Diktatur selbst handelt (Ausschluß der Nichtarbeiter von den Wahlorganen und von der Macht), die nur von der kommunistischen Partei ausgeübt werden kann.

Es ist nicht nötig und wird hier auch nicht vorgeschlagen, die Losung *Diktatur des Proletariats* mit ihrem einzigen Synonym auszudrücken, d.h.: *Regierung der kommunistischen Partei*.

7. Fragen der 'neuen Taktik'

Einheitsfront und Arbeiterregierung wurden wie folgt gerechtfertigt: für unseren Sieg genügt es nicht, kommunistische Parteien zu haben, sondern man muß die Massen erobern. Um sie zu erobern, muß man den Einfluß der Sozialdemokraten auf der Ebene der für alle Arbeiter verständlichen Forderungen vernichten.

Heute geht man einen Schritt weiter und wirft folgendes gefährliches Problem auf: für unseren Sieg ist es nötig, vorerst zu erreichen, daß die Bourgeoisie auf eine bestimmte großzügige und nachgiebige Weise regiert oder daß die zwischen Bourgeoisie und Proletariat stehenden Mittelklassen regieren, um unsere Vorbereitung zu gestatten. Die zweite Auffassung, die eine eigene Regierung der Mittelklassen für möglich hält, fällt voll und ganz in den Revisionismus der marxistischen Lehre und entspricht der konterrevolutionären Plattform des Reformismus.

Die andere Auffassung erwägt angeblich nur den objektiven Vorteil von Bedingungen, die uns gestatten sollen, unsere Propaganda, Agitation und Organisation besser zu entfalten. Aber über diese Auffassung, die nicht weniger gefährlich ist, haben wir bereits vom Gesichtspunkt der Beurteilung der Situationen gesprochen.

Alles läßt voraussehen, daß der Liberalismus und die bürgerliche Demokratie, in Wettkampf oder in Zusammenarbeit mit der "faschistischen" Methode, sich in die Richtung entwickeln werden, daß sie die kommunistische Partei aus den ohnehin kümmerlichen rechtsstaatlichen Garantien ausschließen, als Partei, die diese Garantien

programmatisch widerlegt und sich dadurch außerhalb der Rechtsstaatlichkeit stellt. Das stößt übrigens keineswegs gegen die Prinzipien der bürgerlichen Demokratie und hat sogar konkrete Präzedenzfälle in der Aktion aller sogenannten linken Regierungen, auch z.B. im Programm des (14) "Aventins" in Italien. Die dem Proletariat gewährte "Freiheit" wird im wesentlichen größere Freiheit für die Konterrevolutionäre bedeuten, in seinen Reihen zu agitieren und organisatorisch tätig zu sein. Die einzige Freiheit für das Proletariat liegt in seiner Diktatur.

Selbst in den Grenzen, in denen eine linke Regierung uns nützliche Bedingungen bieten kann, gilt, was wir bereits erklärt haben: diese Bedingungen können nur auf der Grundlage einer vorausgehenden, ununterbrochen und eindeutig autonomen Haltung der Partei genutzt werden. Das bedeutet nicht, daß man der Bourgeoisie eine teuflische Geschicklichkeit zuerkennt. Das bedeutet aber soviel wie die Gewißheit - und wer diese Gewißheit nicht teilt, hat kein Recht, sich *Kommunist* zu nennen - daß das vorstürmende Proletariat sich im Endkampf mit der Einheitsfront aller bürgerlichen Kräfte wird schlagen müssen, ob diese nun von Hindenburg oder Mac Donald, von Mussolini oder Noske verkörpert werden.

Selbstverständlich wird jede innerliche Schwäche von Teilen dieser Front zum Sieg beitragen. Wenn man aber das Proletariat dazu erzieht, in bestimmten Mitgliedern dieser Front freiwillige oder unfreiwillige Begünstiger zu erblicken, trägt man nur zur proletarischen Niederlage bei.

Wie aus diesen Betrachtungen ersichtlich, sind die in Deutschland nach der Wahl Hindenburgs verkündeten taktischen Methoden für unannehmbar zu erklären, und zwar sowohl das Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie und mit anderen "republikanischen", sprich bürgerlichen Parteien, als auch das parlamentarische Bündnis im preussischen Landtag, um eine Rechtsregierung zu vermeiden. (4) Dasselbe gilt für Frankreich hinsichtlich der Unterstützung des "linken Kartells" bei den Kommunal- und Kantonalwahlen (sog. Taktik von Cligny). Im übrigen ist es eine zwingende Schlussfolgerung der Leitsätze des 11. Weltkongresses über den revolutionären Parlamentarismus, daß die kommunistische Partei nur mit strikt unabhängigen Positionen auf das Terrain der Wahlen und des Parlaments hinabsteigen darf. (5)

Die oben erwähnten taktischen Äußerungen der letzten Zeit weisen eine gewiß nicht vollständige, so doch unverkennbare Affinität zu den von der 2. Internationale angewandten, traditionellen Methoden der Blockbildungen und des Kollaborationismus auf, welche man ebenfalls "marxistisch" rechtfertigen wollte. Solche Methoden stellen effektiv eine Gefahr für die ideologische und organisatorische Entwicklung der Internationale dar; außerdem wurden sie von keinem Beschluß der internationalen Kongresse und weniger noch von den taktischen Thesen des V. Kongresses zugelassen.

8. Gewerkschaftsfrage

Die Internationale hat in der Folge ihre Auffassung von den Beziehungen zwischen politischen und ökonomischen Organisationen auf Weltebene

geändert. Darin liegt ein wichtiges Beispiel für die Methode, die, anstatt die jeweiligen Aktionen von den Prinzipien abzuleiten, neue und andersartige Theorien improvisiert, um damit Aktionen zu rechtfertigen, die nach dem Kriterium der anscheinend bequemen Ausführung und des leichten Erfolges entschieden werden.

Zuerst verfocht man die Aufnahme der Gewerkschaften in die Kommunistische Internationale. In der Folge gründete man eine Rote Gewerkschaftsinternationale. Hierbei ging man davon aus, daß die kommunistische Partei zwar für die Einheit der Gewerkschaften kämpfen muß, in der sich die geeignetste Kontaktzone mit den breiten Massen ergibt, daß sie zwar nicht danach streben darf, sich eigene Gewerkschaften zu schmieden, auch nicht durch eine Spaltung der Organisationen, die von den Gelben geleitet werden, daß aber auf internationaler Ebene das Büro der Amsterdamer Internationale nicht als ein Organ der proletarischen Massen zu betrachten und zu behandeln ist, sondern als ein konterrevolutionäres politisches Werkzeug des Völkerbundes.

An einem gewissen Punkt, aufgrund sicherlich wichtiger Erwägungen, die sich jedoch im wesentlichen auf einen Plan zur Ausnutzung der linken Gewerkschaftsbewegung in England beschränkten, verkündete man den Verzicht auf die Rote Gewerkschaftsinternationale und die Absicht, auf internationaler Ebene zu einer organisatorischen gewerkschaftlichen Einheit mit dem Amsterdamer Büro zu gelangen.

Keine Erwägung über einen Situationswechsel kann so schwerwiegende Wenden rechtfertigen. Die Frage der Verhältnisse zwischen internationalen Organisationen politischer und gewerkschaftlicher Natur ist ja eine Prinzipienfrage: Sie läuft auf die Verhältnisse zwischen Partei und Klasse im Hinblick auf die revolutionäre Mobilisierung hinaus.

Es ist noch hinzuzufügen, daß nicht einmal die eigenen Statuten beachtet wurden, denn die letzte Entscheidung wurde den zuständigen Organen der Internationale als vollendete Tatsache vorgelegt.

Die Aufrechterhaltung der Losung "Moskau gegen Amsterdam" schloß und schließt keineswegs den Kampf für die gewerkschaftliche Einheit in jeder Nation aus. Die Liquidierung der Spaltungstendenzen in den Gewerkschaften (Deutschland und Italien) war nur möglich, nachdem man den Spaltern das Argument entzogen hatte, daß wir das Proletariat daran hinderten, sich vom Einfluß der Amsterdamer Internationale freizumachen.

Die anscheinend enthusiastische Zustimmung unserer französischen Partei zum Vorschlag einer weltweiten Gewerkschaftseinheit hindert sie hingegen nicht daran, eine absolute Unfähigkeit an den Tag zu legen, wenn es darum geht, die Frage der nationalen Gewerkschaftseinheit in einer wirklich nicht-spalterischen Weise zu behandeln.

Nicht auszuschließen ist jedoch der Nutzen einer Taktik der Einheitsfront auf Weltebene mit allen gewerkschaftlichen Organisationen, auch mit jenen, die zu Amsterdam gehören.

Die Linke der italienischen Partei hat immer die proletarische Einheit in den Gewerkschaften befürwortet und sich dafür eingesetzt. Diese Haltung trägt dazu bei, sie von den von Lenin be-

kämpften falschen Linken syndikalistischer und idealistischer Provenienz unverkennbar zu unterscheiden. Außerdem vertritt die Linke in Italien die strikt leninistische Auffassung über die Verhältnisse zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten. Es ist eine schwerwiegende Abweichung von den Prinzipien, die revolutionäre Bedeutung der Gewerkschaft, die auf freiwilliger Mitgliedschaft beruht, zu negieren, um sie durch den utopistischen und reaktionären Entwurf eines verfassungsmäßigen und naturnotwendigen Organisationsnetzes, das mit dem ganzen kapitalistischen Produktionsapparat organisch zusammenwächst, zu ersetzen. In der Praxis drückt sich dieser Fehler in der Überbewertung der Betriebsräte und in einem tatsächlichen Boykott der Gewerkschaften aus. Er wird von der Linken auf der Grundlage der russischen Erfahrung und der einschlägigen Leitsätze des 11. Kongresses seit jeher bekämpft.

9. Agrarfrage

Die Agrarfrage wurde in Lenins Thesen auf dem 11. Kongreß der Internationale grundlegend gelöst. Diese Lösung besteht vor allem in der marxistischen Richtigstellung des historischen Problems der Agrarproduktion. In einer Epoche, wo die Voraussetzungen für eine Sozialisierung der Industrie bereits herangereift sind, fehlen sie noch in der Landwirtschaft.

Dadurch wird aber die proletarische Revolution nicht verzögert (bildet sie ja die einzige Grundlage, um jene Voraussetzungen zu verallgemeinern). Vielmehr zeigt sich das Problem der allgemeinen Interessen der armen Bauern als unlösbar im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft und der bürgerlichen Macht, so daß das Proletariat die Befreiung der armen Bauern von der Ausbeutung durch Großgrundbesitzer und Bourgeoisie zu einem Bestandteil seines Kampfes machen kann, auch wenn diese Befreiung nicht mit einer allgemeinen Umwandlung der Landwirtschaft unmittelbar zusammenfällt.

Der Großgrundbesitz, der nur auf der Ebene der Besitzverhältnisse ein solcher ist, sich betriebswirtschaftlich aber aus einer Anzahl kleinster Produktionseinheiten zusammensetzt, wird nach Aufhebung des rechtlichen Überbaus durch Landverteilung unter den Bauern zerfallen, was in Wirklichkeit nichts anderes bedeutet als die Befreiung der bereits getrennten Kleinbetriebe von einer gemeinsamen Ausbeutung.

Das kann nicht erfolgen, ohne die Eigentumsverhältnisse revolutionär zu sprengen, was aber nur unter Führung des Industrieproletariats geschehen kann. Dieses ist nicht nur, wie der Bauer, ein Opfer der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, sondern deren historisches Ergebnis und ein Zeichen dafür, daß dieses System reif ist, neuen und andersgearteten Produktionsverhältnissen Platz zu machen. Das Proletariat wird demnach in der Rebellion des armen Bauern eine wertvolle Hilfe finden. Die taktischen Schlußfolgerungen Lenins weisen jedoch zwei wesentliche Punkte auf: Zuerst den grundlegenden Unterschied zwischen den Verhältnissen des Proletariats zur Bauernschaft einerseits und zu den reaktionären Mittelschichten der städtischen Wirtschaft, die vor allem in den sozialdemokratischen Parteien ihren Ausdruck finden, anderer-

seits; zweitens die Auffassung, daß der Vorrang und die Hegemonie der Arbeiterklasse in der Führung der Revolution unantastbar sind.

Im Augenblick der Machteroberung erweist sich der Bauer als ein revolutionärer Faktor. Während der Revolution ändert sich seine Ideologie in Bezug auf die alten Formen von Autorität und Gesetz, kaum aber in Bezug auf die Produktionsverhältnisse. Diese bleiben noch, was sie im isolierten Familienbetrieb in Konkurrenz zu den anderen waren. Der Bauer bleibt also eine große Gefahr für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft, und nur eine große Entwicklung der Produktivkräfte und der landwirtschaftlichen Technik kann ihn für den Sozialismus gewinnen.

Im taktischen und organisatorischen Plan von Lenin wird das Landproletariat, das nicht an Grund und Boden gebunden ist (die Landarbeiter), wie das übrige Proletariat betrachtet und organisiert. Mit dem armen Bauern, der seine oft unausreichende Parzelle alleine bebaut, besteht eine Bündnispolitik, die sich gegenüber der mittleren Bauernschaft - bei dem sich die Merkmale des Opfers bestimmter kapitalistischer Verhältnisse und des Ausbeuters von Arbeitskraft überlagern - in eine einfache Neutralisierungspolitik verwandelt. Der reiche Bauer, bei dem die Ausbeutung fremder Arbeitskraft überwiegt, wird schließlich als direkter Feind der Revolution behandelt.

Die Internationale muß bei der Anwendung der Agrartaktik die Fehler vermeiden, die sich zum Beispiel in der französischen Partei bereits abgezeichnet haben, und zwar sei es in der Tendenz, eine Bauernrevolution an sich zu theorisieren, die auf dieselbe Ebene der Arbeiterrevolution gestellt wird, oder sei es in der Auffassung, daß die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiter durch einen Bauernaufstand ausgelöst werden könne, während das exakte Verhältnis genau umgekehrt ist.

Der Bauer, der sich das Programm der Kommunisten zu eigen gemacht hat, der fähig ist, politisch organisiert zu werden, muß Mitglied der kommunistischen Partei werden. Nur so wird man das Entstehen von reinen Bauernparteien, die unvermeidlich von der Konterrevolution beeinflussbar sind, bekämpfen.

Die Krestintern (die Bauern-Internationale) muß die Organisationen der Bauern aller Länder umfassen. Wie bei den Arbeitergewerkschaften gilt auch für diese Organisationen, daß sie allen offen sein müssen, die wegen ihrer unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen eine gemeinsame soziale Stellung haben. Die Taktik der politischen Unterhandlungen, Einheitsfronten und Fraktionsbildungen mit und in den Bauernparteien muß auch hier abgelehnt werden, selbst wenn es darum geht, diese Parteien zu zersetzen.

Diese taktische Richtlinie widerspricht nicht den Beziehungen, die während des Bürgerkrieges und auf der Grundlage bereits existierender, neuer Vertretungsorgane des Proletariats und der Bauernschaft zwischen Bolchewiki und Sozialrevolutionären hergestellt wurden.

10. Nationale Frage

Auch über die Theorie der Bewegung der Kolonialvölker in gewissen außergewöhnlich rückständigen Ländern hat Lenin eine grundlegende Klärung ge-

bracht. Noch bevor die weltweite Ausdehnung des Kapitalismus und die innere Entwicklung dieser Länder die Voraussetzungen des modernen Klassenkampfes geschaffen haben, stellen sich hier Forderungen, die nur durch den bewaffneten Kampf und durch die Niederlage des Weltimperialismus erfüllt werden können.

Unter diesen zwei Bedingungen kann der Kampf im Zeitalter der proletarischen Revolution ausbrechen, auch wenn er örtlich nicht die Aspekte des Klassenkampfes, sondern eines Rassen- und nationalen Konfliktes trägt.

Grundlegend bleiben nichtsdestotrotz in der leninistischen Auffassung die Führungsrolle der Organisation des revolutionären Proletariats in diesem Weltkampf sowie die Notwendigkeit, den Klassenkampf unter den Eingeborenen anzuspornen, die Schaffung und die autonome Entwicklung der örtlichen kommunistischen Partei zu fördern - und niemals abzubremesen oder zu verhindern.

Gefährlich ist aber die Übertragung dieser Einschätzungen rückständiger Verhältnisse auf Länder, wo die kapitalistische Gesellschaftsordnung und der bürgerliche Staatsapparat seit langem bestehen. Hier dienen die nationale Frage und die patriotische Ideologie als direkte konterrevolutionäre Hilfsmittel, die nach der Klassenentwaffnung des Proletariats trachten. Diesbezügliche Abweichungen bildeten z.B. die bekannten Konzessionen Radeks gegenüber den deutschen Nationalisten im Kampf gegen die alliierte Besatzung. (6)

In der Tschechoslowakei muß die Internationale darauf abzielen, jegliche organisatorische Auswirkung des nationalen Dualismus in den Reihen des Proletariats abzuschaffen. Stehen doch beide Rassen auf der gleichen historischen Höhe, in einer vollständig entwickelten, gemeinsamen ökonomischen Umwelt.

Den Kampf der nationalen Minderheiten an sich zum Prinzip zu erheben ist folglich eine Entstellung der kommunistischen Auffassung. Die Beurteilung, ob ein solcher Kampf revolutionäre Möglichkeiten oder reaktionäre Entwicklungen einschließt, hängt von ganz anderen Kriterien ab.

11. Russische Fragen (1926)

Die Bedeutung der neuen ökonomischen Politik des russischen Staates, so wie sie vor allem aus der Rede Lenins von 1921 über die Naturalsteuer und aus dem Bericht Trotzki auf dem IV. Weltkongreß hervorgeht, steht in der Komintern außer Frage. Aufgrund der Vorbedingungen der russischen Wirtschaft und der Tatsache, daß in den anderen Ländern die Bourgeoisie weiterhin an der Macht bleibt, konnte die marxistische Perspektive der Entwicklung der Weltrevolution und des Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft nicht anders gestellt werden.

Die großen Schwierigkeiten der russischen Staatspolitik bei den inneren Beziehungen zwischen den sozialen Kräften, bei den Problemen der Produktivtechnik und bei den Beziehungen zum Ausland haben in der Folge zu Uneinigkeiten innerhalb der Russischen Kommunistischen Partei geführt. Bezüglich dieser Uneinigkeiten ist vor allem zu bedauern, daß die internationale kommunistische Bewegung nicht in der Lage gewesen ist, sich tiefergehender und maßgebender darüber auszusprechen.

In der ersten Diskussion mit Trotzki waren seine Betrachtungen über das interne Parteileben und über deren neuen Kurs ohne Zweifel richtig, so wie seine Betrachtungen über den Verlauf der ökonomischen Politik des Staates in ihrem Ganzen betrachtet klar proletarisch und revolutionär waren. Nicht weniger gerechtfertigt waren in der zweiten Diskussion die Betrachtungen Trotzki über die Fehler der Internationale und seine Beweisführung, daß die in der Kominternführung vorherrschenden Kriterien nicht der besten bolschewistischen Tradition entsprechen. (7)

Dank der bekannten Methode, eine antifraktionistische und, schlimmer noch anti-bonapartistische, absolut jeder Grundlage entbehrende Einschüchterung in den Vordergrund zu stellen, führte die Debatte innerhalb der Partei zu unangemessenen und künstlichen Folgen. Was die kürzlich erfolgte Diskussion anbelangt, muß man sich vor allem darüber im klaren sein, daß es um Fragen internationaler Natur geht. Die Tatsache, daß die Mehrheit der Russischen Kommunistischen Partei darüber einen Beschluß gefaßt hat, kann nicht als Argument gegen die Diskussion und die Entscheidung dieser Frage durch die Internationale dienen. In diesem Zusammenhang spielt es keine Rolle, daß die geschlagene russische Opposition auf einen Appell an die Internationale verzichtete.

Wie in anderen Fällen wird die wesentliche Frage durch Fragen der Prozedur und der Disziplin erstickt. Es geht nicht um die Verteidigung von verletzten Rechten einer Minderheit, die - wenigstens auf der Ebene ihrer Führer - die Verantwortung für die vielen internationalen Fehler teilt. Es geht vielmehr um lebenswichtige Fragen der Weltbewegung.

Die russische Frage muß zwecks einer umfassenden Erörterung vor die Internationale gebracht werden. Die Frage muß in folgenden Grundzügen angegangen werden: in der gegenwärtigen russischen Wirtschaft treffen laut Lenin vorbürgerliche, bürgerliche, staatskapitalistische und sozialistische Elemente zusammen. Was die Produktionszielsetzung betrifft, die sich in den Händen des politisch proletarischen Staates befindet, ist die verstaatlichte Großindustrie sozialistisch. Die Verteilung ihrer Erzeugnisse erfolgt jedoch in kapitalistischer Form, d.h. über den freien, konkurrenzmäßigen Markt.

Man kann im Prinzip nicht ausschließen, daß dieses System nicht nur, wie es bereits tut, die Arbeiter in einer keineswegs blühenden wirtschaftlichen Lage hält, die vom Proletariat dank des erworbenen revolutionären Bewußtseins akzeptiert wird, sondern sich sogar in Richtung einer Steigerung der Mehrwertauspressung entwickelt. Das kann durch die Lebensmittelpreise erfolgen sowie durch die Preise, die der Staat zahlen muß, bzw. durch die Bedingungen, die er beim Kauf, bei den Konzessionen, im Handel und in allen anderen Beziehungen mit dem ausländischen Kapital erhält. So muß man sich fragen und herausfinden, ob es einen Fortschritt oder einen Rückschritt der sozialistischen Elemente in der russischen Wirtschaft gibt, und dieses Problem ist auch ein Problem der technischen Leistungsfähigkeit und der guten Organisation der Staatsindustrie (8).

Es ist unmöglich, in einem einzelnen Land den sich auf Produktion und Verteilung, auf Industrie

und Landwirtschaft erstreckenden, vollständigen Sozialismus aufzubauen. Eine fortschreitende Entwicklung der sozialistischen Elemente in der russischen Wirtschaft kann man hingegen für möglich halten, d.h. es ist möglich, daß der konterrevolutionäre Plan scheitert, der innenpolitisch auf die reichen Bauern, die neue Bourgeoisie und das Kleinbürgertum, außenpolitisch auf die imperialistischen Mächte setzt. Dieser Plan kann die Gestalt eines Angriffs von innen und außen annehmen. Er kann sich aber genauso durchsetzen in Form einer fortschreitenden Sabotage und Beeinflussung des russischen Sozial- und Staatslebens, um es zu einer fortschreitenden Rückbildung und einer Entproletarisierung seines Wesens zu zwingen. In beiden Fällen ist eine enge Zusammenarbeit und der Beitrag aller Parteien der Internationale eine wesentliche Bedingung für den Erfolg der sozialistischen Elemente.

Es geht vor allem darum, dem proletarischen Rußland und der Russischen Kommunistischen Partei die aktive und energische Unterstützung der proletarischen Vorhut vor allem in den imperialistischen Ländern zu sichern, nicht nur um die Angriffe zu verhindern und auf die Beziehungen der bürgerlichen Staaten mit Rußland einen Druck auszuüben, sondern hauptsächlich weil es nötig ist, daß der russischen Partei bei der Lösung ihrer Probleme Beistand geleistet wird von den Schwesterparteien, die zwar keine direkte Erfahrung mit den Regierungsproblemen besitzen, dennoch zu deren Lösung beitragen werden, indem sie einen proletarischen und revolutionären Koefizienten hinzufügen, der direkt von der Wirklichkeit des Klassenkampfes in ihren Ländern herrührt.

Die internen Verhältnisse in der Kommunistischen Internationale werden den geschilderten Aufgaben nicht gerecht. Dringende Änderungen sind in diesem Zusammenhang nötig. Vor allem müssen diese Änderungen in entgegengesetzter Richtung zu den organisatorischen, taktischen und politischen Übertreibungen der sogenannten Bolschewisierung laufen.

III. ITALIENISCHE FRAGEN

1. Die Lage in Italien (1926)

Falsch sind die Einschätzungen der italienischen Lage, in denen die Erwägungen über die ungenügende Entwicklung des Industriekapitalismus eine entscheidende Rolle spielen.

Der geringen Ausdehnung des italienischen Kapitalismus im quantitativen Sinn und seiner relativ späten historischen Entwicklung stellt sich eine Reihe anderer Umstände entgegen, die dazu führten, daß zur Zeit des Risorgimento (italienische Befreiung und nationale Einheit) die gesamte politische Macht fest in die Hände der Bourgeoisie übergehen konnte. Diese Bourgeoisie kann auf eine reiche und vielseitige Regierungstradition zurückblicken.

Es ist nicht möglich, die politischen Gegensätze, die den Kampf zwischen den italienischen Parteien (wie z.B. zwischen den klassischen Rechten und

Linken, den Klerikalen und Freimaurern, der Demokratie und dem Faschismus) historisch charakterisieren, auf den sozialen Unterschied zwischen Großgrundbesitzern und Kapitalisten oder zwischen Groß- und Kleinbourgeoisie systematisch zurückzuführen.

Die faschistische Bewegung ist als ein Versuch politischer Vereinigung der auseinandergehenden Interessen der verschiedenen bürgerlichen Gruppen zu konterrevolutionären Zwecken zu verstehen. Gleichzeitig von Großgrundbesitz, Industrie, Handel und Banken, kurzum von allen oberen Klassen direkt gefördert und herbeigewünscht, vom traditionellen Staatsapparat, von der Dynastie, der Kirche und den Freimaurern entscheidend unterstützt, hat der Faschismus mit dem genannten Ziel die zersetzten sozialen Elemente der Mittelklassen mobilisiert und in einem engen Bündnis mit allen bürgerlichen Elementen gegen das Proletariat geschleudert.

Was in Italien geschehen ist, darf man weder als die Machtergreifung seitens einer neuen sozialen Schicht auslegen, noch als Bildung eines neuen Staatsapparates mit ureigener Ideologie und ureigenem Programm, noch schließlich als Niederlage eines Teils der Bourgeoisie, dessen Interessen besser mit der Anwendung liberaler und parlamentarischer Methoden übereinstimmen würden. Die Liberalen, die Demokraten, Giolitti und Nitti, sind die Hauptpersonen einer konterrevolutionären Phase des Kampfes, die mit der faschistischen dialektisch verbunden ist und für die Niederlage des Proletariats entscheidend war. In der Periode nach dem Krieg und nach der Abrüstung, als die herrschende Klasse und alle ihre Organe für einen frontalen Abwehrkampf nicht bereit waren, ermöglichte die Politik der Konzessionen - unter Mitwirkung von Reformisten und Maximalisten (Zentristen) - den bürgerlichen Widerstand und die Ablenkung des proletarischen Drucks.

Der Faschismus, der in jener Periode von Regierungen, Bürokratie, Polizei, Gerichten, Heer usw. direkt begünstigt wurde, hat daraufhin das alte politische Personal der Bourgeoisie vollständig ersetzt. Die Tatsache darf jedoch nicht irreführen und noch weniger dazu verleiten, jene Parteien und Gruppen zu rehabilitieren: sie wurden allein deswegen entfernt, weil sie eine ganze Etappe ihrer antiproletarischen Aufgabe nunmehr erledigt hatten, und keineswegs weil sie der Arbeiterklasse günstige Bedingungen geboten hätten.

2. Politische Orientierung der kommunistischen Linke

Im Verlauf der besagten Situationen bewegte sich die Gruppe, die die Bildung der kommunistischen Partei herbeigeführt hat, mit folgenden Kriterien: Bruch mit dem illusorischen Dualismus, den die Bourgeoisie in ihrem parlamentarischen und politischen Leben vorführt und Festhalten am revolutionären Klassengegensatz; Ausmerzung in den Reihen des Proletariats der Illusion, daß die Mittelklassen fähig seien, einen politischen Generalstab hervorzubringen, die Macht zu ergreifen und dem Sieg des Proletariats den Weg zu ebnen; Vertrauen der Arbeiterklasse in ihre eigene historische Aufgabe, was durch eine Vorbereitung

erlangt wird, die im Aufeinanderfolgen der Situationen auf eigenen und unabhängigen, eng zusammenhängenden kritischen, politischen und taktischen Positionen beruht.

Die Traditionen dieser Politik erkennt man bereits vor dem Krieg in der Linken der sozialistischen Partei. Seit den Kongressen von Reggio Emilia (1912) und Ancona (1914) bildete sich nicht nur eine Mehrheit, die in der Lage war, sich dem reformistischen und zugleich dem syndikalistischen Fehler (letzterer hatte bis dahin die proletarische Linke gekennzeichnet) zu widersetzen, sondern innerhalb dieser Mehrheit zeichnete sich eine extreme Linke ab, die nach immer radikaleren proletarisch-revolutionären Lösungen strebte. So wichtige Klassenprobleme wie die Wahltaktik, die Beziehungen zu den Gewerkschaften, der Kolonialkrieg und die Freimaurerei, konnten somit eine richtige Lösung finden.

Obwohl die ganze, oder fast die ganze Partei sich gegen eine Politik der Kriegskollaboration stellte, trat während des Weltkrieges das Wirken einer klar abgezeichneten extremen Linke noch deutlicher hervor. Auf den Tagungen von Bologna (Mai 1915), Rom (Februar 1917), Florenz (November 1917) und auf dem Kongreß von Rom im Jahre 1918 vertrat diese Linke leninistische Richtlinien wie die Ablehnung der nationalen Verteidigung, den revolutionären Defätismus, die Ausnutzung der Niederlage für den Machtkampf, den ununterbrochenen Kampf gegen die gewerkschaftlichen und parlamentarischen opportunistischen Führer sowie die Forderung, diese von der Partei auszuschließen.

Die Positionen der extremen Linke führten sofort nach dem Krieg zur Erscheinung der Zeitung "Il Soviet". Hier wurden zum ersten Mal in Italien die Direktiven der russischen Revolution dargelegt und gegen antimarxistische, opportunistische, syndikalistische und anarchistische Entstellungen verteidigt. Die wesentlichen Fragen der proletarischen Diktatur und der Rolle der Partei wurden korrekt und konsequent gestellt; von Anfang an wurde die Spaltung der sozialistischen Partei verfochten.

Diese Gruppe vertrat den Wahlboykottismus und ihre diesbezügliche Schlußfolgerungen wurden vom II. Kongreß der Internationale abgelehnt (9). Ihr Wahlboykottismus ging jedoch nicht von antimarxistischen theoretischen Fehlern anarcho-syndikalistischer Art aus, wie die energischen Polemiken gegen die anarchistische Presse bezeugen. Erstens war die Taktik des Wahlboykotts für das politische Milieu der vollständigen parlamentarischen Demokratie gedacht, wo besondere Schwierigkeiten bei der Gewinnung der Massen für das richtige Bewußtsein der Losung der Diktatur des Proletariats entstehen; unserer Meinung nach werden diese Schwierigkeiten übrigens nach wie vor von der Internationale ungenügend beachtet. Zweitens wurde der Wahlboykottismus nicht als eine für alle Zeiten gültige Taktik vorgeschlagen, sondern für die, heute leider vorübergegangene, allgemeine Situation des Bestehens großer Kämpfe und des Aufmarsches der größten proletarischen Massen.

Mit den Wahlen von 1919 öffnete die bürgerliche Regierung Nitti ein riesiges Ventil für den proletarischen Druck, lenkte den Vorstoß des Pro-

letariats und die Aufmerksamkeit der Partei ab, indem sie deren Tradition des hemmungslosen Wahlkottismus ausnutzte. Der Wahlboykottismus des "Il Soviet" war damals die einzig richtige Reaktion gegen die wahren Ursachen der darauffolgenden proletarischen Katastrophe.

Auf dem folgenden Kongreß von Bologna (Oktober 1919) stellte die wahlboykottistische Minderheit als einzige die Frage der Trennung von den Reformisten in der richtigen Weise und suchte umsonst ein Einverständnis mit einem Teil der Maximalisten; zu diesem Zweck hat sie sogar auf die Vorbedingung des Wahlboykottismus verzichtet. Nach dem Mißlingen dieses Versuchs blieb die wahlboykottistische Fraktion bis zum II. Weltkongreß auf nationaler Ebene die einzige, die an der Bildung der kommunistischen Partei arbeitete.

Diese Gruppe bildete also die bewußte Verkörperung der spontanen Bewegung des linken Flügels des italienischen Proletariats, der sich aufgrund der eigenen Erfahrungen und Traditionen dieselben Richtlinien zu eigen machte, die gleichzeitig mit dem Sieg Lenins und des Bolschewismus in Rußland triumphierten.

3. Die Tätigkeit der linken Zentrale

Nach der Gründung der kommunistischen Partei in Livorno (Januar 1921) bemühten sich die Wahlboykottisten aufs Äußerste, eine enge Bindung zu den anderen Gruppen der Partei herzustellen. Wenn für einige dieser Gruppen nur die Frage der internationalen Beziehungen ausschlaggebend war für die Trennung von den Opportunisten, so gab es bei den Wahlboykottisten, die inzwischen aus Disziplinargründen ausdrücklich auf ihre Position zu den Wahlen verzichtet hatten, eine vollständige Übereinstimmung zwischen den Thesen der Internationale und den Lehren der eigenen vorhergehenden politischen Erfahrung.

Die Parteizentrale ging bei ihrer Tätigkeit von der bereits geschilderten Einschätzung der italienischen Lage und der Aufgaben des Proletariats aus. Es ist nunmehr unbestritten, daß die Verspätung bei der Gründung der revolutionären Partei - für die alle anderen Gruppen verantwortlich waren - den folgenden Rückzug des Proletariats unvermeidlich machte und sogar unentrinnbar determiniert hat.

Um in den darauffolgenden Kämpfen die bestmöglichen Positionen für das Proletariat zu sichern, stellte sich die Zentrale auf den Standpunkt, daß man alle Anstrengungen machen müsse, um den traditionellen Apparat der roten Gewerkschaftsorganisationen zu benutzen, daß es jedoch nötig sei, das Proletariat davon zu überzeugen, nicht mit den Maximalisten und Reformisten zu rechnen, die so weit gingen, den Friedenspakt mit den Faschisten zu akzeptieren. (10)

Die Partei stellte von Anfang an die Forderung der gewerkschaftlichen Einheit und machte dann den zentralen Vorschlag der Einheitsfront, der in der Bildung der *Alleanza del Lavoro* (Arbeiterallianz) gipfelte. Abgesehen von den Meinungen über die politische Einheitsfront im allgemeinen, steht es fest, daß diese in der italienischen Situation von 1921-22 undurchführbar war und daß die kommunistische Partei nie eine

Einladung zu einer Versammlung erhielt, auf der ein Bündnis der Parteien gegründet werden sollte. An der von den Eisenbahnern einberufenen Versammlung zur Bildung des gewerkschaftlichen Bündnisses nahm die Partei nicht teil, um Manöver zu vereiteln, die die Entstehung des Bündnisses kompromittieren und die Verantwortung dafür auf die Partei schieben wollten. Die Partei unterstrich aber den vorbehaltlosen Charakter ihrer Mitwirkung bei dieser Initiative und die Disziplin der Kommunisten gegenüber dem neuen Organ. Später gab es jedoch mit den politischen Parteien Kontakte, die die kommunistische Partei also keineswegs verweigerte. Das Scheitern dieser Gespräche bewies die Unmöglichkeit eines Einverständnisses auf der Ebene der Politik und der Aktion sowie den Defätismus aller anderen Gruppen. Auch während des Rückzugs wußte die Partei das Vertrauen der Arbeiter zu der eigenen Klasse zu sichern und das politische Bewußtsein der Vorhut zu steigern, indem sie rechtzeitig den traditionellen Manövern von pseudorevolutionären Grüppchen und Parteien in Richtung des Proletariats den Weg abschnitt. Trotz der Anstrengungen der Partei gelangte man erst später (August 1922) zur allgemeinen Aktion; die proletarische Niederlage war aber unvermeidlich. Bereits von da an war der Faschismus, im gewaltsamen Kampf von den Kräften des *liberal-demokratisch* geführten Staates offen unterstützt, Herr des Landes und brauchte später durch den "Marsch auf Rom" seine Vorherrschaft lediglich formell zu legalisieren.

Zu diesem Punkt und trotz des Einengens des proletarischen Aktionsfeldes behauptete sich der Einfluß der Partei und drängte Maximalisten und Reformisten zurück. Eine steigende Tendenz setzte sich also fort und bestätigte die Ergebnisse der Wahlen von 1921 und der darauffolgenden großen Befragungen des Gewerkschaftsbundes.

4. Beziehungen zwischen der italienischen Linke und der Kommunistischen Internationale

Der Kongreß von Rom (März 1922) zeichnete eine theoretische Divergenz zwischen der italienischen Linke und der Mehrheit der Internationale klar ab. Diese Divergenz war vorher von unseren Delegationen auf dem II. Weltkongreß und auf der Erweiterten Exekutive vom Februar 1922 ziemlich schlecht zum Ausdruck gebracht worden. Vor allem auf dem III. Weltkongreß wurden Fehler im "links-radikalen" Sinn effektiv begangen. Die Thesen von Rom waren die glückliche theoretische und politische Liquidierung jeglicher Gefahr von Linksopportunismus in der italienischen Partei.

Hinsichtlich der Parteipraxis bestand die einzige Divergenz mit der Internationale in der Taktik gegenüber den Maximalisten. Diese Divergenz schien jedoch durch die einheitlichen Ergebnisse des sozialistischen Kongresses vom Oktober 1921 überwunden.

Die Thesen von Rom wurden nicht als eine unmittelbare Aktionslinie sondern als Beitrag der Partei zu den Beschlüssen der Internationale angenommen; dies wurde auf der Erweiterten Exekutive von 1922 von der Zentrale bestätigt. Aus Disziplin und aufgrund einer Entscheidung der Internationale wurde aber keine theoretische

Diskussion eröffnet.

Im August 1922 entsprach die Einschätzung der Lage durch die Internationale nicht den von der Parteizentrale empfohlenen Richtlinien. Die Internationale war vielmehr der Meinung, daß die italienische Lage im Sinn einer verminderten Widerstandsfähigkeit des Staates unbeständig wäre; sie beabsichtigte, die Partei durch eine Verschmelzung mit den Maximalisten zu stärken. Hierbei betrachtete sie als entscheidenden Faktor nicht die Lehren, die die Partei aus dem breiten Manöver des Auguststreiks gezogen hatte, sondern die Spaltung zwischen Maximalisten und Einheitssozialisten.

Von diesem Moment an gehen die beiden politischen Linien definitiv auseinander. Auf dem IV. Weltkongreß (Dezember 1922) stellte sich die linke Zentrale unserer Partei gegen die vorwiegende These. Als die Delegierten nach Italien zurückkehrten, lehnte die Zentrale einstimmig ihre Verantwortung für den Zusammenschluß mit den Maximalisten, für den ein Ausschuß gebildet wurde, ab, obwohl sie natürlich ihre eigenen und administrativen Funktionen beibehielt. Dann kamen im Februar 1923 die Verhaftungen und die große Offensive gegen die Partei; schließlich wurde im Juni 1923 auf der Erweiterten Exekutive die alte italienische Zentrale abgesetzt und durch eine andere, gänzlich verschiedene ersetzt (11). Unter solchen Umständen war der Rücktritt eines Teiles der Mitglieder der Zentrale ganz einfach eine logische Folgerung. Eine beratende Konferenz der Partei gab der Linken noch im Mai 1924 eine erdrückende Mehrheit gegen die Mitte und die Rechte. So war die Situation am Vorabend des V. Weltkongresses.

5. Ordinovismus als Tradition der jetzigen Zentrale

Die Gruppe "Ordine Nuovo" (12) entstand in Turin unter einigen Intellektuellen, die sich mit den proletarischen Massen der Industrie in Verbindung setzten, als die wahlboykottistische Fraktion in dieser Stadt bereits eine breite Anhängerschaft hatte. In der Ideologie jener Gruppe herrschten bürgerliche, idealistische, von Croce beeinflusste philosophische Anschauungen vor, welche natürlich in einem Änderungsprozeß begriffen waren und sind. Erst sehr spät und mit ihren Ursprungsfehlern behaftet beschäftigte sich diese Gruppe mit den kommunistischen Richtlinien. Erst viel zu spät für eine nutzbringende Anwendung auf den Kampf des italienischen Proletariats hat diese Gruppe die Bedeutung der russischen Revolution verstanden.

Im November 1917 veröffentlichte Genosse Gramsci im "Avanti!" einen Artikel, in dem er behauptete, die russische Revolution hätte den historischen Materialismus von Marx und die Theorien des "Kapital" widerlegt, und gab eine wesentlich idealistische Erklärung der russischen Ereignisse. Die Strömung der extremen Linken, zu der auch die Jugendorganisation gehörte, griff sofort gegen diesen Artikel ein.

Die weitere Entwicklung der Ideen der ordinovistischen Gruppe ging - wie aus den Veröffentlichungen des "Ordine Nuovo" hervorgeht - in Richtung einer nicht marxistischen und nicht leninistischen Theorie der Arbeiterbewegung. Falsch angesetzt sind in dieser Theorie die Fragen der

Funktion der Gewerkschaften und der Partei, des bewaffneten Kampfes, der Machteroberung und des Aufbaus des Sozialismus. Man konstruierte hingegen den Gedanken eines nicht "freiwilligen" sondern "notwendigen" Organisationssystems der Arbeiterklasse, das mit dem Netz des kapitalistischen Produktionsapparates lückenlos zusammenwächst. Dieses System geht vom Abteilungsdelegierten über den Betriebsrat und gipfelt gleichzeitig in der proletarischen und kommunistischen Internationale, im Sowjet und im Arbeiterstaat: letzterer würde somit durch dieses System bereits vor dem Sturz der kapitalistischen Macht existieren. Damit aber nicht genug: durch die Kontrolle über die Produktion soll dieses System noch im bürgerlichen Zeitalter die Funktion des Aufbaus der neuen Wirtschaft übernehmen.

Alle Merkmale dieser Ideologie mit nicht-marxistischem Charakter - Utopismus, Syndikalismus mit Prudhon'schem Beigeschmack, ökonomischer Gradualismus vor der Machteroberung, d.h. Reformismus - wurden dem Anschein nach aufgegeben, um nach und nach den völlig anderen Theorien Lenins Platz zu machen. Die Bedingung für eine nicht fiktive und nicht oberflächliche Aneignung des Leninismus wäre aber gewesen, daß sich die Gruppe "Ordine Nuovo" nicht gegnerisch gegen die andere Gruppe abgekapselt hätte, die - wie wir bewiesen haben - auf eine linke Tradition der Übereinstimmung mit dem Bolschewismus zurückblicken konnte und einen ernsthaften Beitrag auf der Grundlage der proletarischen Klassenenerfahrung - und nicht von akademischen Grübeleien über bürgerlichen Büchern - geleistet hatte. Das schließt keineswegs aus, daß auch die zweite Gruppe im Rahmen dieser engen Zusammenarbeit, die zu früh abgebrochen wurde, hätte lernen und sich verbessern können. Unter diesen Umständen hat es einen ironischen Beigeschmack, wenn die ordinovistischen Führer nun mit mechanischen, bürokratischen und Klatschantenmitteln gerade diejenigen bolschewisten wollen, die in Wirklichkeit diesen Ordinovisten den bolschewistischen Weg im ernstesten und marxistischen Sinn des Wortes gezeigt haben.

Bis kurz vor dem Weltkongreß von 1920 war die Gruppe "Ordine Nuovo" gegen die Spaltung der alten Partei und hat alle gewerkschaftlichen Fragen falsch gestellt. Der Vertreter der Internationale in Italien war gezwungen, mit ihnen über die Fragen der Betriebsräte und der verfrühten Bildung von Sowjets eine schafe Polemik zu führen.

Im April 1920 verabschiedete die Sektion von Turin die bekannten, vom Genossen Gramsci verfaßten und von dem aus Ordinovisten und Wahlboykottisten zusammengesetzten Ausschuß angenommenen Thesen des "Ordine Nuovo". Diese in den Beschlüssen des II. Weltkongresses zitierten Thesen drückten in Wirklichkeit - abgesehen von der Meinungsverschiedenheit bezüglich der Wahlbeteiligung - den gemeinsamen Gedanken der in Bildung begriffenen kommunistischen Fraktion aus; ihr Inhalt bestand nicht in der besonderen Konstruktion des "Ordine Nuovo", sondern vielmehr in den viel früher von der linken Gruppe der Partei mit absoluter Klarheit akzeptierten Punkten.

Eine Zeitlang schlossen sich die Ordinovisten den Positionen der Linken gegenüber der Internationale an, in Wirklichkeit jedoch differenzierte sich ihr Denken von den Thesen von Rom, obwohl sie es für angebracht hielten, für diese Thesen zu stimmen.

Der wahre Vorläufer der heutigen Zustimmung des "Ordine Nuovo" zur Taktik und zur allgemeinen Linie der Internationale war Genosse Tasca, der die Opposition gegen die Linke auf dem Kongreß von Rom anführte.

Angesichts der Wesenszüge der Gruppe "Ordine Nuovo", ihres Partikularismus und 'Konkretismus', alles in Wirklichkeit Ergebnis der idealistischen und bürgerlichen Ideologie, und angesichts der Tatsache, daß die Führungsmethode der Internationale oberflächlichen und unvollständigen Zustimmungen freie Hand läßt, muß man zur Überzeugung gelangen, daß die theoretische Zustimmung der Ordinovisten zum Leninismus trotz der lautstarken Orthodoxie-Erklärungen nicht viel mehr Wert ist als ihre damalige Zustimmung zu den Thesen von Rom - und das ist von entscheidender Wichtigkeit für die sich wirklich vorbereitenden politischen Entwicklungen.

6. Die politische Tätigkeit der heutigen Parteizentrale

Von 1923 bis heute hat die Tätigkeit der Parteizentrale - selbst wenn man sich die schwierige Situation vor Augen hält, in der sie sich abspielen mußte - zu Fehlern geführt, die sich im wesentlichen an diejenigen anknüpfen, auf die wir bezüglich der internationalen Frage hingewiesen haben; zum Teil verschlimmerten sich diese Fehler jedoch wesentlich, gerade aufgrund der angeborenen Abweichungen der ordinovistischen Konstruktion.

Die Teilnahme an den Wahlen von 1924 war eine äußerst glückliche politische Entscheidung; das gleiche kann man jedoch nicht von dem zuerst den sozialistischen Parteien gemachten Vorschlag der gemeinsamen Aktion sagen, und noch weniger von seiner darauffolgenden Verschleierung unter dem Etikett "proletarische Einheit"; ebenso bedauerndswert war die übermäßige Toleranz gegenüber gewissen Wahlmanövern der "Terzini" (13). Noch schwierigere Probleme entstanden bei der Krise infolge der Ermordung Matteottis.

Die Politik der Zentrale gründete auf der absurden Annahme, daß die Schwächung des Faschismus zuerst die Mittelklassen und erst hinterher das Proletariat in Bewegung gesetzt hätte. Das bedeutet einerseits Mangel an Vertrauen in die Fähigkeiten des Proletariats, welche dennoch unter dem erstickenden Unterdrückungsapparat des Faschismus wach geblieben waren, andererseits eine Überschätzung des Initiativvermögens der Mittelklassen. Abgesehen von der Eindeutigkeit der diesbezüglichen theoretischen Position des Marxismus erbringt die zentrale Lehre der italienischen Erfahrung gerade den Beweis, daß die Mittelstände sich verschließen lassen und sich passiv dem Stärkeren anschließen: 1919 - 20 dem Proletariat; 1921 - 22 - 23 dem Faschismus; nach einer Periode geräuschvoller und beträchtlicher Aufregung in den Jahren 1924 - 25, heute wieder dem Faschismus.

Die Zentrale beging einen Fehler, indem sie das Parlament verließ und an den ersten Versammlungen des "Aventin" (14) teilnahm. Sie hätte dagegen im Parlament bleiben müssen, mit einer politischen Erklärung die Regierung angreifen und sofort gegen die verfassungshörigen und moralischen Voraussetzungen des "Aventin", der für den

Ausgang der Krise zugunsten des Faschismus effektiv ausschlaggebend war, stellungnehmen müssen. Es ist nicht auszuschließen, daß es für die Kommunisten vorteilhaft hätte sein können, das Parlament zu verlassen, jedoch mit eigener Physiognomie und nur, wenn es die Lage erlaubt hätte, die Massen zur direkten Aktion aufzurufen. Es war einer dieser Augenblicke, in denen sich die weitere Entwicklung entscheidet; der Fehler war folglich grundlegend und für die Beurteilung der Fähigkeit einer Führungsgruppe maßgebend; ihm ist zu verdanken, daß sich die Arbeiterklasse zuerst die Schwächung des Faschismus und dann das aufseherregende Scheitern des "Aventin" kaum nutzbar machen konnte.

Wohlthuend waren 1924 der Wiedereintritt in das Parlament und die Erklärung von Repossi, wie die Zustimmungswelle des Proletariats bewies; es war aber zu spät. Die Zentrale schwankte lange hin und her und entschied sich nur unter dem Druck der Partei und der Linke. Die Vorbereitung der Partei fand auf der Grundlage farbloser Anweisungen und einer geradezu unglaublich falschen Lageeinschätzung statt (Bericht Gramscis vor dem Zentralkomitee, August 1924). Die Vorbereitung der Massen wurde nicht auf die Aussicht des Scheiterns sondern eines Sieges des "Aventin" ausgerichtet. Sie wurde in jeder Hinsicht dadurch noch verschlechtert, daß die Partei den anderen Oppositionsparteien den Vorschlag machte, ein Gegenparlament zu bilden. Diese Taktik entfernte sich überhaupt von den Beschlüssen der Internationale, die nie Vorschläge an rein bürgerliche Parteien in Betracht gezogen haben; außerdem war es ein Vorschlag, der von dem Boden der kommunistischen Prinzipien und Politik sowie von der marxistischen Geschichtsauffassung wegführte. In der historischen Perspektive unseres Programms gibt es nur eine einzige Grundlage für einen Gegenstaat: Die Organe der ausschließlichen Vertretung der Arbeiterklasse, die Sowjets. Da hilft kein Erklärungsversuch der Zentrale über die ursprünglichen Zwecke und Absichten ihres Vorschlags: Abgesehen davon, daß solche Erklärungen auf jeden Fall äußerst geringen Widerhall gefunden hätten, bleibt die Tatsache, daß die Zentrale den Massen die Illusion eines parlamentarischen Gegenstaates, der sich dem traditionellen Staatsapparat entgegenstellt und ihn bekämpft, gegeben hat.

Die Losung des Gegenparlaments, die sich im ganzen Land auf die Arbeiter- und Bauernkomitees stützte, bedeutete soviel wie die ganze Führung des Proletariats in die Hände von Spitzenfiguren kapitalistischer Gesellschaftsgruppen wie Amendola, Agnelli, Albertini usw. zu legen.

Abgesehen von der Gewißheit, daß eine solche Situation - die man nur mit dem Ausdruck Verrat bezeichnen könnte - in der Praxis nicht eintreten würde, genügt schon die Tatsache, daß sie als Perspektive eines kommunistischen Vorschlags ausgegeben wurde, um einen Bruch der Prinzipien und eine Schwächung der proletarischen Vorbereitung festzustellen.

Die Einzelheiten der Tätigkeit der Zentrale geben Anlaß zu weiteren Kritiken. Allzu häufig wiederholten sich Losungen, die - von einer Verwirklichung ganz zu schweigen - nicht einmal einer ernsthaften, außerhalb des Parteiapparates

sichtbaren Agitation entsprachen. Die zentrale Losung der Arbeiter- und Bauernkomitees mit ihren sich widersprechenden und verdrehten Erklärungen wurde weder verstanden noch befolgt.

7. Gewerkschaftliche Tätigkeit der Partei

Ein weiterer schwerwiegender Fehler wurde beim Metallarbeiterstreik im März 1925 begangen. Die Zentrale begriff nicht, daß die Enttäuschung des Proletariats über den "Aventin" ein allgemeines Aufleben der Klassenaktion in Form einer Streikwelle voraussehen ließ. Hätte die Zentrale das verstanden, wäre es möglich gewesen, die FIOM (15) - die man bereits dazu mitgerissen hatte, in den von den Faschisten begonnenen Streik einzugreifen - entschieden weiter zu stoßen bis zum nationalen Streik, und zwar durch Bildung eines Metallarbeiter-Agitationskomitees auf der Grundlage der lokalen Organisationen, die überall im Land geschlossen zum Streik bereit waren.

Die gewerkschaftliche Linie der Zentrale entsprach nicht klar der Losung der gewerkschaftlichen Einheit im Italienischen Gewerkschaftsbund; trotz seiner organisatorischen Auflösung hätte man dieser Losung treu bleiben müssen. Was die Aktion in den Betrieben anbelangt, litten die gewerkschaftlichen Weisungen der Partei unter ordinovistischen Fehlern. Man hat in den Betrieben nicht nur vielfältige und widersprüchliche Organe gebildet oder vorgeschlagen, sondern oft Losungen gegeben, die die Gewerkschaft und ihre Notwendigkeit als Organisation des proletarischen Kampfes herabsetzten.

Das ursprüngliche Abkommen in der FIAT in Turin war eine Folge dieses Fehlers, der auch zu der verschwommenen Richtlinie bei den Betriebswahlen führte: Hier hat man die Frage, ob die Taktik der Klassenlisten oder der Parteilisten einzuschlagen sei falsch, d.h. nicht auf der Ebene der Gewerkschaften gestellt.

8. Tätigkeit der Partei in den Agrar- und Nationalfragen

Gerechtfertigt war in der Agrarfrage die Parole der Bildung von Bauernverteidigungsvereinen; diese wurde jedoch viel zu sehr mit einer ausschließlich von oben und mittels eines Parteibüros durchzuführenden Arbeit verwechselt.

Trotz der schwierigen Lage muß man hier auf die Gefahr einer bürokratischen Auffassung unserer Aufgaben hinweisen, was auch für die restliche Tätigkeit der Partei gilt.

Die richtigen Beziehungen zwischen Bauernvereinen und Arbeitergewerkschaften müssen klar festgelegt werden in dem Sinne, daß die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter einen Verband bilden, der sich dem Gewerkschaftsbund anschließt, während zwischen diesem und dem Bauernverteidigungsverein ein enges Bündnis auf zentraler und lokaler Ebene bestehen muß.

In der Agrarfrage muß eine regionalistische oder auf Süditalien gemünzte Auffassung vermieden werden; einige Tendenzen in dieser Richtung sind nämlich bereits aufgetreten. Das gleiche gilt auch für die Frage der von einigen neuen Parteien geforderten regionalen Autonomie. Diese Parteien sind offen als reaktionär zu bekämpfen,

anstatt mit ihnen trügerische Verhandlungen in die Wege zu leiten.

Ungünstige Resultate hat die Taktik ergeben, ein Bündnis mit dem linken Flügel der Volkspartei (Miglioli) und mit der Bauernpartei zu sichern (16).

Hier hat man erneut Politikern, die jeder Klassentradition fernstehen, Konzessionen gemacht, ohne die erwünschte Verschiebung der Massen zu erreichen; man hat dabei Teile der Parteiorganisation oft verwirrt. Falsch ist auch die Überschätzung des Manövers unter den Bauern zwecks einer hypothetischen politischen Kampagne gegen den Einfluß des Vatikans; das Problem stellt sich zweifellos, diese ist aber nicht die geeignete Lösung.

9. Organisatorische Arbeit der Zentrale

Die Arbeit der Neuorganisation der Partei nach der faschistischen Offensive war ohne Zweifel reich an guten Resultaten. Die Organisationsarbeit behielt jedoch zusehr einen technischen Charakter und beruhte fast ausschließlich auf dem Eingriff des zentralen Apparats. Stattdessen hätte man die Zentralisierung durch klare und einheitliche Statutennormen sichern sollen, die auf jeden Genossen oder auf jedes lokale Komitee anwendbar wären. Man wäre weiter gekommen, wenn man den Basisorganisationen vor allem in den günstigeren Situationen dieser Periode erlaubt hätte, zur Wählbarkeit ihrer eigenen Komitees zurückzukehren.

Die Ergebnisse des "Rekrutierungsmonats" und die Vorteile einer solchen Initiative wurden überschätzt. (17) Das zahlenmäßige Anwachsen der Partei und der darauffolgende Rückgang sowie die Leichtfertigkeit, mit der viele Elemente, die während der Matteotti-Krise ebenso leichtfertig gekommen waren, sich heute wieder entfernen, beweisen nur, wie solche Entwicklungen vom Wandel der Situationen abhängen und nicht von der angeblich wohltuenden Wirkung einer Änderung der allgemeinen Orientierung.

Bezüglich der Zellenorganisation mußte die Zentrale sich natürlich an die allgemeinen Anweisungen der Komintern halten, über die andernorts die Rede war. Das Ganze wurde aber ungleichmäßig, diskontinuierlich und mit vielen Widersprüchen in die Praxis umgesetzt; erst auf wiederholten Druck der Basis erreichte man eine gewisse Ordnung.

Es wäre wünschenswert, die interregionalen Sekretäre durch ein Inspektorenkorps zu ersetzen. Dieses sollte eine direkte, nicht so sehr technische als vielmehr politische Verbindung zwischen der Zentrale und den traditionellen Basisorganisationen der Partei, den provinziellen Verbänden, herstellen. Die Hauptaufgabe der Inspektoren müßte vor allem darin bestehen, aktiv einzugreifen, wo es nötig ist, die Kernorganisation der Partei wieder aufzubauen, um sie dann zu überwachen und zu unterstützen, bis ein normales Funktionieren wieder von alleine gewährleistet wird.

10. Das Handeln der Zentrale in der Frage des Fraktionismus

Die Kampagne, die in der Vorbereitung dieses

Kongresses gipfelte, hatte nicht den Charakter einer Propagandaarbeit, zielte nicht auf eine Verarbeitung der Richtlinien der Internationale in der ganzen Partei ab, um auf diesem Wege einen echten und nutzbringenden Fortschritt in der Bildung des kollektiven Bewußtseins herbeizuführen. Im Gegenteil, sie wurde nach dem V. Weltkongreß vorsätzlich als eine Agitation konzipiert, um kurzen Prozeß zu machen und mit dem geringsten Aufwand zu erreichen, daß die Genossen auf ihre Zustimmung zu den Absichten der Linke verzichten. Ob eine solche Methode die Schlagkraft der Partei gegenüber ihren äußeren Feinden erhöht oder vermindert, wurde nicht gefragt; es ging im Gegenteil lediglich darum, um welchen Preis auch immer jenen parteiinternen Zweck zu erreichen.

Die Kritik an der Illusion, Fraktionsbildungen mit der Methode der autoritären Repression zu bekämpfen, wurde an anderer Stelle historisch und theoretisch begründet. Im Fall Italiens hatte der V. Weltkongreß die Aufforderung der Linke angenommen, auf einen Zwang von oben zu verzichten. Der Kongreß hatte auch die Verpflichtung der Linke zur Kenntnis genommen, keine Oppositionstätigkeit zu entfalten und an der gesamten Parteiarbeit, nicht jedoch an dieser politischen Leitung teilzunehmen. Dieses Übereinkommen wurde von der Zentrale gebrochen, die einen Feldzug nicht auf der Grundlage einer ideologischen und taktischen Plattform entfesselte und auf den Provinzkongressen mit verzerrt dargestellten Beschuldigungen des Disziplinbruchs gegen einzelne Genossen auftrat.

Als dieser Kongreß einberufen wurde, bildete sich der Verständigungsausschuß (19). Es war ein spontaner Versuch, die Reaktionen von Einzelnen oder Gruppen, die zu einer Zersetzung führen könnten, zu vermeiden und die Aktion aller Genossen der Linke nach einer gemeinsamen und verantwortlichen Linie zu lenken - unter strikter Beachtung der Disziplin und bei Sicherung der Stimmrechte aller Genossen. Die Zentrale hat die Gelegenheit nicht verpaßt, diesen Punkt in ihren Agitationsplan aufzunehmen: Sie stellte die Linke unter dem Licht des Fraktionismus und der Parteispalterei hin und untersagte ihr solange jede Verteidigung, bis man durch Druck von oben erreicht hatte, daß die Stimmen der Provinzausschüsse gegen die Linke ausgesprochen wurden.

Doch die fraktionistische Umbesetzung des Parteiapparates und der lokalen Ämter, durch die Art und Weise, wie die Diskussionsbeiträge vorgebracht wurden und durch das Verbot einer Teilnahme der Vertreter der Linke an den Provinzkongressen breitete sich der Agitationsplan aus, um schließlich in dem unerhörten Wahlverfahren zu gipfeln, wo die Stimmen der Abwesenden automatisch den Thesen der Zentrale zugeschrieben werden.

Mehrheits-
Welche Ergebnisse ein solches Handeln bewerkstelligen mag: Das theoretische Bewußtsein der Partei und ihr Ansehen bei den Massen hat es nicht gefördert sondern ernsthaft lädiert. Wenn noch schlimmere Folgen vermieden wurden, so hat man daß der Mäßigung der Genossen der Linken zu verdanken, die diese Kanonade ertrugen, allerdings nicht weil sie sie auch nur im geringsten für gerechtfertigt hielten, sondern nur weil ihnen das Geschick der Partei am Herzen liegt.

11. Entwurf eines Arbeitsprogramms der Partei

In den vorliegenden Punkten sind die Voraussetzungen enthalten, aus denen der Linken zufolge die allgemeinen und die besonderen Aufgaben der Partei hervorgehen müßten. Es ist je doch grundsätzlich klar, daß dieses Problem nur aufgrund von internationalen Beschlüssen angegangen werden kann. Was die Linke tun kann, ist also die Grundrisse eines Aktionsprogramms zu entwerfen, das der Internationale für die Erfüllung der Aufgaben ihrer italienischen Sektion vorzuschlagen ist.

Die Partei muß das Proletariat auf die Wiederaufnahme der Klassenaktion und des Kampfes gegen den Faschismus vorbereiten. Dafür muß sie sich auf die schwerwiegenden Erfahrungen, die das Proletariat in der letzten Zeit durchgemacht hat, stützen; sie muß es gleichzeitig darauf vorbereiten, sich über die Wandlungen der bürgerlichen Politik keine Illusionen zu machen; sie muß seine Illusionen über die Möglichkeit einer Hilfe seitens der städtischen Mittelklassen zerstören und die Erfahrungen der liberal-demokratischen Periode nutzen, um eine Wiederkehr der pazifistischen Illusionen zu vermeiden.

Die Partei darf den Parteien der antifaschistischen Opposition keine Vorschläge für gemeinsame Aktionen machen; sie darf auch keine Politik der "Linksverschiebung" der Opposition als Ganzes oder der "Linksverschiebung" einzelner, sogenannter linker Parteien verfolgen.

Um die Massen um ihr Programm zu mobilisieren, wird die Partei sich eine Taktik der Einheitsfront von unten zum Ziel setzen, wobei sie die wirtschaftliche Lage aufmerksam verfolgen muß, um die unmittelbaren Forderungen zu stellen. Die Partei wird es vermeiden, die Machtübernahme seitens einer Regierung, die die Bürgerrechte garantiert, als zentrale politische Forderung zu stellen; nicht die "Freiheit für alle" wird sie als Ziel einer proletarischen Aktion stellen, sondern solche Forderungen, aus denen mit absoluter Klarheit hervorgeht, daß Freiheit für die Arbeiter nur Verletzung der Freiheit der Ausbeuter und Bourgeois heißen kann.

Die Klassengewerkschaften und die anderen Massenorganisationen des Proletariats sind heute ausgeblutet. Angesichts dieses ernsten Problems wird die Partei in erster Linie die Losung der Verteidigung und der Notwendigkeit der Wiedergeburt der traditionellen Gewerkschaften propagieren. In der Betriebsarbeit muß man vermeiden, Organisationen, die im Widerspruch zur Losung des Wiederaufbaus der Gewerkschaften geraten könnten, ins Leben zu rufen. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage muß sich die Partei dafür einsetzen, daß die Gewerkschaften in den "gewerkschaftlichen Betriebssektionen" funktionieren. Als Vertreter einer starken gewerkschaftlichen Tradition sind diese die geeignete Organisation für die Führung der Verteidigungskämpfe der Arbeiterklasse, die gerade in den Betrieben möglich sind. Man wird versuchen, die illegalen "Betriebsausschüsse" (20) durch die gewerkschaftliche Betriebssektion wählen zu lassen, um - sobald sich die Möglichkeit ergibt - wieder zu "Betriebsaus-

schüssen" zu kommen, die von der Masse der Belegschaft gewählt werden.

Was die Organisation auf dem Lande anbelangt, gilt, was wir bezüglich der Agrarfrage bereits sagten.

Sofern alle Organisationsmöglichkeiten der proletarischen Gruppen weitgehendst ausgeschöpft wurden, soll man von der Parole der Arbeiter- und Bauernkomitees unter Beachtung folgender Kriterien Gebrauch machen:

a) Die Losung zur Bildung von "Arbeiter- und Bauernkomitees" darf nicht zufällig und in unregelmäßigen Abständen gegeben werden. Man muß sie im Gegenteil mit einer energischen Kampagne durchsetzen, wenn die Situation an einen Wendepunkt gelangt, der den Massen die Notwendigkeit einer neuen Organisation offensichtlich macht, der die Massen erkennen läßt, daß diese Losung keine bloße Organisationsrichtlinie sondern eine Aktionsparole des Proletariats ist.

b) Der Kern dieses Komitees soll nicht aus einer Einladung an politische Delegierte entstehen, sondern aus Vertretern der den Massen traditionell bekannten Organisationen wie der Gewerkschaften und dgl., selbst wenn diese Organisationen von der Reaktion verstümmelt wurden.

c) Man kann daraufhin die Losung der Wählbarkeit der Komitees geben: In der ersten Zeit muß jedoch klar sein, daß sie nicht die Sowjets, d.h. die Regierungsorgane des Proletariats sind, sondern Ausdruck eines lokalen und nationalen Bündnisses aller Ausgebeuteten zur gemeinsamen Verteidigung.

Was die Beziehungen zu den faschistischen Gewerkschaften anbelangt, zumal heute, wo sie nicht einmal formal als freiwillige Massenvereinigungen erscheinen, sondern wahrhaft offizielle Organe des Bündnisses zwischen Unternehmertum und Faschismus sind, so ist die Losung ihrer Unterwanderung zu Zersetzungszwecken im allgemeinen abzulehnen. Die Losung "Wiederaufbau der roten Gewerkschaften" muß von der Kampfparole gegen die faschistischen Gewerkschaften begleitet werden.

Auf die organisatorischen Maßnahmen, die parteiintern zu ergreifen sind, wurde zum Teil bereits hingewiesen. Im Hinblick auf die gegenwärtige Lage müssen sie Voraussetzungen erfüllen, die in einem anderen Rahmen zu besprechen sind (geheim). Auf jeden Fall ist es dringend notwendig, sie in übersichtlichen Statuten, die für alle verbindlich sind, niederzulegen, da man vermeiden muß, daß der gesunde Zentralismus mit dem blinden Gehorsam gegenüber willkürlichen und uneinheitlichen Verfügungen verwechselt wird, würde ja die effektive Kompaktheit der Partei sonst in Gefahr gebracht.

12. Aussichten der inneren Parteilage

Die innere politische und organisatorische Lage unserer Partei kann auf nationaler Ebene keine endgültige Lösung finden; sie hängt im Gegenteil von der Entwicklung der inneren Lage und der Politik der gesamten Internationale ab. Die nationalen und internationalen Führer begehen einen schweren Fehler und machen sich eines wahren Verbrechens schuldig, wenn sie der Linken gegenüber die unsinnige Methode weiterhin anwenden, Druck von oben auszuüben und die komplexen Fragen der

Theorie und der Parteipolitik als Fälle persönlichen Verhaltens ihrer Militanten abzutun.

Die Linke hält an ihren Ansichten fest. Allen Genossen, die nicht beabsichtigen, auf diese Ansichten zu verzichten, soll man daher erlauben, in einer von Kuhhandel und gegenseitigen Drohungen freien Atmosphäre die aufrichtige Verpflichtung anzubieten, die Anweisungen der Parteiorgane auszuführen und auf jede Oppositionsarbeit zu verzichten, ohne jedoch deren Mitwirkung an der Parteizentrale zu verlangen. Selbstverständlich entspricht dieser Vorschlag nicht einer abstrakt perfekten Lage; es wäre jedoch gefährlich, der Partei die Illusion zu geben, die Mißstände der inneren Lage könnten ganz einfach durch mechanische Organisationsmaßnahmen und durch persönliche Positionen abgeschafft werden. Wer so handeln sollte, würde sich eines schweren Attentats auf die Partei schuldig machen.

Nur wenn man das Problem vor dieser kleinlichen Einstellung losreißt und in seiner ganzen Breite vor die Partei und vor die Internationale bringt, wird man wirklich den Zweck erreichen, zu vermeiden, daß das Parteimilieu vergiftet wird; nur so wird man der Partei bei der Überwindung all der Schwierigkeiten helfen, mit denen sie heute zu kämpfen hat.

Anmerkungen:

(1) In der Originalausgabe des "Thesenentwurfs der Linken für den 3. Kongreß der KP Italiens", genannt "Thesen von Lyon", wird in einem kurzen Vorwort darauf hingewiesen, daß man in einem Dokument dieses Charakters schon aus Gründen der laufenden Polemik gewisse Punkte mit besonderer Ausführlichkeit behandeln muß, während andere ebenso wichtige Punkte oft nur gestreift werden können. In diesem Vorwort wurden daher die damals bekannten, wenn nicht immer greifbaren Texte aufgezählt, die der Leser hinzuziehen müßte, um ein abgerundetes Bild der Positionen der Linken zu gewinnen. Wir wiederholen hier die Aufzählung mit aktuellen Quellenangaben: Thesen von Rom, Thesenentwurf für den IV. Kongreß der Komintern (beide in "Kommunistisches Programm" Nr. 13, Januar 77), Programma di azione del Partito Comunista Italiano presentato al IV Congresso dell'Internazionale Comunista (Iskra Edizioni, Mailand 1976, französisch in "Programme Comuniste" Nr. 67), Mozione e tesi approvate dalla conferenza del PCI del maggio 1924, Thesen über die Taktik der Kommunistischen Internationale, vorgelegt auf dem V. Weltkongreß (Bulletin des V. Weltkongresses, Nr. 20, 8. 7. 1924).

(2) In den Monaten, die dem Oktober 1923 folgten, vor allem aber auf der erweiterten Exekutive der Komintern vom 8. - 12. Januar 1924 wurde die Verantwortung für das deutsche Desaster den Unzulänglichkeiten, Fehlern und Schwächen der rechten Parteiführung (Brandler usw.) zugeschoben. Die Führung konnte leicht antworten, daß sie, abgesehen von einigen Detailfehlern, nichts anderes getan hatte, als die Richtlinien der Komintern, die ihrerseits den Ergebnissen des IV. Kongresses entsprachen, anzuwenden. In einer Fortsetzung der Tradition, die Flügelkämpfe vor allem innerhalb der deutschen Partei mit orga-

nisatorischen Schlichtungsmaßnahmen vom Tisch zu fegen, hat die Internationale versucht, die Einheit der KPD durch eine Verurteilung der "Schuldigen" und eine Neubildung der Parteiführung zu retten, wobei die alte Führung als Minderheit in der Zentrale verblieb. Die neue "linke" Führung (Ruth Fischer usw.) wurde ein Jahr später für noch schlechter als die vorhergehende erklärt.

(3) Zu diesem ganzen Komplex siehe auch die "Thesen von Rom" und "Die Taktik der Internationale" nebst Einleitung in Bulletin Nr. 13.

(4) Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen Ende 1924 entsprachen nicht den Erwartungen der KPD. Die "linke" Führung bedauerte daher später in einer öffentlichen Erklärung, dem Rat der Komintern nicht gefolgt zu sein, d.h. es versäumt zu haben, die deutsche Arbeiterklasse um einen gegen die Reaktion kämpfenden republikanischen Kandidaten zu vereinigen bzw. auf der Grundlage eines republikanischen Minimalprogramms einen Block mit den echten Vertretern der Republik zu bilden. So gelangte man faktisch zu einer Auffassung von der "Arbeiterregierung" als parlamentarisches Zusammengehen selbst mit offen bürgerlichen Parteien, um die von Hindenburg verkörperte "monarchistische" Gefahr zu bannen.

(5) Zur Parlamentarismusdebatte auf dem 11. Kongreß der Komintern bzw. im allgemeinen zur Frage des revolutionären Parlamentarismus und des Wahlboykottismus siehe Bulletin Nr. 7/8 bzw. 12.

(6) Die "Thesen von Lyon" enthalten zwar alle Elemente für eine eingehende Kritik der KPD, diese Kritik kann aber verständlicherweise nicht hier geleistet werden, nicht einmal was die "national-bolschewistischen" Monate des Jahres 1923 angeht. Diesbezüglich sind aber einige kurze Hinweise nützlich, um die Unterscheidung zwischen einer vorgegebenen und prinzipiell begründeten taktischen Linie, wie die italienische Linke sie forderte, und der aus der Situation heraus bestimmten taktischen Linie zu illustrieren. In Anbetracht der aggressiven Politik des französischen Imperialismus, um den im Krieg besiegten deutschen Imperialismus in die Knie und zu den Reparationszahlungen zu zwingen, eine Politik, die in der Ruhrbesetzung 1923 gipfelte, konnten die Faschisten bemerkenswerte Erfolge innerhalb der Kleinbourgeoisie erzielen. Hierzu die KPD: *"Die nationalistische Propaganda des Faschismus hat die deutsche Partei gezwungen, ihrerseits die Methoden ihrer Propaganda zu überprüfen. Es stellte sich dabei heraus, daß in unserer Agitation ein leerer Fleck war. Die Besetzung des Ruhrgebiets zwang die Partei schließlich in der nationalen Frage zur eindeutigen Stellungnahme vor der gesamten Arbeiterklasse. Durch den Ruhrkampf wurde von der deutschen Partei die nationale Frage vor den übrigen Parteien gestellt."* Und: *Der POLITISCHE Kampf gegen den Faschismus ist ohne die stärkste Hervorkehrung des nationalistischen Moments in unserer Propaganda unwirksam."*

Die illusionäre Absicht der nationalistischen Wende, die sich in Opposition an der Parteibasis vollzog, war, die Kleinbourgeoisie zu gewinnen und durch Konzessionen an ihre chauvinistische Ideologie dem Einfluß der Bourgeoisie und des Faschismus zu entreißen: *"Die Ausnutzung des*

Widerspruchs zwischen der nationalen Phraseologie und der tatsächlichen landesverräterischen Rolle der Bourgeoisie ist der stärkste und der lebendigste Teil unserer Propaganda in den Mittelschichten." Dementsprechend wird die Arbeiterklasse zur nationalen Klasse degradiert, von der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse (und man bedenke: Die Arbeiterklasse eines der entwickeltesten kapitalistischen Länder) als "Befreierin und Führerin der Nation" ist die Rede. Kein Wunder, daß der Autor des hier zitierten Artikels aus der "Internationale" vom 1. 8. 1923, Paul Böttcher, einer der entschiedensten und arrogantesten Kritiker der "Thesen von Rom" war.

Der nationalistische Kurs wurde von der Internationale auf der erweiterten Exekutive vom Juni 23 sanktioniert (der zitierte Artikel ist übrigens ein Bericht über diese Tagung), auf der Deutschland mit dem Maßstab einer Kolonie betrachtet wurde und Radek die ominös-bekannte Schlageter-Rede (nach dem Freikorpsführer Schlageter, der während der Ruhrbesetzung vom französischen Militär getötet und daraufhin von den Faschisten als Nationalheld gefeiert wurde) hielt, in der der deutsche Nationalismus als nationale Bewegung von großer revolutionärer Bedeutung dargestellt wird. Nach der Richtschnur dieser Rede sollte die KPD gemeinsame Veranstaltungen mit der NSDAP halten, wo sich Redner beider Parteien einen Wettkampf um die Gunst des chauvinistischen Kleinbürgers gegen Poincaré, die Versailler Verträge und die Regierung der nationalen Schande und des Volksverrats lieferten.

Wegen der Verfolgungen und Verhaftungen in Italien konnte die Linke sich zu dieser verheerenden Entwicklung nicht sofort äußern. Am Vorabend des V. Weltkongresses (1924) wird sie auf diese Frage zurückkommen, um sie in einen Zusammenhang mit der ganzen Methode der Komintern zu stellen: *"Wir bestreiten, daß sie (die Thesen des 11. Weltkongresses über die Kolonial- und Nationalitätenfrage) als Rechtfertigung für die Annäherung der kommunistischen Bewegung und der nationalen und patriotischen Bewegung in Deutschland erhalten können. Der Druck, den die Entente-Mächte auf Deutschland ausüben, hat auch in seinen krassen und zwangartigen Formen der letzten Zeit nicht den Charakter eines Faktors, der uns dazu verleiten könnte, Deutschland mit dem Maßstab eines kleinen, kapitalistisch rückständigen Landes zu betrachten. Deutschland bleibt nach wie vor ein großes Land, das vom kapitalistischen Standpunkt außerordentlich ausgerüstet ist und dessen Proletariat sozial und politisch mehr als entwickelt ist. (...) Die Aufgaben des großen deutschen Proletariats werden schrecklich herabgesetzt, wenn man sie auf eine Aufgabe der nationalen Befreiung zurückstufte. Wir erwarten im Gegenteil von diesem Proletariat und von seiner revolutionären Partei, daß sie zum Sieg gelangen: nicht FÜR SICH SELBST, sondern um die Existenz und die ökonomische Entwicklung Sowjetrußlands zu retten und die mächtige Flut der Weltrevolution auf die kapitalistischen Festungen des Westens zu leiten (...) Wir haben hier ein Beispiel dafür, WIE DAS VERGESSEN DER PRINZIPIEN, DIE DIE POLITISCHEN LÖSUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG BEGRÜNDEN, DAZU FÜHREN KANN, DIESE LÖSUNGEN DORT ANZUWENDEN, WO DIE VORAUSSETZUNGEN, FÜR DIE SIE GESCHAFFEN WURDEN, FEHLEN, UND DIES IMMER UNTER DEM VORWAND, DASS DIE KOMPLIZIERTESTEN*

KUNSTMITTEL IMMER MIT NUTZEN VERWENDET WERDEN KÖNNEN." (A. Bordiga, Der Kommunismus und die nationale Frage, in Prometeo Nr. 4, 15.4.24).

(7) Die erste Auseinandersetzung, die hier erwähnt wird, wurde durch zwei Briefe Trotzki's an das Zentralkomitee, der eine vom 8. 10. 23, der andere (genannt "Der neue Kurs") vom 8. 12., ausgelöst. Diese Briefe wurden erst am 28. und 29. Dezember 23 in der Prawda veröffentlicht. Nachdem er im Gegensatz zu der an ihn gerichteten ausdrücklichen Aufforderung des vom zweiten Schlaganfall gehinderten Lenin darauf verzichtete, auf dem 12. Kongreß der russischen KP (April 1923) die brennenden Fragen zu behandeln, ging Trotzki in diesen zwei Briefen zunächst auf die erste Wirtschaftskrise der UdSSR ein (alarmierende Arbeitslosigkeit, Steigerung der Industriepreise bei Stagnation der Agrarpreise bzw. Lähmung des Austausches zwischen Stadt und Land) und dann auf das in der Partei herrschende Regime der Unterdrückung und Verfolgung der Oppositionellen, das verheerende Ausmaße angenommen hatte.

Die zweite Auseinandersetzung spielte sich vor dem Hintergrund des deutschen Desasters von 1923 ab. Die Führung der Internationale hatte die Verantwortung abgelehnt und der Führung der KPD zugeschoben, welche jedoch immer in Verbindung zur Exekutive der Komintern gehandelt hatte (oder besser: sich geweigert hatte, zu handeln). Die Auseinandersetzung wurde ausgelöst durch die Veröffentlichung (Oktober 1924) der "Lehren des Oktobers", die Trotzki als Vorwort zu dem 3. Band seines "1917" verfaßt hatte. Trotzki ging darin von den Lehren der russischen Revolution aus, um die Bedingungen zu untersuchen, die die Parteiorganisation erfüllen muß, um in den Phasen, in denen die historische Entwicklung die Machteroberung und den Aufstand auf die Tagesordnung setzt, auf der Höhe ihrer historischen Aufgabe zu sein. Die Führung antwortete darauf mit einer schändlichen Kampagne gegen den "Trotzkismus" und griff zu diesem Zweck systematisch und einseitig auf alle vergangenen Auseinandersetzungen zwischen Lenin und Trotzki zurück. Das war das Vorspiel der blutigen Verfolgung der internationalistischen Opposition in Rußland und des Triumpfes der stalinistischen These des "Sozialismus in einem Land", was sich 1926 ereignete.

Wie die "Thesen von Lyon" hier erwähnen, muß man darauf hinweisen, daß bereits während des V. Weltkongresses (1924) und wieder im folgenden Jahr, die sogenannte trotzkistische Opposition sich dem stalinistischen Diktat beugte, dem zufolge die Frage in der ausschließlichen Kompetenzsphäre der russischen KP lag, und akzeptierte, sich nicht an die Internationale zu wenden. Dasselbe tat auch die "neue Opposition" um Sinowjew-Kamenev, nachdem sie auf dem 14. Kongreß der russischen KP einen harten Kampf gegen die Theorie des "Sozialismus in einem Land", gegen die "Verschönerung der NEP" und das Unterdrückungs- und Willkürregime in der Partei geführt hatte. Trotzdem verlangte die italienische Linke wieder auf der Erweiterten Exekutive vom Februar/März 1926 (freilich ohne Erfolg), die "russische Frage" - d.h. die Frage der Verhältnisse zwischen dem revolutionären Kampf des Weltproletariats und der Politik des russischen Staates und der KP der Sowjetunion - auf die Tagesordnung eines im nachfolgenden Sommer stattfindenden Weltkongres-

ses zu setzen und diesen Kongreß durch eine vollständige Diskussion des Problems in allen Sektionen der Komintern vorzubereiten.

(8) Wir weisen darauf hin, daß die Linke im Gegensatz zu Trotzki die russische Wirtschaftsordnung nicht als die Bühne eines Kampfes zwischen Kapitalismus und Kommunismus ansah (wobei der Kapitalismus im großen und ganzen mit dem privaten und der Sozialismus mit dem verstaatlichten Bereich zu identifizieren wären). Wie dem Satz *"Was die Produktionszielsetzung betrifft, die sich in den Händen des politisch proletarischen Staates befindet, ist die verstaatlichte Großindustrie sozialistisch"* zu entnehmen ist, betrachtete die Linke in Übereinstimmung mit Lenin die Großindustrie nicht als sozialistisch im ökonomischen Sinn des Wortes, beruhte sie ja seit dem Ende des Bürgerkrieges auf der Lohnarbeit und der Warenproduktion. Man konnte die Großindustrie nur in dem Sinn "sozialistisch" nennen, daß sie die unmittelbaren ökonomischen Ziele einer proletarischen Macht verwirklichte, wobei sich diese Ziele in der damaligen Lage des rückständigen und isolierten Rußlands eigentlich darauf beschränkten, die Volkswirtschaft aus dem Chaos zu heben.

Diese Ausdrücke haben außerdem polemische Bedeutung gegen den "westlichen Marxismus" und die verschiedenen Schattierungen des "Rätekommunismus", die alle den Verbleib der russischen Volkswirtschaft auf der Ebene des Kapitalismus als willkommenen Anlaß ausbeuteten, um die Oktoberrevolution und die Bolschewiki als "bürgerlich" zu verschleiern, als ob das Hinauswachsen der Wirtschafts- und Sozialstruktur in den Sozialismus vom politischen Willen abhinge und nicht vom Vorhandensein der "materiellen Grundlagen des Sozialismus" und mehr noch vom proletarischen Sieg im Westen.

Unter diesen Bedingungen bedeutet die Anwendung von Ausdrücken wie "sozialistische Staatsindustrie" und "sozialistische Elemente" in den "Thesen von Lyon" im Gegensatz zum späten Trotzki und zu den heutigen Trotzkisten keinen groben theoretischen Fehler, sondern lediglich die Anerkennung der proletarischen und sozialistischen Zielsetzung der Bolschewiki und ihrer Macht. Diese Anerkennung hat die Linke ihnen *bis zum Ende* gezollt, d.h. bis zu dem Augenblick, in dem die Partei durch die stalinistische Konterrevolution *vernichtet* wurde, was ja die Linke selbstverständlich nicht daran hindern konnte, den sich in der bolschewistischen Partei und in der Internationale ausbreitenden Opportunismus zu bekämpfen, wie die hiesigen Thesen zeigen. Siehe auch unsere Broschüre: *Revolution und Konterrevolution in Rußland: Warum Rußland nicht sozialistisch ist*.

(9) siehe Bulletin Nr. 7/8 und Nr. 12

(10) Der "Friedenspakt" wurde auf Anregung des Parlamentsvorsitzenden de Nicola zustandegebracht und am 3. August 1921 von folgenden Organisationen unterzeichnet: faschistische Partei, Führung der sozialistischen Partei, sozialistische Parlamentsfraktion, Allgemeiner Gewerkschaftsbund (geführt von den Sozialisten). Ausdruck des demokratischen Kretinismus der Sozialisten (gelinde gesagt), beinhaltete der Friedenspakt die Entwaffnung der Arbeiter gegen-

über den Angriffen des Faschismus und der traditionellen Ordnungskräfte. Er verdient, im Wortlaut zitiert zu werden: "Die hier vertretenen Parteien verpflichten sich, sofort dafür zu wirken, daß die Drohungen, das Faustrecht, die Repressalien, die Strafaktionen, die Racheakte, die Erpressungen, die persönliche Gewaltanwendung jeglicher Art schnellstens aufhören. Die jeweiligen Symbole, Embleme und Insignien werden respektiert. Jede Aktion und jede Haltung, die diese Vereinbarung verletzen, werden schon jetzt von den verschiedenen Delegationen bedauert und verurteilt. Die Sozialistische Partei Italiens erklärt, der Organisation und der Aktion der "Arditi del popolo" (bewaffnete antifaschistische Organisationen, Anm. der IKP) fernzustehen, was übrigens aus dem letzten Kongreß dieser letzteren hervorgeht, auf dem sie sich als jeder Partei fernstehend erklärten".

Die Kommunistische Partei nahm eine besonders klare Position zu diesem Pakt ein und griff ihn energisch an. Gleich bei Ankündigung der Gespräche schickte das Exekutivkomitee der KP folgendes Telegramm an die Führung der sozialistischen Partei: "Um Ihnen den Weg einer willkürlichen Ausnutzung des Namens unserer Partei von vornherein abzuschneiden, teilen wir Ihnen offiziell und direkt mit der Bitte um telegraphische Bestätigung mit, daß wir an keine Zusammenkunft von Parteien zum Zweck der Befriedung oder der Entwaffnung teilnehmen werden. Exekutive der Kommunistischen Partei, den 27. Juli 1921."

Die wichtigsten
(11) Mitglieder der linken Führung der KP Italiens wurden im Februar 1923 verhaftet. Im April ernannte die Internationale eine provisorische Zentrale (Togliatti, Scoccimaro, Gennari, Tasca und Terracini). Auf der erweiterten Exekutive vom Juni wurde der alten Führung, die sich immer noch in Haft befand, vorgeworfen, durch ihr Sektierertum den Zusammenschluß mit den "Terzini" ("Drittinternationalisten"), dem bankrotten maximalistischen Flügel der sozialistischen Partei, der aus Opportunitätsdenken für den Beitritt zur III. Internationale war und sich auf Anheiß der Internationale mit der KPI verschmelzen sollte, vereitelt zu haben. Nach einigen Widerständen vor allem seitens Terracini, aber auch seitens Togliatti, schwenkte die neue Führung unter letzterem geschlossen auf den damaligen Kurs der Internationale, von der sie gerade deswegen unterstützt wurde, weil sie sich dem Zusammenschluß nicht widersetzte. Der Prozeß gegen die inhaftierten früheren Führer, auf dem Bordiga eine bekannte Verteidigungsrede hielt, fand im Oktober statt und endete mit Freispruch. Die alte Zentrale gelangte aber nach Verlassen des Gefängnisses nicht mehr in ihre Funktion zurück. Sie wurde im Gegenteil durch die neue "zentristische" Führung definitiv ersetzt. Nichtsdestotrotz hatte sie noch auf der Konferenz von Como (Mai 1924) die Mehrheit der Partei, die fast einmütig auf den ursprünglichen Positionen beharrte, hinter sich. Dennoch forderte die Linke die Parteiführung nicht zurück; sie erklärte vielmehr - und wiederholte es auf dem V. Weltkongreß, daß diese Möglichkeit von einer entschiedenen und unmißverständlichen Wende in der Politik Moskaus abhinge:

"Sollte die politische Linie der Internationale und der Partei weiterhin im Gegensatz zu der hier gezeichneten Linie oder auch nur UNBESTIMMT

UND UNPRÄZIS, wie sie es bis heute war, bleiben, so ist die Aufgabe, die sich der italienischen Linken aufzwingt, eine Aufgabe der KRITIK UND DER KONTROLLE SOWIE DER ENERGISCHEN UND RUHIGEN ZURÜCKWEISUNG von eklektischen Lösungen, die meistens unter dem demagogischen Deckmantel der so gepriesenen und verkündeten EINHEITSPAROLE mittels Listen von Führungskomitees, verschiedenen Konzessionen und Kompromissen ausgehandelt werden." In völliger Übereinstimmung hiermit lehnte Bordiga auf dem V. Weltkongreß die ihm von Sinowjew angetragene Vize-Präsidentenschaft der Internationale ab sowie jegliche Beteiligung an der Verantwortung der Führung der KP Italiens, die sich ja immer mehr in der von Moskau gewünschten und in Italien von der Rechten um Tasca und Graziadei unterstützten Richtung bewegte.

(12) Die italienische Wortschöpfung "Ordinismo" greift zurück auf den programmatischen Namen der Zeitschrift und der Gruppe, deren wichtigster Vertreter Antonio Gramsci war: "L'Ordine Nuovo" (Der neue Stand). Zu einer Kritik dieser Gruppe siehe auch unsere Broschüre "Die Grundlagen des revolutionären Kommunismus", Seite 79 ff, und vor allem den 2. Band der "Storia della sinistra Comunista", Kapitel 6: Gramsci, "L'Ordine Nuovo" e "Il Soviet" (französisch in "Programme Communiste" Nr. 71 und 72).

(13) für "Terzini" siehe oben Anmerkung 11.

(14) Nach der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Matteotti (August 1925) durch die Faschisten verließen die demokratischen Parteien das Parlament, um sich - wie man damals in Anlehnung an die plebejische Protestdemonstration auf dem Aventin-Hügel im alten Rom sagte - "auf das Aventin" zurückzuziehen.

(15) FIOM = italienische Metallarbeitergewerkschaft.

(16) Die italienische Volkspartei wurde nach dem ersten Weltkrieg gegründet und war zusammen mit der sozialistischen Partei der Sieger der Wahlen von 1919. Sie kann als Vorläufer der heutigen Christdemokraten betrachtet werden. Bevor sie eine selbständige Rolle spielte, war die Bauernpartei ein Flügel der Volkspartei.

(17) Der "Rekrutierungsmonat" (15. 8. - 15. 9. 25) wurde nach dem Muster des bekannten "Leninaufgebots" der russischen Partei, die dem Stalinismus die benötigte Manövermasse geliefert hatte, sofort nach der Ermordung Matteottis ausgerufen. Die Mitgliedschaft der Partei erhöhte sich um 10 000 Elemente, während sie Ende Mai 12 000 Mitglieder (14 000, wenn man die Terzini dazuzählt) hatte.

(18) d.h. auf den vorbereitenden Kongressen für den Parteitag von Lyon.

(19) Um den Kongreß von Lyon vorzubereiten, bildeten die Genossen der Linken einen Verständigungsausschuß. Für die Parteiführung war dies der Anlaß, um unter dem Vorwurf der "Fraktionsbildung" eine Diffamierungskampagne gegen diese Genossen zu eröffnen. Das Präsidium der Internationale deckte das Manöver und erteilte den formellen Befehl, den Verständigungsausschuß

aufzulösen. Die Linke hielt sich aus Disziplin an diesen Befehl und veröffentlichte eine Erklärung, die wir hier auszugsweise wiedergeben: "Nachdem man uns Fraktionismus und Spaltungsversuche vorgeworfen hat, werden wir DURCH DIE AUSFÜHRUNG EINES BEFEHLS, DEN WIR UNGERECHT UND FÜR DIE PARTEI VERHEEREND FINDEN, der Einheit der Partei unsere Meinungen opfern. Wir werden somit beweisen, daß die italienische Linke die vielleicht einzige Strömung darstellt, die DIE DISZIPLIN ALS EINE ERNSTHAFTE SACHE, MIT DER MAN KEINEN SCHACHER TREIBT, betrachtet. Wir bestätigen alle unsere früheren Positionen und alle unsere Handlungen. Wir negieren, daß der Verständigungsausschuß ein Manöver mit dem Ziel der Parteispaltung und der Bildung einer Fraktion in der Partei dargestellt habe und protestieren erneut gegen die Kampagne, die als SKANDALÖSER

BETRUG der Partei - und sogar ohne uns Verteidigungsrecht einzuräumen - auf dieser Grundlage gegen uns geführt wurde. Dennoch, da das Präsidium denkt, daß die Auflösung des VERSTÄNDIGUNGS-AUSSCHUSSES den Fraktionismus entfernen wird, werden wir gehorchen, obwohl wir gegenteiliger Meinung sind. Wir überlassen aber dem Präsidium die volle Verantwortung für die Entwicklung der inneren Parteilage und für die Reaktionen, die durch die Art und Weise, wie die Führung das innere Parteileben leitet, hervorgerufen werden.."

(20) Die inneren Betriebsausschüsse oder Betriebsräte waren Organisationen für den Kampf innerhalb der Betriebe, die von der Gesamtheit der Arbeiter des jeweiligen Betriebs, ob sie gewerkschaftlich organisiert waren oder nicht, gewählt wurden.

o o

DIE INVESTITION DER HABENICHTSE

Nachstehender Artikel erschien 1950 in der Reihe "Auf dem Faden der Zeit" in unserer damaligen italienischen Zeitung "Battaglia Comunista". Wie heute infolge der Wirtschaftskrise, so stand damals infolge der Nachkriegskrise das Thema "Investitionen" auf der Tagesordnung. Wenn man die Politik der heutigen Arbeitervertreter in Italien oder woanders mit der Politik ihrer Vorgänger vergleicht, so springt ins Auge, daß der Opportunismus immer das selbe Spiel spielt und daß für den Marxismus dieses Spiel zu jedem Zeitpunkt und in allen seinen Varianten fasch ist. An der Spitze des "kommunistisch geführten" Gewerkschaftsverbands CGIL steht nicht mehr der im Text mehrmals erwähnte Di Vittorio, sondern Lama; heute spricht man nicht mehr von Amlira (amerikanische Besatzungswährung in Italien), sondern schlicht von Dollar oder D-Mark usw. Die Politik der Gewerkschaften blieb dieselbe: Verteidigung der Investitionen oder Forderung und Förderung einer "durchgreifenden Investitionspolitik", wenn die Kapitalisten selbst noch zögern. Der Artikel zeigt, was der Marxismus unter Investition versteht und was sich hinter den Theorien verbirgt, Investitionen würden zum Wohle der Arbeiterklasse getätigt: nämlich vermehrte kapitalistische Ausbeutung. In einem zweiten Teil wird die Rolle der Arbeitervereinigungen als Kampforganisationen des Proletariats gegen das Kapital erneut hervorgehoben und die Funktion, die die heutigen Gewerkschaften durch jahrzehntelanger opportunistischer Führung erfüllen, angezeigt. 1950, 1977, Italien, England, Deutschland usw.: Möge der Leser anhand dieser kurzen Schrift selber feststellen, wie aktuell und universell der "alte und überholte" Marxismus ist und wie museal die Theorien und Programme, mit denen die Agenten der Bourgeoisie nach wie vor und überall hausieren gehen.

Krise, Elend, Arbeitslosigkeit. Schuld der Regierung, die ein einfaches Rezept zur Verfügung hat und nicht verwenden will: *Die Investitionen*.

Hier liegt die ganze Politik und politische Ökonomie der unerhörten Parteien, die in Italien "die Arbeiterklasse vertreten".

Investiere doch, Raubritterregierung! Aber welche Regierung? Dieselbe, die diese Parteien in der antifaschistischen Orgie und in den Willkommenseksten vor den westlichen Armeen an die Macht gebracht haben. Und warum soll eine solche Regierung nicht investieren wollen? Sehr einfach: Um den besitzenden und monopolistischen Klassen

einen Gefallen zu tun! Und wie kann man diesen Klassen das Mißvergnügen von Investitionen auf breitem Maßstab und einer Steigerung der Produktivität und des nationalen Reichtums bereiten? Noch einfacher: Indem man die Christdemokraten abwählt und die Sozialisten des "Avanti!" und die Kommunisten der "Unità" an die Macht schickt.

Die herrschenden Klassen in Italien und ihre Herren jenseits der Grenzen können wirklich jubeln, wenn sich die politische Vorbereitung des Proletariats zu der niederträchtigen Scheinheiligkeit und zum veralteten Aberglauben, die jene Parteien und Zeitungen verbreiten, entartet

hat. Und bloß losschlagen, wenn einer sich erlaubt zu bezweifeln, daß Arbeiterkampf und Sozialismus nicht in den Richtlinien dieser Leute bestehen: Demokratie! Volk! Einheit! Frieden! Produktion! Investition von Kapital!

GESTERN

Investitionen... Was ist das denn? Hatten wir schon davon gehört in den Zeiten, wo die Parteien noch nicht so groß und mächtig waren, oder handelt es sich um eine exklusive Neuigkeit, wie der Existentialismus und der Samba?

Man investiert, wenn man Geld in Kapital verwandelt. Wer in der rosigen bürgerlichen Welt zu viel Reichtum hat, wer so viel Geld zusammengehäuft hat, daß er nicht dazu kommt, es zu verbrauchen - so groß sein Appetit auch sein mag und so groß seine Fähigkeit, Luxussäugetiere um sich zu sammeln, d.h. gegen Geld jene Arbeitskräfte in seinen Dienst zu stellen, für die es in der Tat überhaupt keine Arbeit oder dann nur in Form dieser käuflichen und oft auch schändlichen persönlichen Dienstleistungen gibt - was macht er dann? Er investiert.

Er kauft Maschinen, kauft einen Betrieb, kauft Rohstoffe, kauft einsetzbare und produktive Arbeitskräfte, verkauft die neuen Produkte, macht neue Profite, bildet ein anderes Kapital, das er in der Folge investieren wird. Damit verläßt er den Höllenkreis der Sünder, um zum Rang der Wohltäter der Gesellschaft und der nationalen Produktion aufzurücken. Wir wußten allerdings nicht, daß er auch ein Diplom des Gewerkschaftsverbandes erhält. In unserer Naivität von anno dazumal konnten wir noch folgendes begreifen: "Bist Du übermäßig reich? Na schön, investiere!" Heute wird in den Wirtschaftshochschulen, deren hoher Rektor Di Vittorio heißt, gelehrt: "Bist Du arm? Verdienst Du nichts? Investiere doch, Du blödes Stück!"

Wir haben schon damit angefangen, Worte von Don Carlos einzuschieben; fahren wir damit fort, aus jenem Kapitel über die Verwandlung von Mehrwert in Kapital Zitate heranzuziehen! Uns war es nicht vergönnt, über die ersten Schulklassen hinauszugehen, Herr Rektor.

"Früher hatten wir zu betrachten, wie der Mehrwert aus dem Kapital, jetzt wie das Kapital aus dem Mehrwert entspringt. Anwendung von Mehrwert als Kapital oder Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital heißt Akkumulation des Kapitals". D.h. wenn der Kapitalist, statt den ganzen Mehrwert für den eigenen Verbrauch zu vermöbeln, ihn als Kapital anlegt, bildet sich ein Zusatzkapital, das das alte Kapital vergrößert. Also heißt *Investition* soviel wie *Akkumulation*.

Akkumulation, Akkumulation. Selbst heute, wo wir doch über die Hochschule des Gewerkschaftsverbandes verfügen, sind wir immer noch bei diesen Entdeckungen des alten Marx. Schüchtern versuchen wir, uns bei den hohen Kalibern der Di Vittorio'schen Ökonomie zu entschuldigen: 'Tschuldigung, Herr Lehrer, aber heut' morgen geht's mir nicht so gut...Es war ja nicht 'mal eine Entdeckung von Marx, denn er zitiert seinen Busen-Feind Malthus, *Definitions in political economy*, London 1827 (so alt gibt's ja gar nicht): "Akkumulation des Kapitals: Die Verwendung eines Teils der Revenue als Kapital"...*"Verwandlung von Revenue in Kapital"*.

Was bedeutet also *Investieren*? Daß die Möglichkeit der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse auszu-beuten, zusätzlich vergrößert wird. Der Gewinn aus einem gegebenen Zyklus der kapitalistischen Produktion wird benutzt für die Organisation eines weiteren Zyklus auf erweiterter Stufenleiter. In den Seiten, die wir hier zitieren, zeigt Marx, wie sich das alles abspielt und wie es sich in den historischen Auseinandersetzungen über die allgemeine Akkumulation und Zirkulation des Kapitals widerspiegelte. Beim Verkauf seiner Erzeugnisse auf dem Markt realisiert der Kapitalist einen Profit. Er erhält nicht nur, was er einerseits für Maschinen und Rohstoffe, andererseits für Löhne vorgeschossen hat, sondern auch einen Mehrwert. Dieser Mehrwert existiert zunächst als Wert eines bestimmten Teils des Bruttoprodukts und verwandelt sich beim Verkauf in überschüssiges Geld. Damit aus ihm ein neues, produktives Kapital entsteht, muß es auf dem Markt wieder in Produktionsmittel verwandelt werden: Lohnarbeiter, Lebensmittel für sie, Maschinen und Rohstoffe; und der Markt muß auch die neuen Produkte aufnehmen.

Mussolini wähnte, alles in Italien von A bis Z zu haben; Di Vittorio verfügt über ein einziges Element: Zwei Millionen Arbeitslose.

Hier genügen uns die Grunddaten des großen Problems des kapitalistischen "Wirtschaftsbildes", das heute die ganze moderne Welt umfaßt. Alle Austauschakte des vielfältigen Zyklus vollziehen sich in voller Übereinstimmung mit den Gesetzen der Warenproduktion: Gleiche Werte werden gegeneinander ausgetauscht und dennoch liegen Ursprung und Wachstum des ganzen Kapitals in in der Aneignung fremder Arbeit.

Der Feldzug für die Akkumulation und Investition ist ein Feldzug für die Ausbeutung der Arbeiter. Da gibt es keine Ausrede, nicht einmal wenn man ein Diplom der besagten Universität besitzt.

"Wenn das Zusatzkapital seinen eignen Produzenten beschäftigt, so muß dieser erstens fortfahren, das ursprüngliche Kapital zu verwerten und zudem den Ertrag seiner früheren Arbeit zurückkaufen mit mehr Arbeit, als er gekostet hat. ALS TRANSAKTION ZWISCHEN DER KAPITALISTENKLASSE UND DER ARBEITERKLASSE BETRACHTET, ÄNDERT ES NICHTS AN DER SACHE, WENN MIT DER UNBEZAHLTEN ARBEIT DER BISHER BESCHÄFTIGTEN ARBEITER ZUSCHÜSSIGE ARBEITER BESCHÄFTIGT WERDEN. Der Kapitalist verwandelt vielleicht auch das Zusatzkapital in eine Maschine, die den Produzenten des Zusatzkapitals aufs Pflaster wirft und durch ein paar Kinder ersetzt."

Marx verwendet hier die Mehrwerttheorie, um den Irrtum der bürgerlichen Wirtschaftsschule aufzudecken, demzufolge ein Kapitalist, der investiert, eine nützliche soziale Funktion erfüllt, da er, wie es im Volksmund heißt, den Erwerbslosen Arbeit und Brot gibt. In Wirklichkeit sieht es aber anders aus: *"Eigentum an vergangener unbezahlter Arbeit erscheint jetzt als die einzige Bedingung für gegenwärtige Aneignung lebendiger unbezahlter Arbeit in stets wachsendem Umfang. Je mehr der Kapitalist akkumuliert hat, desto mehr kann er akkumulieren."*

Die Widerlegung der kapitalistischen Theorien über die "Abstinenz" (Entsagung) der Kapitalisten und über den sogenannten Arbeitsfonds lassen sich heute gut lesen als eine Widerlegung

der Produktionssteigerungspläne der Arbeiterführer (!) unserer Zeit, dieses seligen Jahres 1950.

Smith und Ricardo wollten glauben machen, daß der ganze Teil seines Einkommens, den der Kapitalist durch Entsagung seines Genußtriebes nicht verzehrt, sondern als Kapital anwendet, d.h. akkumuliert, sich im Endeffekt gänzlich in variables Kapital, d.h. in Lohn verwandelt und somit von den produktiven Arbeitern verzehrt wird. Sie argumentierten, daß der Kapitalist, der ja dadurch akkumuliert, daß er alles investiert, was er verdient hat (schnallt er ja den eigenen Gürtel immer so eng, wie man heute sagen würde), Produktions- und Lebensmittel (indirekt durch die Zahlung an seine Arbeiter) kauft, die andere Arbeiter produziert haben usw., so daß am Ende des ganzen Kreises sich ja das ganze in Einkommen (Revenue, wie man damals sagte) der Arbeiter verwandelt hätte. Marx vernichtet diesen Trugschluß von Grund auf. Mit dem investierten Gewinn kauft der Kapitalist nur zum Teil Arbeitskräfte. Der Rest wird für noch größeres konstantes Kapital verwendet, d.h. für Bauten, Werkstätten, Maschinen, Rohstoffe, die weder vom Arbeiter noch vom Kapitalisten verzehrt werden, allerdings aber die Macht, das Privileg und die Unterdrückungskraft der Kapitalistenklasse, die über das Monopol auf die Produktionsmittel verfügt, erhöhen. *"Es versteht sich übrigens von selbst, daß die politische Ökonomie nicht verfehlt hat, im Interesse der Kapitalistenklasse A. Smiths Satz auszubeuten: daß der ganze in Kapital verwandelte Teil des Nettoprodukts von der Arbeiterklasse verzehrt wird."* Es versteht sich übrigens auch von selbst, warum der Gewerkschaftsverband Professoren sucht.

Marx sagte aber mehr. Im Laufe der Akkumulation erneuert sich das konstante Kapital auf einer neuen Ebene, auf der Ebene einer fortgeschrittenen Technik, die einen größeren Einsatz der Maschinenkraft und eine größere Ergiebigkeit der industriellen Verfahren ermöglicht. Die Kapitalmasse wächst, die Mehrwertmasse wächst, der Anteil des variablen Kapitals im Verhältnis zum konstanten Kapital (zu den gewaltigen Anlagen und Rohstoffmassen) nimmt aber ab, und das führt unter gewissen Umständen sogar dazu, daß der Einsatz von Arbeitskräften insgesamt anstatt zu wachsen, zurückgeht.

Investieren bedeutet also auf jeden Fall die Klassenmacht der Kapitalisten zu erhöhen. Nicht immer bedeutet es aber eine Erhöhung der Beschäftigung und einen Abbau der Arbeitslosigkeit. Das ist eine der Seiten der Wirtschaftskrisen und ihrer periodischen Rückkehr. Dagegen kämpft man nur durch die Vorbereitung der gesellschaftlichen Verfügung über das Kapital, das die Bourgeoisie akkumuliert hat, und zwar nicht, um "mehr Arbeit zu schaffen", sondern um das Ziel durchzusetzen, mit immer weniger Arbeit einen immer besseren Lebensstandard zu erreichen. Dafür muß aber das System der Lohnarbeit abgeschafft werden, und das ist nur möglich, wenn man die kapitalistische Macht stürzt.

HEUTE

Der Investitionsplan des Gewerkschaftsverbandes möchte nicht nur die italienischen Industriellen dazu zwingen, weniger zu verzehren und ein Klosterleben zu führen, damit sie so mit einem Teil

ihrer Unternehmerrgewinne neue Betriebe, die ihr Eigentum sein werden, eröffnen. O nein, es gibt noch viel mehr, sonst würde man nur sehr langfristig dazu kommen, die vom Plan vorgesehenen 3.000 Milliarden zu investieren. Man will andere Finanzierungsquellen hinzuziehen, darunter die Ersparnisse der kleinen Sparer bei den Sparkassen oder auf den Bankkonten. Es wird auch nicht ausgeschlossen, die Reserven der italienischen Zentralbank an Gold und ehrbaren Währungen flüssig zu machen; schließlich nimmt man ohne Zögern die wohlbekannten Dollars des E.R.P. und Marshallplanes an (2). Hier haben wir wirklich den Fall: Mit allem kann man Suppe machen. Wir sind im Gebiet der transzendentalen Ökonomie: Der Abstand zu Marx und selbst zu Ricardo ist so groß wie der einer Jazzband zu Beethoven.

Eine Inflation der Lira ist nicht zu befürchten, denn für die Kraft der Währung wird man eine noch bessere Garantie als das Gold haben, nämlich den von den neuen allgemeinen und produktiven Anlagen dargestellten nationalen Wertumfang und die Erträge der erstarkten Industrie. Reine Hitler-Schacht-Theorie, autentischer Nationalsozialismus, Währungsreform der Rentenlira (3). Befolgt man aber in Rußland mit der Aufwertung des Rubels eine andere Theorie? Nein. Drüben handelt es sich allerdings nicht um ein Windei - muß man schon sagen. Gold - wenn es darum geht - sonst Eisen und Kohle liegen als Reserve unter der Erde, vom Uran ganz zu schweigen. Auch in Deutschland war es eine ernsthafte Sache. Wenn man die Klassenkräfte der Kapitalisten in einem soliden sozialen und politischen Organismus zusammenrafft, braucht man nicht mehr die freihändlerische Garantie der in Gold konvertierbaren Währung, sondern die zentralen Befehle genügen schon.

Wie dem auch sei, die so mobilisierten Finanzen können zum größten Teil nur auf ausländischen Märkten alles das zu kaufen finden, was erforderlich ist - ausgenommen natürlich die Arbeitskräfte. Im Ausland wird man jene goldenen Reserven annehmen und den ganzen anderen scheinbaren und fiktiven Reichtum, der von den Spar- und Girokonten dargestellt wird, als Plunder anrechnen. Denn aus denselben Gründen bedeutet dieser Reichtum rein gar nichts, wenn der Wirtschaftsapparat kaputt ist; er bedeutet lediglich, daß die Hungernden untereinander gegenseitig Verpflichtungen haben, die sie trotz niedrigstem Lebensstandard mit weiterer "Entsagung" einhalten wollen, daß also in diesem Schlaraffenland sich die Elenden und Arbeiter zurückhalten, während die Kapitalisten mit ihrer zahlreichen und weitverzweigten Lakaienbande rücksichtslos konsumieren.

Unsere Industriellen machen seit Jahren großen Wirbel, um neue Maschinen im Ausland zu kaufen, weil ihre eigenen technisch überholt und nicht rentabel genug seien. Das ist eine gute Flause, um an den nationalen und ausländischen Gemeinschaftsfonds nagen zu können. Wie erklärt sich, daß in Deutschland bislang keine neuen Maschinen gebaut sondern ein Teil der vorhandenen vernichtet wurde und die Produktion wächst? Wie dem auch sei, sie werden die Gelder des Gewerkschaftsplans erhalten. Wenn die Geschichte mit der Erneuerung der Anlagen gelogen ist, ist es hingeworfenes Geld; wenn sie wahr ist, kommen leistungsfähigere Maschinen. Leistungsfähigere Ma-

schinen und Anlagen bedeuten *weniger* beschäftigte Arbeiter bei gleichem Produktionsumfang, und das maßlose Windei der "Vollbeschäftigung" wird auch so zusammenschrumpfen. Und wenn man bedenkt, wie die Marktschreier der ökonomischen Wissenschaften auf die Dringlichkeit der 3.000 Milliarden hinweisen, damit 900.000 Arbeiter sofort einen Arbeitsplatz erhalten: denn auch wenn man dadurch nicht einmal die Hälfte der heutigen Arbeitslosen beschäftigen wird, so wird doch immerhin durch Lohnzahlungen eine Erhöhung des Jahreseinkommens um über 200 Milliarden sichergestellt...

Lassen wir aber die Diskussion über den allgemeinen Plan (sic!) der italienischen Wirtschaft beiseite...

Verbleiben wir bei der historisch bedeutsamen Tatsache, daß der Urheber all dieser Planvorschläge für den bürgerlichen Staat, für diesen verfassungsmäßigen, mit dem Vatikan und den kapitalistischen Großmächten verbündeten italienischen Staat die Arbeitergewerkschaft ist. Auch Verrat macht Geschichte.

Im Kurs des Kapitals auf die Akkumulation hat die Bourgeoisie immer auf zwei Hebel gedrückt: Die eigene Abstinenz vom unproduktiven Konsum (und Marx hat uns beigebracht, was davon zu halten ist: "...die Welt lebt nur noch von der Selbstkasteiung dieses modernen Büßers des Wischenu, des Kapitalisten.") und die Abstinenz der Arbeiterklasse, d.h. die niedrige Entlohnung der Arbeit. Die Verbreitung der ökonomischen Organisationen der Lohnarbeiter in der ganzen Welt stellte sich den Kapitalisten in den Weg. Die revolutionären Marxisten wissen sehr wohl, daß die Akkumulation des Kapitals die Grundbedingung für die sozialistische Revolution ist; sie wissen sehr wohl, daß der Kapitalist "als Fanatiker der Verwertung des Werts (d.h. der Akkumulation des Kapitals) rücksichtslos die Menschheit zur Produktion um der Produktion willen zwingt, daher zu einer Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und zur Schöpfung von materiellen Produktionsbedingungen, welche allein die reale Basis einer höheren Gesellschaftsform bilden können, deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist." In der Verfolgung dieses immer propagierten revolutionären Ziels haben Marx und alle Marxisten gleichzeitig mit allen ihren Kräften die gewerkschaftlichen Kämpfe um Lohn-erhöhungen unterstützt. Bedeuten höhere Löhne aber nicht Verringerung des Mehrwerts, des Profits, der Möglichkeit, neues Kapital zu investieren?

Jawohl! Der Marxismus betrachtet die Sachen nicht als für sich dastehende Einzelgebiete, sondern sieht den Zusammenhang, der zwischen Ökonomie und Politik besteht. So zeigt er, wie die Kapitalisten mit der Akkumulation die Bedingungen ihres eigenen Untergangs schaffen und wie gleichzeitig die Arbeiter durch die Vereinigung die Bedingungen ihrer eigenen Klassenmacht und ihres Sieges herstellen.

Der glorreiche Kampf der Gewerkschaften in der ganzen Welt - wohlverstanden als aktuelle oder potentielle Plattform für den Sprung in den revolutionären politischen Kampf - hatte von jeher eine einzige Bedeutung: Den frontalen Widerstand gegen den frenetischen Kurs der Kapitalisten, die

ihre Investitionen auf der Verelendung der Arbeiter aufbauen.

Das ist die Rolle der Gewerkschaft. Wenn sie geschlagen wird, wenn der Streik zerschlagen wird, so heißt das niedrige Löhne: Das Kapital profitiert und investiert. Wenn die Gewerkschaft aber siegt, wenn der Streik Erfolg hat und die Löhne steigen, sieht das Kapital seinen Profit sinken: Die Investitionen gehen zurück.

Im gewonnenen oder verlorenen Kampf standen beschäftigte und arbeitslose Arbeiter Seite an Seite; sie haben verstanden, daß das wahre Schlachtfeld des Kampfes nicht die Fabrik ist, sondern die Straße, das ganze Land, die Welt, daß das wahre Ziel des Kampfes die politische Macht ist, um zum Sozialismus zu gelangen. Sie haben gelernt, daß es in der modernen Produktion keine persönliche, sondern eine soziale Reserve gibt und daß diese wachsen muß; sie haben aber ebenso gelernt, daß gleichzeitig das Privileg der Kapitalisten, dieser Räuberbande, die über den gesellschaftlichen Reichtum verfügt, bekämpft und vernichtet werden muß.

Es handelt sich um einen Kampf für eine Wirtschaftsordnung, in der es keine Investitionen und Einkommen mehr geben wird, sondern nur die Organisation der Arbeit und des Konsums für die Gesellschaft und durch die Gesellschaft; es handelt sich um einen Kampf gegen die heutige Wirtschaftsordnung, in der penetrante Professoren von Arbeitseinkommen und produktiven Investitionen sabbeln, während in Wirklichkeit das Ziel jeder Investition nicht die Produktion sondern die Ausbeutung ist und jede Revenue Aneignung fremder Arbeit darstellt. Die Arbeiter, ob sie nun beschäftigt sind oder nicht, haben keine Revenue. Die Arbeitergewerkschaft ist ein Feind und Saboteur der bürgerlichen Investition.

Und doch sind es keine Pfaffen oder Freimaurer, die an der Spitze der Gewerkschaften stehen, die die Thesen des Syndikalismus - und sei es die des nicht-marxistischen à la Sorel oder des stockreformistischen - auf den Kopf stellen; Es handelt sich im Gegenteil um Organisationen, die sich Klassengewerkschaften nennen, die sich rot nennen.

Wo haben diese Herrschaften ihre Weisheit her? Wir zitieren für sie: "Die Produktion bildet in ihrer Gesamtheit eine Einheit vom nationalen Standpunkt aus; sie verfolgt einheitliche Ziele, die in dem Wohlstand der Einzelnen und in der nationalen Macht bestehen."

"Die Solidarität zwischen den verschiedenen Produktionsfaktoren findet im kollektiven Arbeitsvertrag ihren konkreten Ausdruck durch die Ausöhnung der gegensätzlichen Interessen von Arbeitgeber und Arbeitern und ihre Unterordnung unter die höheren Interessen der Produktion."

Das alles entspricht einer Gewerkschaft, die ein rechtlich anerkanntes Organ des bürgerlichen Staates ist; es handelt sich, wenn man es noch nicht gemerkt haben sollte, um den Text der Carta del Lavoro, des faschistischen Arbeitsgesetzes.

In der Sprache des Marxismus bedeutet das, daß unsere "roten" Gewerkschaftsführer dem Beispiel Mussolinis auf dem Weg des ewigen Verrats gefolgt sind und aus der Arbeitergewerkschaft ei-

nen Faktor der Akkumulation des Kapitals gemacht haben.

Was sonst die sehr geschickte Annahme von amerikanischem Kapital und amerikanischen Investitionen angeht - wir werden uns schon mal der Theorie der Geschicklichkeit annehmen - so dürften die jüngsten Aussagen des "politischen Kommissars" der USA (er ist es doch eher als Wirtschaftsdelegierter) Zellerbach genügen, um die Sache zu klären.

In einem Bericht an seine Auftraggeber erklärte Zellerbach eben, daß die Lieferungen und Investitionen des E.R.P. und Marshall-Planes nach Italien fortgesetzt werden müssen, da die bisher geleisteten sich als "produktiv" erwiesen. Und in der Tat: Die Christdemokratische Regierung steht fest an der Macht, die "kommunistische" Partei hat einen Mitgliederschwind von 20% erlitten, und der von Stalinisten geführte Gewerkschaftsverband mußte mit der Abspaltung der Christdemokraten und der Sozialdemokraten einen harten Schlag einstecken. Bei solchen Perspektiven wird Zellerbach die Milliarden, die Di Vittorio fordert, hergeben; er wird sie zu Gefälligkeitszinsen investieren. Ach, was sagen wir? Er wird sie als Geschenk für die unterentwickelten Regionen spenden. Nur der politische Maßstab erlaubt es zu verstehen, wie das Geschenk zur Investition wird, wie selbst außerhalb des Josaphattals die Almosen produktiv werden.

Sicherlich: Diese bequemen Finanzmakler des italienischen Kapitals dürfen es nicht wagen, diesen großzügigen Spender daran zu erinnern, daß er selbst die lokale Wirtschaft mit Besatzungsgeldern in Milliardenhöhe (wieviele?) ausgeplün-

dert hat. Sie können dies den verschiedenen Zellerbachs nicht entgegenhalten, weil dieselben falschen Amlire, die den hiesigen Industrieparat in Schwierigkeiten brachten, dieselben falschen Amlire, mit denen Dienstleistungen persönlicher und oft schändlicher Natur ohne Bezahlung gehäuft wurden, auch den Aufbau dieser Parteien und dieses Gewerkschaftsverbandes, dieser würdigen Bannerträger der zum Gipfel der Investitionspolitik gelangten nationalen und produktionsfördernden Politik finanzierten.

Und dann soll die ganze Geschichte angeblich ein geschicktes Manöver nach dem Muster der fünften Kolonne sein, um (und sei es auf dem Rücken des italienischen Arbeitslosen) den US-Imperialismus zum Vorteil Italiens zu sabotieren. Um daran zu glauben, müßte man annehmen, die cleveren und dynamischen amerikanischen Kapitalisten seien noch blöder als die Führer unseres Gewerkschaftsverbandes - aber noch blöder geht's gar nicht, noch blöder kriecht man.

Anmerkungen:

(1) "Das Kapital" Bd. I, MEW 23, S. 605 - 639

(2) Mit E.R.P.-Dollars sind die Investitionen im Rahmen des European Recovery Program nach dem 2. Weltkrieg gemeint.

(3) Anspielung auf die Rentenmark, die von Hjalmar Schacht, dem späteren Minister Hitlers, mit der Währungsreform von 1923 eingeführt wurde.

o o

internationale Presse der Partei

Kommunistisches Programm

NR. 13 - Januar 1977

- Libanon: die palästinensische Niederlage im Lichte der internationalistischen Perspektive des Marxismus
- Die Thesen der kommunistischen Linke:
 - Einleitung
 - Thesen der kommunistischen wahlboykottistischen Fraktion der Sozialistischen Partei Italiens (Mai 1920)
 - Thesen über die Taktik der Kommunistischen Partei Italiens (März 1922)
 - Die Taktik der Kommunistischen Internationale (Thesenentwurf für den IV. Kongress der Komintern, 1922)
- Die soziale Bewegung in China (Teil IV)
- Laufbahn des Weltimperialismus
- Rundschau

programme communiste

REVUE THEORIQUE

N° 73 (avril 77)

- Changhaï, avril 1927. Le bain de sang du prolétariat chinois arrose la victoire du stalinisme
- Le tournant des Fronts populaires (II)
- La crise de 1926 dans le P.C. russe et l'Internationale (III)
- Idole de la « compétitivité », religion du taux de profit.

104 pages - 10 F

EL PROGRAMA COMUNISTA

N° 23 - Marzo-Mayo de 1977

- La revolución burguesa china ya tuvo lugar, la revolución proletaria en China queda aún por hacer
- Comunismo, democracia y fascismo:
 - Introducción
 - La función de la socialdemocracia en Italia
 - Las vías que conducen al «noskismo» Roma y Moscú
- Curso del imperialismo mundial
- La cuestión de las nacionalidades en España (I)
- Verdad y mentira en la Constitución cubana

EL COMUNISTA

Communist Program

il programma comunista

le prolétaire
bimensuel
parti communiste international (programme communiste)

SOZIALISTEN IN AKTION

"Sozialismus bedeutete 1847 eine Bourgeoisbewegung, Kommunismus eine Arbeiterbewegung. Der Sozialismus war, auf dem Kontinent wenigstens, salonfähig, der Kommunismus war das gerade Gegenteil. Und da wir schon damals sehr entschieden der Ansicht waren, daß 'die Emanzipation der Arbeiter das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß', so konnten wir keinen Augenblick im Zweifel sein, welchen der beiden Namen zu wählen." Engels, Vorwort zum Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 22/58.

Das alte demokratische Spiel der zwei oder mehr bürgerlichen Parteien, die sich abwechselnd in der "opfervollen" Aufgabe der politischen Stabilisierung des Kapitalismus mit den damit notwendigen "unpopulären" Maßnahmen in den Augen ihres "Wahlervolks" verschleißen (woraufhin die enttäuschten Anhänger der dick aufgetragenen Demagogie einer "Opposition" auf den Leim gehen, um sich gelackmeiert wieder der jetzt als Opposition mit ebenso starken Sprüchen aufbauenden alten Regierungspartei zuzuwenden usw.) - dieses Spiel funktioniert zwar noch weitgehend, zeigt aber deutlichen Verschleiß. Auch den politischen Kurzsichtigen wird diese Schmiere allmählich klar, denn es ist nicht zu übersehen, daß die Auseinandersetzungen zwischen den großen bürgerlichen Parteien der "Mitte" immer steriler wird. *"Sie sind kaum mehr als eine rituelle Übung für den parteiinternen Gebrauch"*, so stellt das großkapitalistische Handelsblatt richtig fest (25.10.76). Mangelnde inhaltliche Unterschiede werden dann in bekannter Werbemanier durch scheinbar differenzierende "Produktsymbole" ersetzt.

Daß diese Roßtäuscherei in Zeiten eines relativ problemfreien Wirtschaftswachstums, das der Arbeiterklasse die Ausbeutung einigermaßen aushaltbar werden ließ, funktionierte, heißt nicht, daß es auch unter der anstehenden Verschärfung der Ausbeutung so sein wird. Jedenfalls meinen Vertreter der Bourgeoisie mit einer wachen Witterung für zukünftige soziale Konflikte, daß eine Bewegung der Parteilandschaft der BRD, eine Ergänzung des allzu eintönigen parteipolitischen Einerleis dringend notwendig sei.

Spektakuläre Vorstöße in dieser Richtung kamen allerdings bislang vor allem von "rechts". Strauß mit seiner "deutsch-nationalen" Abspaltung liegt zwar zur Zeit noch auf Eis, aber die Zeichen sind von dieser Seite erkannt.

Daß aus einer scheinbar ganz anders motivierten Ecke in letzter Zeit sich ebenfalls Stimmen für eine größere Parteienvielfalt erheben, ist über einen engen Kreis eingeweihter Geister kaum ins breitere Interesse gedrungen. Die Reste der kleinbürgerlichen Studentenbewegung und ihre geistigen Väter blasen bei ihrem "Marsch durch die Institutionen" zaghaft zum Sammeln. Eine neue, natürlich "sozialistische" Partei muß her, so heißt die ausgegebene Parole. Zwar wird heute im Namen des Kommunismus von stalinistischen und maoistischen Parteikarikaturen genügend Schindluder getrieben, aber diese selbsternannten Arbeiterführer blockieren sich in ihrer Borniertheit eher selbst; auch sind die Zeiten bei weitem noch nicht reif für die Kristallisation ei-

ner "zentristischen" Strömung. Es geht zunächst vielmehr um ein "linkes" Potpourri aus Sozialdemokraten und Sozialisten, das tendenziell an Bedeutung gewinnen sollte. Hier wird versucht, die stinkende Leiche der alten Sozialdemokratie reformistischer Prägung in ihrem bis Godesberg beherrschenden Widerspruch von radikalem Getöse und kapitalistischer Praxis angesichts sich abzeichnender sozialer Sürme wieder zu beleben.

Seit die ersten Versuche der "Neuen Linken" um diese "Partei neuen Typs" auf Diskussionsrunden November 1975 in Berlin und Februar 1976 in Hannover (vgl. Neuorientierung Neuorganisation zur zweiten Organisationsdebatte in der BRD, Frankfurt 1976, Arndtheft 1, wo die wichtigsten Beiträge zu finden sind) still versandeten, halten Protagonisten wie R. Dutschke (SB) und J. Steffens (SPD) in ihrem Organ *"das da"* die Diskussion am Leben. Vor allem der "linke Sozialdemokrat" Steffens wird als einsamer, noch wenig ernst genommener Warner nicht müde, seine Parteigenossen die neuen Zeichen der Zeit ins Politische zu übersetzen. Der Kapitalismus durchlebe keine übliche Konjunkturkrise, sondern vielmehr eine *"schwere Systemkrise, die viele Jahrzehnte dauern wird"* (das da, 5/2). Mit den alten Mechanismen lasse sich die "Basis" nicht mehr in gewohnter Dressur manövrieren, vielmehr verlören die bürgerlichen Parteien, vor allem die SPD als traditioneller Schmelztiegel für radikale Anwandlungen, ihre in den Kapitalismus integrierende Kraft. Das Symptom der Bürgerinitiativen sei erst der sichtbare Anfang.

Vor diesem Hintergrund ist der jüngste Vorstoß in dieser Richtung von O.K.Flechtheim in der Zeitschrift *der lange Marsch* (Februar 77) zu sehen. Unter dem programmatischen Titel *"Für eine neue Partei der Zukunft"* unterbreitet dieser deutsche Professor in dankenswerter Klarheit seine diesbezüglichen Überlegungen.

Wie sieht nun diese Partei der Zukunft für einen Sozialisten aus: *"Sie würde die Großparteien(...) komplementieren. Dabei würde sie den rationalen Konflikt mit diesen nicht scheuen, ihn freilich stets gewaltfrei (!) und kritisch-solidarisch (!!) auszutragen suchen. Die Bemühung um die Rationalisierung, Demokratisierung, Humanisierung der Konflikte im Lande selber wie in der Welt wäre ihr besonderer Beitrag zur Politik"*. Angesichts des wachsenden und immer offensichtlicher werdenden Wahnsinns dieser asozialen "Marktwirtschaft" mit ihren national wie international sich verschärfenden Kampffronten, mit ihren brutaler werdenden Angriffen der Bourgeoisie auf das Proletariat predigen diese Sozialisten also *"Vernunft, Ruhe und Gewaltfreiheit"*.

Sicher ist es auch für eine kommunistische Partei vordringliche Aufgabe, durch politische Agitation und Aktion den Ausgebeuteten Klarheit über ihre Lage zu verschaffen und die wild wuchernden Mythen über den Kapitalismus zu zerstören. Dies aber um im dialektischen Prozeß von Bewußtsein und Kampfwille revolutionär die Machtfrage zu stellen. Eine kommunistische Partei verhält sich deswegen zu den bürgerlichen Parteien nie "komplementär". Sie scheut allerdings auch den "rationalen Konflikt" (nennen wir mal die Vorbereitung der "Kritik der Waffen" so), zumal sie dank der marxistischen Wissenschaft und der kapitalistischen Wirklichkeit die besseren Argumente auf ihrer Seite weiß.

Aber genauso gut weiß sie, daß der Klassenkampf zwischen Kapital und Lohnarbeit nie "gewaltfrei" und "kritisch-solidarisch" auszutragen ist.

Bei dieser sozialistischen Bestimmung einer "Partei der Zukunft" überrascht der politische Standort nicht: "Natürlich könnte man sie als links und radikal charakterisieren, 'ultra-links' oder extremistisch sollte sie keineswegs sein". Flechtheim sagt wenigstens deutlich, wies Geistes Kind Kind da in der Zukunft sein Unwesen treiben soll.

Unter dieser gar nicht neuen Fassade sollen unsere "Neu-Progressiven" ihr einigendes Dach finden: "Das breite Spektrum könnte reichen von kritischen (!) Marxisten, realistischen (!) Syndikalisten und anarchistischen Humanisten bis zu Nicht-Marxisten, Radikal-Demokraten, Links-Katholiken und Links-Protestanten bis Pazifisten verschiedenster Spielart". Dieser schwer verdauliche Eintopf "fortschrittlicher", natürlich "neu-linker" Geister "könnte und sollte sich von Fall zu Fall an Wahlen beteiligen, (er) könnte und sollte versuchen, in die Parlamente (wo sonst?) zu kommen". Damit wäre wenigstens einigen arbeitslosen "Politologen" eine qualifizierte Zukunft erkämpft.

Zum Schluß läßt Flechtheim seine Katze aus dem Sack: "Schließlich könnte die neue Partei zu einem Auffangbecken (!!) für alle jene werden, die den alten Parteien vielleicht schon morgen enttäuscht den Rücken kehren werden. Sie, die enttäuschten Aktivisten und Wähler, könnten versucht sein, sich extrem ultra-linken Gruppierungen oder, was wahrscheinlicher ist, solchen der Rechte zuzuwenden". Damit also die vom Kapitalismus im Teufelskreis von Ausbeutung, Monotonie und Entwürdigung gehaltenen Proletarier ihre zahlreichen individuellen Rechnungen nicht kollektiv der Bourgeoisie präsentieren und dabei womöglich das Institut dieses Professors beschädigen, müssen die Sozialisten mit ihren starken Sprüchen wieder her. Und daß der Sieg des Faschismus über das deutsche Proletariat vor allem den konterrevolutionären "Vorleistungen" dieser Sorte Sozialisten in entscheidenden Phasen der deutschen Arbeiterbewegung zu verdanken war, wird diesem Fachmann in Sachen Arbeiterfragen wohl nie zu vermitteln sein.

Für wie gefährlich revolutionäre Marxisten diese Sandkastenspiele halten müssen, zeigt auch der "inter- und übernationale" Anspruch. Wichtigste Gesprächspartner sind natürlich die "Euro-Kommunisten", womit Flechtheim sicher seine Brüder im Geiste trifft. Über diese "neue" Spielart des alten Opportunismus bekundet Flechtheim an anderer Stelle seine Bewunderung und politische Nähe: "Ganz anders als die stalinistischen Parteien haben die euro-kommunistischen Parteien die Möglichkeit, die Sozialdemokratie dort, wo sie, wie in England und Westdeutschland, die Massen vertritt, nach links zu drängen. Zugleich ist es die Aufgabe aller unabhängigen Linken in der Bundesrepublik, in kritischer Solidarität mit den Eurokommunisten wie mit den linken Sozialdemokraten eine neue Front zu schaffen, die über die Politik der früheren Einheits- und Volksfronten hinausführt. Dabei ist ihre Position nicht einfach. Einerseits dürfen sie nie in eine Haltung abgleiten, die als politische oder psychologische Kriegsvorbereitung erscheinen könn-

keit ALLE Machthaber kritisieren - in Ost und West. Nur so kann ein Westeuropa entstehen, das liberal, demokratisch und sozialistisch wird - liberal in der Kultur, demokratisch in der Politik und sozialistisch in der Wirtschaft. Ein solches Westeuropa könnte sich dann eines Tages mit einem sich liberalisierenden und demokratisierenden Osteuropa zusammenschließen und zugleich die wohlwollende Neutralität der beiden halbeuropäischen Supermächte, der SU und der USA, gewinnen". (O.K. Flechtheim, Eurokommunismus - Chance für Sozialisten ?, das da, 4/41)

... und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute...

Im Sinne dieser "ausgefeilten" Perspektive lanciert die Redaktion des langen Marsch auch gleich ihre Initiative. Um das "Sozialistische Büro" als Kristallisationskern soll eine Koalition im Sinne Flechtheims gebildet werden, die "glaubwürdig (...) für die breite radikaldemokratische, christlich-sozialistische und sozialistische Öffentlichkeit" bei den anstehenden Wahlen zum "Europa-Parlament", diesem Superlativ aller bürgerlichen Scheinparlamente, dabei wäre. Mit dem Maskottchen der SB-Gewerkschaftszeitung kann man da nur sagen: Mein lieber Scholli!

... EUROKOMMUNISTEN IN AKTION

Wir möchten nun hier die "Eurokommunisten" selbst kurz erzählen lassen, wie ihr "Auffangbecken für Radikale" beschaffen ist und welche erbauende Rolle das von ihnen mitgetragene System der parlamentarischen Wahlen erfüllt.

Der Senator Ugo Pecchioli, "Innenminister" im Schattenkabinett der "KP" Italiens gab vor kurzem folgende Antwort auf die Frage des *Espresso*, wie man die "subversiven Erscheinungen" - im gegebenen Fall die Studentenunruhen - bekämpfen solle:

"Indem man das Gesetz energisch anwendet. Man muß alle subversiven Organisationen zerschlagen, die klandestinen Rundfunksender, die im Namen der Meinungsfreiheit zu Operationszentralen werden, zum Schweigen bringen. Die Polizei muß ohne Hindernisse die Universitäten betreten können, um dort die Ordnung herrschen zu lassen. Die heutige Polizei ist nicht mehr die von Scelba, die auf friedliche Demonstranten geschossen hat, aber auf einen bewaffneten Aufstand kann man doch nicht mit Blumen antworten."

Alles klar.

Wohl zur Freude unserer "unabhängigen Linken" hat vor kurzem auch die französische "KP" der Direktwahl zum Europa-Parlament zugestimmt.

Die Initiative dazu geht auf Sozialistenführer Mitterrand zurück, der diese Forderung als Bestandteil des "gemeinsamen Programms" haben wollte. Sein Erfolg zeigt den zögernden französischen Bourgeois, wer in der "Volksfront" den Ton angibt.

Der Wechsel in der KPF-Haltung ist verständlich, wenn man sich vor Augen hält, daß die Gaullisten vor einiger Zeit ebenfalls diesen Wahlmodus akzeptiert hatten. Jedermann weiß, daß die KPF -

die übrigens auch vor kurzem ihre prinzipielle Zustimmung zur atomaren Bewaffnung Frankreichs offiziell verkündete - in Sachen Außenpolitik immer eine Position einnahm, die sich im Rahmen der gaullistischen Politik bewegt - siehe den Widerstand, Indochina, Algerien, Europa usw.

Damit haben wir aber zwei zusätzliche Bestätigungen einer geschichtlichen Tatsache: wenn die KPF in der Opposition ist, gibt sie vor, eine "alternative" Politik darzustellen, wenn sie aber an der Macht ist oder sich der Macht annähert, zeigt es sich, daß sie überhaupt keine eigene Politik hat: ihre Funktion besteht ganz einfach darin, die Proletarier irrezuführen und das zu tun, was man von ihr verlangt.

Bedeutet nun ihr Einlenken in der Frage der Direktwahl zum Europa-Parlament nun eine Preisgabe ihrer Ablehnung der "Übernationalität", ein prinzipielles Zugeständnis? Keineswegs, denn, wie der Gaullist Chirac in aller Öffentlichkeit sagte: *"Wir sind für das europäische Parlament unter der Voraussetzung, daß es keine Macht hat"*.

Nun gut, die volle "nationale Souveränität" ist sichergestellt, das Europa-Parlament ist eine Farce, die KP will aber die Arbeiterklasse für die Eurowahlen mobilisieren! Damit geben die Herren Opportunisten faktisch zu, daß sie die Arbeiterklasse für Scheinparlamente mobilisieren; sie geben außerdem implizit zu, daß es im allgemeinen überhaupt nicht um Wahlen und Parlamente geht, sondern um Ablenkung der Arbeiterklasse, und das der "demokratische und parlamentarische Weg zum Sozialismus" nichts anderes ist als Augenwischerei.

Im alten Rom hieß es *panes et circenses*, heute heißt es *LAW AND ORDER... AND ENTERTAINMENT*.

DIE GEWERKSCHAFTSREFORM IN SPANIEN

Eins der wichtigsten Probleme beim Übergang vom Frankismus zur Demokratie ist die Reform der korporativen und vertikalen Struktur der frankistischen Gewerkschaft, um eine neue Organisation zu bilden, die den Erfordernissen einer Kontrolle der sich wegen der Krise radikalisierenden Arbeiterbewegung besser entspreche.

Die spanische Bourgeoisie wird, wie man weiß, in dieser Frage von ihren Nachbarn beraten. Nicht zuletzt der deutsche Imperialismus nebst gewerkschaftlichem Ableger steht ihr zur Seite. Sie hat eigentlich gut verstanden, daß in der neuen Phase, die sich im Weltmaßstab aber vor allem in Europa eröffnet, die beste Form, die soziale Stabilität und den Gang der Produktion zu sichern, darin besteht, eine Selbstdisziplin der Arbeiterklasse, ihre "freiwillige" Unterwerfung unter den allerheiligen nationalen Interessen zu erreichen. Es handelt sich kurz und gut darum, durch einen tiefen "demokratischen Konsens" die Annahme dessen zu erreichen, was der Faschismus unter anderen Umständen mit Gewalt aufzwingen mußte.

Das setzt die Existenz von verantwortlichen und einflußreichen "Sozialpartnern" innerhalb der Arbeiterklasse voraus. Über solche Partner verfügt die spanische Bourgeoisie seit langem im sozialistischen und stalinistischen Opportunismus,

der ihr seit den 30. Jahren wertvolle Dienste leistet.

Der Opportunismus kann aber seine Rolle sozialer Feuerwehr nur dann gut spielen, wenn er über breite Massenorganisationen verfügt, die von Kapitalisten und Arbeitern als offizielle Vertreter der Arbeiterklasse anerkannt werden. So bereitet die spanische Bourgeoisie mit Hilfe ihrer Agenten innerhalb der Arbeiterklasse die Erscheinung der von ihr selbst zynisch "gewerkschaftliche Klassenbewegung" genannten Organisationen vor, auf die die Funktion des frankistischen Gewerkschaftsapparats übertragen werden soll.

In Wirklichkeit bedeutet diese offizielle Übertragung nichts anderes als die Sanktionierung einer faktisch bestehenden Situation, denn der frankistische Gewerkschaftsapparat (die "Organizacion sindical" = OS) konnte die letzten Jahre nur dank der illegalen Gewerkschaften, an erster Stelle dank der stalinistischen Führung der Comisiones obreras am Leben gehalten werden. Unter dem heuchlerischen Vorwand, die OS zu unterwandern, um sie "von innen in die Luft zu sprengen", flößten die Stalinisten der OS gerade in dem Augenblick neues Leben ein, in dem sie dabei war, von allein zusammenzubrechen. Bekanntlich standen Camacho & Co. seit der Entstehung der Comisiones Obreras (CC.OO.) in Verbindung zur OS.

Im Frühjahr dieses Jahres wurde eine erste Gewerkschaftsreform gesetzlich verankert, und die illegalen Gewerkschaften können sich bereits eintragen und offiziell betätigen. Es ist interessant, die bisherigen Überlegungen der Bourgeoisie im Laufe dieses Reformprozesses zu verfolgen, um die Funktion der Gewerkschaftsreform zu erkennen.

Das Kabinett Arias Navarro wollte seinerzeit eine Reform durchsetzen, die der oben geschilderten faktischen Lage eine legale Form geben sollte. So konnte der Generalsekretär der OS selber die Reform wie folgt beschreiben: *"An der Basis muß Pluralismus herrschen, um die verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung aufnehmen zu können; auf der Ebene der Gewerkschaftsverbände und -zentrale muß Aktionseinheit auf der Grundlage eines Paktes bestehen"* (Interview an *Cambio* 16 vom 22.3.76). Mit anderen Worten sollten die illegalen Gewerkschaften offiziell oder halboffiziell anerkannt werden als Basisstrukturen der Gewerkschaftspyramide, deren Spitze von der OS-Bürokratie gebildet werden sollte, mit der Funktion, die Aktion der Basisorganisationen zu integrieren.

Dieser Reformplan wurde damals vom Opportunismus und vom aufgeklärtesten Flügel der Bourgeoisie und der Staatsbürokratie abgelehnt, weil diese nicht die geeignete Form war, die Frage zu lösen. Dafür gibt es zwei Hauptgründe.

Der Gewerkschaftsoportunismus kann die proletarischen Impulse nur dann lenken und abdämpfen, wenn er über einen guten Manövrierspielraum verfügt, und das setzt Gewerkschaften voraus, die eine gewisse formale Autonomie, eine funktionelle Autonomie genießen. Gerade diese selbständige Funktionsweise gegenüber dem Staatsapparat gestattet dem Opportunismus, die gewerkschaftlichen Organisationen durch die vielen Kanäle der Klassenkollaboration (Mitbestimmung, konzertierte Aktion, Verhandlungen usw.)

in den Staatsapparat zu integrieren und somit die Arbeiterbewegung den Imperativen der kapitalistischen Wirtschaft zu unterwerfen. Das ist aber andererseits nur möglich, wenn die Gewerkschaften ein gewisses Vertrauen bei den Arbeitern genießen, d.h. die Arbeitermassen müssen sie als ihre Gewerkschaften ansehen. Deshalb betonen Opportunisten und aufgeklärte Bourgeois mit allem Nachdruck, daß die neue Gewerkschaft "nicht von oben aufgezwungen werden darf", sondern vielmehr das Ergebnis einer "freien Entscheidung" der Arbeiter sein soll - eine "freie Entscheidung" die selbstverständlich von Bourgeoisie und Opportunismus im voraus entschieden wird.

Das Fortbestehen der OS, selbst wenn diese durch eine demokratische Reform verschönert und durch die faktische oder rechtliche Einverleibung der illegalen Gewerkschaften verjüngt wird, würde die notwendige Manövrierefreiheit des Opportunismus einengen und gleichzeitig die Arbeiter mißtrauisch machen.

Das neue Kabinett unter Suarez stellte von Anfang an unter Beweis, daß ein wichtiger Teil der Bourgeoisie und ihrer Staatsbürokratie diesen Punkt verstanden hatten. Die von ihm vorgesehene und inzwischen in Gang gebrachte Reform beinhaltet die Anerkennung der illegalen Gewerkschaften und die Auflösung der OS. Bekanntlich mußte Suarez die Reform zunächst auf die lange Bank schieben. Wir können hier nicht auf die Gründe für diese Verzögerung eingehen, müssen aber die lamentierende Stellungnahmen, mit der die liberale Bourgeoisie darauf reagierte, wiedergeben, um deutlich zu machen, was sich die Kapitalisten von der Reform erwarten.

So schrieb z.B. *Cambio 16* am 11.10.76: "Es besteht kein Zweifel, daß die Legalisierung der Gewerkschaftszentralen vor dem Herbst (d.h. vor dem Verhandlungstermin für 943 Tarifverträge für insgesamt 1.960.000 Arbeiter, IKP) ein indirekter Stabilisierungsfaktor gewesen wäre (...) Andererseits, solange die Klassengewerkschaften in der Illegalität bleiben, müssen die Tarifverträge theoretisch von den OS-Organen ausgehandelt werden; diese können sich aber nicht einmal mit Krücken weiter aufrechterhalten und werden fortwährend von dem Protest der Arbeiter überbortet, was ja zur Folge hat, daß die Unternehmer Probleme haben." Fünf Tage zuvor hatte *La Vanguardia* geschrieben: "Von den Hochschulen bis hin zu den Produktionsbetrieben hat die Unsitte, alles durch Versammlungen besprechen und lösen zu wollen, zur Unordnung und zur Vergiftung der Atmosphäre geführt (...) Es herrscht heute in diesem Spanien, das eine widrige Wirtschaftskonjunktur durchmacht, allgemein der Wunsch, daß sich Gewerkschaftsfreiheit und verantwortliche, weitsichtige und verhandlungsfähige Organisationen den Weg bahnen. (...) Das Schicksal des Landes ist hier auf dem Spiel." Das nennt man eine klare Sprache.

Die spanischen Proletarier dürfen sich keinerlei Illusionen über die Legalisierung der Gewerkschaften hingeben. Die großen "illegalen" Gewerkschaftszentralen genießen bereits seit Monaten faktische Legalität und sollen nach dem gemeinsamen Wunsch von Frankisten und demokratischen Oppositionellen einen Stützpunkt für die Lenkung und Kontrolle der proletarischen Kämpfe bilden, damit diese Kämpfe mit dem bürgerlichen

Staat unter den Fittichen der Demokratie koexistieren können.

Sicherlich bedeutet die proletarische Kampfweise, die die Bourgeoisie zu diesem Manöver veranlaßt, weiterhin eine Gefahr für die Kapitalisten; die Legalisierung vermindert aber die "Risiken".

:::

Die Jahre der Illegalität haben in der Tat eine tiefe Verwurzelung der Gewerkschaftszentralen nicht begünstigt. Der Opportunismus konnte unter den gegebenen Verhältnissen die Gewerkschaftsmitglieder nicht so straff einreihen, vor allem in den CC.OO. nicht. Das erschwert die Rolle des "Stabilisierungsfaktors": für eine mehr oder weniger lange Periode besteht die Möglichkeit - eine "Gefahr", auf die die Demokraten ständig hinweisen -, daß die Gewerkschaften, wie bereits geschehen, an der Basis "überbortet" werden, daß ihre Basisorganisationen von einem echten Klassenleben beseelt werden, selbst wenn die obere Hierarchie offen konterrevolutionär entsteht. Die stalinistische Führung der CC.OO. ist sich dieser Gefahr durchaus bewußt. Deshalb versucht sie, durch verschiedene organisatorische Maßnahmen, die Voraussetzungen für eine bessere zentrale Kontrolle der Organisation zu schaffen.

Um in dieser Phase der Reformierung der spanischen Gewerkschaftsstruktur den vorhandenen Bewegungsspielraum ausschöpfen zu können, um diesen Spielraum in der Folge beibehalten und erweitern zu können, muß das spanische Proletariat den Virus der Legalität, des Pazifismus, der Klassenkollaboration und die Kräfte, die diesen Virus in die Arbeiterklasse hineintragen wollen, bekämpfen. Insbesondere darf das Proletariat nicht erwarten, daß seine Klassengewerkschaft durch Reformen oder Gesetze entstehe. Die Klassengewerkschaft kann nur aus einem breiten und harten Kampf, als organisatorische Kristallisation einer antikapitalistischen, d.h. antidemokratischen und antiopportunistischen Kampffront entstehen.

:::

Somit kommen wir auf die Frage der Einheitsgewerkschaft, mit der sich jeder ernsthafte proletarische Kämpfer beschäftigt. Die Einheit ist ein wesentlicher Faktor im Kampf gegen die Kapitalisten und gegen die Lohnarbeit überhaupt. Sie stellt ein allgemeines Ziel der Kommunisten dar und muß sich auch auf gewerkschaftlicher Ebene ausdrücken.

Diese Einheit der gewerkschaftlichen Bewegung kann sich aber nur als Folge eines Kampfes gegen das Kapital und den Opportunismus vollziehen. Es wäre ein großer Fehler, zu glauben, sie könnte aus einer organisatorischen Verschmelzung der heutigen Gewerkschaften entstehen, z.B. über den Weg der COS, der Koordinierung der bislang "illegalen" Gewerkschaftszentralen.

Betrachten wir diese Organisationen etwas näher. Die CC.OO. werden von den Stalinisten "eurokommunistischer" Prägung geführt. Die sozialistische UGT wird vom deutschen Imperialismus unterstützt. Die USO wird von der französischen CFDT unterstützt und repräsentiert den "Selbstverwaltungssozialismus" katholischen Ursprungs.

Eine Verschmelzung dieser Organisationen würde heute nichts anderes bedeuten als die organisatorische Vereinigung von verschiedenen bürgerlichen Cliques, die in der Arbeiterklasse tätig sind. Ihr Inhalt wäre die Einheitsfront des Opportunismus gegen das Proletariat, die *faktisch bereits vorhanden ist*. Die heutigen nationalen Führungszentralen sind getrennt aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen internationalen Strömungen der Bourgeoisie (Sozialdemokratie, Stalinismus, Reformismus katholischen Ursprungs). Sie bilden in der Substanz dennoch eine stählerne Einheitsfront, die die spanische Arbeiterbewegung in eine Gewerkschaftsbewegung nach dem Muster der anderen westeuropäischen Länder verwandeln will.

Die wirkliche Gewerkschaftseinheit der Arbeiterklasse kann nur auf derselben Grundlage entstehen wie die Gewerkschaften selbst.

VERLÄNGERUNG DES LOHNRABUS IN ENGLAND

Seit Großbritannien sein Empire als problemlose Versorgungsquelle verlor, bleibt vom Glanz dieser alten Weltmacht nur mehr der Tanz um die Königin, dieser Drohne der englischen Herrschaft. Die ehrwürdige Demokratie schafft keine stabilen Mehrheiten mehr und die Wirtschaft droht zu versumpfen. Nur eines scheint der britischen Bourgeoisie noch geblieben zu sein: Ein noch vom alten imperialistischen Glanz versautes Proletariat läßt sich von seinen "Arbeiterführern" zum Wohle des englischen Kapitals den berühmten Gürtel immer enger schnallen. Hier wird im Namen der Arbeiterklasse von Labour Party und Gewerkschaften die Dressur der Lohnabhängigen nach dem neuesten Stand kapitalistischer Erkenntnis versucht: "Inflationstheoretisches Wirtschaftswachstum ist möglich, wenn es gelingt, die in den letzten Jahren immer schärfer gewordenen nationalen und internationalen Verteilungskämpfe zu vermeiden." (HB v. 27.4.77) Im Klartext besagt dieses Credo des Kapitals nichts anderes, als daß proletarischer Klassenkampf mit steigenden Löhnen die Profite verringert. Und zur Einlösung dieser Weisheit arbeitet das Kapital ja auch seit Jahrzehnten zielstrebig auf die Verhinderung selbst ökonomischer Kämpfe der Arbeiterklasse hin. Die Ware Arbeitskraft soll sich gemäß dieser Logik allein nach dem Verwertungsbelangen des Kapitals ausrichten. Bekanntlich stehen sich maximale Ausbeutung der Arbeitskraft als vom Kapital gekaufte Ware und das Interesse der Lohnabhängigen an einer möglichst günstigen "Vermarktung" dieser Ware als gleichrangige Rechte konträr gegenüber. Und wie bei allen Machtfragen entscheidet auch hier allein die Stärke der jeweiligen Kampfpopposition, dessen unbeschadet, daß der ökonomische Kampf ein Kampf innerhalb des kapitalistischen Systems ist.

Ist aber selbst dieser Kampf also eine Machtfrage, so ist klar, daß der Teil, der den anderen soweit bringt, in völliger Verwirrung seiner Interessenlage sich seine Ziele vom Gegner als allgemein gültig aufzwingen zu lassen, es nur

noch mit einem Scheinkampf zu tun hat. Und dieses Schattenboxen beherrscht seit Jahrzehnten die Bühne der Klassenauseinandersetzungen und kann heute in der Praxis sicher nicht nur in England mit seinen verheerenden Wirkungen für die Arbeiterklasse studiert werden.

Lauthals erheben die "Organisatoren" der englischen Arbeiterklasse in offener Kumpanei mit dem Kapital ihre Stimmen, um in immer neuen Varianten den Lohnabhängigen ihren Opfergang zugunsten des "Gesamtwohls", sprich der Kapitalinteressen vertraut zu machen. Diese als "Arbeiterführer" getarnten Vertreter des kapitalistischen Verwertungsprozesses haben nur ein Interesse, nämlich die britische Arbeiterklasse in der masochistischen Botmäßigkeit der Ohnmacht zu belassen, um desto leichter mit ihnen "Katz und Maus" spielen zu können. In dieser Farce versuchen diese Dramaturgen des Klassenkampfes von oben gerade die Vorbereitung des dritten Akts.

Nachdem die Konservativen an der Zähmung der Arbeiter scheinbar scheiterten und die britischen Bergleute in ihrem Streik 1974/75 die britische Wirtschaft erschütterte, übernahm nach einem von unseren "Linken" unisono gefeiertem "Sieg" der Arbeiterklasse die als "Arbeiterführer" getarnte Fraktion der Bourgeoisie dieses Geschäft. Seit 1975 erzwingen TUC und Labour in einem "Sozialpakt" eine rigorose Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen des englischen Proletariats. Nachdem Stufe I und II dieses von bürgerlichen Ideologen beschönigend "Einkommenspolitik" genannten Raubzugs in die Lohntüte dazu führte, daß der "Lebensstandard" kräftig sank - letztes Jahr um real 1% (HB v. 18./19.3.77) - soll nach dem Auslaufen der Phase II Ende Juli eine Verlängerung erreicht werden. Jetzt propagiert die Labour-Regierung einen maximalen Lohnzuwachs von 10%, obwohl die Inflationsrate noch bei 20% liegt (HB v. 26.4.). Begleitet wird dieser Lohnraub durch eine spürbare "Beruhigung" an der Streikfront. 1975/76 waren - wie die Bourgeois freudig feststellten - seit 1967 die Jahre, in denen am wenigsten gestreikt wurde. Nur zweimal seien in den letzten 25 Jahren die "Ausfälle" noch niedriger gewesen (HB v. 4./5.2.)

Überhaupt klärt sich bei näherer Untersuchung das in unseren pazifisierten Breiten von der Bourgeoisie stets abschreckend in grellen Farben gemalte Streikchaos der Briten. Selbst in den heftigen Streikjahren 1971 - 73 blieben im Durchschnitt 98% aller Betriebe in der Industrieproduktion streikfrei, lautet das beruhigende Fazit einer vom "Department of Employment" vorgelegten Untersuchung (NZZ v. 5./6.12.76). Interessant ist aber die Tatsache, daß ein Viertel aller Streiks und zwei Drittel aller durch Streiks "verlorenen" Arbeitstage sich auf 150 Werke konzentrieren. Und es sind gerade die Großbetriebe, in denen die Arbeiter kämpferischer eingestellt sind. Aber insgesamt ist es doch bezeichnend, daß selbst im vermeintlich streikwütigen England die Ausfälle durch Krankheit mindestens vier- bis fünfmal höher sind, als die Ausfälle durch Streiks.

Der dritte Akt dieses "Sozialpakts" scheint aber trotz dieser weitgehenden Ohnmacht des Proletariats nicht mehr so ganz problemlos über die Bühne zu gehen. Es mehren sich Zeichen einer

Verbreiterung des Widerstandes gegen diese Machenschaften von "Arbeiterpartei" und "Gewerkschaft". In den Augen dieser Verwalter von Arbeitskraft zum größten Nutzen des Kapitals macht sich die "Scheißbasis" immer stärker bemerkbar. Diese "Arbeiterführer" sind "in Gefahr, sich vom Fußvolk zu isolieren." (Tagesspiegel v. 10.4.77), weswegen auch die Bourgeoisie beginnt, vorsichtiger zu taktieren.

Konnten im letzten Jahr drohende Streiks der Seeleute und Bergarbeiter nur mit Mühe verhindert werden, so legten dieses Jahr gegen den offenen Widerstand der Gewerkschaft 3 000 Maschinenschlosser in einem vierwöchigen Streik den Autokonzern Leyland lahm und schockierten damit die bürgerlichen Krisenmanager. Nachdem bei Leyland wieder gearbeitet wurde, ergriffen 520 Elektriker im Stahlwerk Port Talbot in Südwales Kampfmaßnahmen. Wie die Maschinenschlosser von Leyland wollten sie ihren in den letzten Jahren geschwundenen Lohnabstand vor anderen Gruppen von Arbeitern wiederhergestellt wissen. Danach streikten 4 000 Monteure des Bodenpersonals von British Airways auf dem Londoner Flughafen Heathrow. In allen Fällen kämpften die Arbeiter gegen den Willen ihrer Gewerkschaften. Druckarbeiter verloren nach einem Streik sogar die Mitgliedschaft in ihrer Gewerkschaft, was gleichzeitig den Verlust des Arbeitsplatzes bedeutete, denn der Verlag beschäftigte als "closed shop" nur Gewerkschaftsmitglieder. Erst als die Drucker zu Kreuze krochen, gewährte man ihnen wieder gnädig die Arbeit.

Wie sehr die Zeit für revolutionäre Kommunisten zur Intervention in diese Kämpfe reif ist, zeigt nicht nur die Tatsache des vermehrten Widerstandes gegen die vereinte Lohnrückerei der bürgerlichen "Dreifaltigkeit" von Kapital, Staatsgewerkschaft und Regierung, sondern vor allem, wie diese Streiks geführt wurden. Es handelt sich um Streiks von Berufszweigen, die zur Arbeiteraristokratie zählten und jetzt ihre schwindenden Privilegien bzw. ihren Lohnvorsprung gegenüber der "Arbeitermasse" verteidigen. Aber gerade diese "standesmäßige" Borniertheit erlaubte es den Gewerkschaften, diese Kämpfe gegen den "Sozialpakt" zu isolieren und gegen die Masse der übrigen Arbeiter auszuspielen. Denn mit Recht hat kein nichtbetroffener Lohnarbeiter ein Interesse daran, den Lohnvorsprung der privilegierten Berufe zu zementieren. Nur wenn man auf dem Boden des gemeinsamen Schicksals als Ausgebeutete solidarisch gegen das Kapital gekämpft hätte, wäre die breite Front entstanden, die nötig ist, um einem Kampf zum Sieg zu verhelfen. Daß die Gewerkschaften alles andere als dieses Interesse haben, entlarft ihren Charakter zur Genüge. Ohne kollektive Solidarität bleiben die Lohnabhängigen in der Sackgasse der Illusion einer Qualifikation und bieten der Bourgeoisie die günstigste Möglichkeit, die so aufgesplitterte Front der Arbeiterklasse nach Belieben gegeneinander auszuspielen.

Der Verfall des englischen Imperialismus mußte unter den Schlägen der Wirtschaftskrisen zum Abstieg der Arbeiteraristokratie führen, und dieser Abstieg wird sich weiter vollziehen. Nur aber wenn sich diese Arbeiter auf den Standpunkt der ganzen Klasse stellen, kann die Zerschlagung dieser wahren Bleikugel, die so lange auf der englischen Arbeiterbewegung lastete, jene Funken auslösen, die auf die Masse der Arbeiter zurückwirken und den Brand entfachen.

INDIVIDUELLE GEWALT UND REVOLUTIONÄRE VORBEREITUNG

Diesem Thema wurden im Laufe der letzten Monate verschiedene Artikel in unseren internationalen Presseorganen gewidmet. Es wird aber vor allem in Italien immer aktueller, nicht nur wegen der Zunahme Manifestationen individueller Gewalt, sondern vor allem wegen des Versuches der opportunistischen Parteien, diese als erneuten Anlaß zu benutzen für die demokratische Verseuchung des Proletariats, dessen wesentliche Aufgabe nach Meinung der Opportunisten darin bestünde, die Gewalt des bürgerlichen Staates zu unterstützen und jede gegen den Staat gerichtete Gewalt zu bekämpfen. Lama, der Oberbonze des "kommunistisch" geführten Gewerkschaftsverbands CGIL, konnte sich sogar die Frechheit erlauben, in einem Interview an Radio Moskau zu erklären, daß die Aufgabe der Arbeiterorganisationen darin liege, "die Provokateure zu isolieren und SELBSTVERSTÄNDLICH gleichzeitig die Kräfte der Polizei und der Justiz zu stärken".

Solange die Arbeiterbewegung unter Kontrolle des sozialdemokratischen und stalinistischen Opportunismus zur Klassenkollaboration mit der Bourgeoisie geführt wird, kann sie ihre Rolle als Organisator aller Impulse, die sich gegen die bürgerliche Macht richten, nicht erfüllen. Ohne daß sich die Perspektive des revolutionären proletarischen Kampfes klar und greifbar in der Gesellschaft abzeichnet, werden Verzweiflungsakte die kapitalistische Krise nicht nur begleiten: sie werden vielmehr umsonst sein und dazu neigen, ihre falschen theoretischen und taktischen Voraussetzungen immer mehr zuzuspitzen.

Die Solidarität der Kommunisten mit den verfolgten Terroristen ist daher untrennbar von ihrer Kritik an der Methode des "Terrors durch kühne Minderheiten"; vielmehr: diese Kritik ist ein nicht wegzudenkender Bestandteil der grundsätzlichen Solidarität. Sie ist aber auch untrennbar von dem Kampf gegen jede Form des Sozialpazifismus und der Klassenkollaboration.

Dem dient ein Flugblatt, das wir vor einiger Zeit in Italien aus Anlaß einer dieser bürgerlichen "Entrüstungswellen" gegen den individuellen Terrorismus verteilt haben:

"Proletarier! Genossen!

Die Ereignisse dieser letzten Tage werden von allen Parteien der Bourgeoisie als Vorwand für ein offensichtliches antiproletarisches Manöver benutzt. Wir müssen darauf antworten. Die moralische Verurteilung, die Abschreckung und die offene Repression werden kombiniert und alternierend eingesetzt, um die ganze Arbeiterklasse zu treffen.

Die erklärten Vertreter der Bourgeoisie, Leute, die tagtäglich ganze bewaffnete Abteilungen zum Zweck der Repression kommandieren, Leute, die nicht davor zögern, "von Amts wegen" alle möglichen Massaker anzuordnen, die, sobald sie es für zweckmäßig halten, ganze "illegale" bewaffnete Banden organisieren und an der Seite und in Zusammenarbeit mit den offiziellen Repressionskräften einsetzen - diese Leute möchten den einzelnen Episoden von Terrorismus dieser Tage die

Schuld für die ganze Gewalt, die ihre eigene Gesellschaft hervorbringt, zuschieben.

Die opportunistischen Parteien - an oberster Stelle die KPI als Vormund der öffentlichen Ordnung - und die Verräter, die an der Spitze der Gewerkschaften stehen, unterstützen voll und ganz die offensive Kampagne der Bourgeoisie und beteiligen sich aktiv daran mit umfassenden Denunziantendiensten, wie die niederträchtigen Plakate, auf denen jede Gewalt gegen den Staat als reaktionär angeprangert wird, belegen.

Sie zielen über die einzelnen Episoden weit hinaus: sie wollen das Proletariat zum totalen Defätismus, zum absoluten Mißtrauen in die eigene Kraft erziehen. Mit diesem Ziel versuchen sie, das Proletariat davon zu überzeugen, daß keine Auflehnung gegen die bestehende Ordnung erforderlich sei, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse (wenn man davon überhaupt noch spricht!) auf dem friedlichen, demokratischen und parlamentarischen Weg, den der bürgerliche Staat zuläßt, zu erreichen sei. Gegen jeden, der nicht willens ist, die Entwaffnung der eigenen Klasse widersprüchlos zu akzeptieren, setzen sie bereitwillig die überzeugenden Mittel der offenen Repression ein.

Es ist aber auf die Dauer nicht möglich, daß das Proletariat vergißt, wer ihm jedesmal, wenn es auch nur teilweise in den Kampf gegen die Ausbeutung tritt, den Weg versperrt. Das Proletariat muß sich darüber im Klaren sein, daß das demokratische System nicht bedeutet, daß die Bourgeoisie ihre Waffen des gewaltsamen Kampfes ablegt, sondern im Gegenteil, daß sie diese Waffen noch ergänzt durch die entscheidenden Mittel der Kollaboration seitens von Parteien und Gewerkschaften, die die Arbeiterklasse von innen her entwaffnen. Das Proletariat muß sich darüber im Klaren sein, daß Bourgeoisie und reformistischer Opportunismus eine einzige Front in Verteidigung der kapitalistischen Ordnung bilden!

Es ist also nicht Sache der Ausgebeuteten, sich der nationalen Solidarität anzuschließen, die diese Episoden zum Anlaß nimmt, um das Gespenst des Klassenkampfes auszutreiben und ausgerechnet von den Arbeitern zu verlangen, daß sie sich in den Chor der gegen die Gewalt kläffenden Bourgeoisie (und sie kläfft nur, weil es nicht die Gewalt ist, die sie gebrauchen kann!) einreihen. Auf diesem Weg wird die Arbeiterklasse nur dazu gebracht, sich ihren Ausbeutern feilzubieten, welche, vom eigenen Erfolg und von der Nachgiebigkeit der Arbeiter übermütig gemacht, dann nur noch mehr Unterdrückung und bewaffnete Verfolgung im Austausch dagegen geben werden. Das ist alles, was die opportunistische Politik den Arbeitern zu bieten hat. Gerade deshalb haben es die Arbeiter in so vielen Betrieben instinktiv abgelehnt, dem Klassenfeind die Genugtuung zu bereiten, das Proletariat sich der Motivation, mit der der einstündige Streik (in Unterstützung des Staates und zur Forderung von Polizeimaßnahmen gegen den Terrorismus) ausgerufen wurde, anschließen zu sehen.

Proletarier! Genossen!

Die revolutionären Kommunisten sehen in diesen Ereignissen (und in anderen, schwerwiegenderen) eine wiederholte Bestätigung, daß aus der Situation ununterbrochener und wachsender Gewalt in allen ihren Formen und tagtäglicher Unterdrückung und Verelendung der ausgebeuteten Klassen - alles Folgen des Kapitalismus - es keinen an-

deren Ausweg gibt, als den revolutionären Sieg des Proletariats für die Errichtung der klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft.

Zu diesem revolutionären Sieg wird man jedoch einzig und allein durch einen rücksichtslosen Kampf gegen den Opportunismus und allen Varianten der demokratischen Politik innerhalb der Arbeiterreihen ^{gelangen}. Diese lenken die Arbeiter vom Klassenkampf ab, um sie immer mehr auf den Weg der Kollaboration mit der Bourgeoisie und der unglaublichsten Reformen zu bringen, wodurch die Proletarier in noch größere Unterjochung und Ausbeutung geraten werden.

In diesem Kampf liegt der Sinn der revolutionären Vorbereitung, die man nicht auf morgen verschieben kann und die umso unerläßlicher ist, als man sich weder täuschen darf, am Vorabend der Machtergreifung zu sein, noch daß es möglich sei, durch einen bloßen Handstreich kühner Minderheiten dahin zu gelangen.

Die revolutionäre Vorbereitung verlangt, daß man die instinktiven und berechtigterweise zornigen Revolten der Proletarier weder negiert, noch verurteilt und noch weniger in eine friedliche 'humanitäre' Ablehnung der Gewalt (in dieser Gesellschaft!!) verwandelt, aber auch nicht als eine mögliche Abkürzung des Weges zur offenen Wiederaufnahme des Klassenkampfes theorisiert. In diesem letzten Fall würden sie nur Ausdruck von Ungeduld und von Zurückweichung vor den Aufgaben, die sich seit heute den Revolutionären stellen, sein.

Nur wenn sie kanalisiert, diszipliniert, organisiert und auf ein einziges und klar definiertes Ziel ausgerichtet werden, können die individuellen Aktionen die Bedeutung eines Beitrages zum revolutionären Kampf gewinnen. Andernfalls, und trotz aller Absicht, das Herz der bürgerlichen Institutionen zu treffen, können sie gegen eine immer mehr verstärkte und gepanzerte Demokratie nicht einmal die Organisation der Arbeiterklasse zur Selbstverteidigung verwirklichen: und nur in diesem Kampf kann die Arbeiterklasse heute die unerläßliche Schule des Krieges finden, in der sie sich für den Kampf um die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Errichtung der eigenen Diktatur stählt und vorbereitet.

Eine solche Vorbereitung, die gleichzeitig in der Defensive und in der Offensive liegt, entsteht allein, wenn die Arbeiterklasse den Glauben aufgibt, sie müsse die Güter und Einrichtungen des Feindes schützen und wenn die Arbeiterklasse in der marxistischen revolutionären Partei jene klare Anleitung findet, der sie zu ihrer Aktion bedarf.

Es ist notwendig, das Manöver zurückzuweisen, mit dem die Bourgeoisie einen neuen Angriff gegen die Arbeiter durchzuführen versucht. Es ist notwendig, ihre Büttel zu entlarven, die in den Reihen der Arbeiter den pazifistischen Defätismus predigen und die Denunziation praktizieren und die Arbeiter sogar dazu aufrufen, sich selbst daran zu beteiligen. Es ist notwendig, im ökonomischen wie im politischen Kampf mit der reformistischen Orientierung zu brechen. (...)"

ARBEITERKÄMPFE IN ITALIEN

Die Wirtschaftskrise mit ihren im Vergleich zu anderen Ländern besonders akuten Auswirkungen auf Italien mußte notwendigerweise zu einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, Unternehmertum und Staat führen. Auf die Frage, wie man die Schwierigkeiten überwinden soll, lautet die Antwort aus dieser Ecke einstimmig: Durch eine Verringerung der Arbeitskosten im Rahmen einer Austerität-Politik, die sich auf Regierungsebene in einer offiziellen oder inoffiziellen Mitbeteiligung der opportunistischen "Arbeitervertreter" artikulieren muß.

Dem Programm der Verringerung der Arbeitskosten dient eine Anfang dieses Jahres zwischen Unternehmerverband und Gewerkschaftszentralen unterzeichnete Vereinbarung, die u.a. eine Streichung mehrerer Feiertage, die gemeinsame Bekämpfung des "Krankfeierns" (bzw. im allgemeinen eine Steigerung der Arbeitsdisziplin) und den faktischen Verzicht auf Lohnerhöhungen beinhaltet.

Eine solche offene Politik der Klassenkollaboration und der Repression seitens der Gewerkschaften birgt selbstverständlich Gefahren in sich. So sagte der Vorsitzende des Unternehmerverbandes und ehemaliger Präsident der italienischen Zentralbank, Guido Carli, kürzlich im Fernsehen: "Für uns liegt die Gefahr darin, daß die Arbeiter sich mit ihren Lohnforderungen der Kontrolle durch die Gewerkschaften entziehen."

Es ist in diesem Zusammenhang interessant zu erwähnen, daß die Regierung ein Gesetz verabschiedet hat, das nicht nur einen Abbau der gleitenden Lohnskala (des Inflationsausgleichs) und einen Lohnstop verfügte, sondern in Erwartung einer "Nachgiebigkeit" der einzelnen Unternehmer gegenüber "Wilden Streiks" auch die Bestrafung solcher Unternehmer vorsieht, die die Lohnleitlinien verletzen sollten.

Die Reaktion der Arbeiterbasis ist unterschiedlich, auf jeden Fall entspricht sie aber bei weitem noch nicht der Dimension des Angriffs. Wir werden in einer der nächsten Nummern im Rahmen einer vorläufigen Bilanz der bisherigen Kämpfe über die Aktion der Partei in den Gewerkschaften und in den spontan entstehenden Basisorganisationen zusammenhängend berichten. Es handelt sich dabei um eine langfristige und geduldige Arbeit, in den Betrieben und überbetrieblich eine kämpferische Opposition gegen den gewerkschaftlichen Opportunismus ins Leben zu rufen, ohne die eine allgemeine Wiederaufnahme der Lohnkämpfe nicht denkbar ist. Es versteht sich von selbst, daß diese Arbeit unbedingt mit der Erziehung des Proletariats zum politischen Kampf kombiniert wird, daß sie den politischen Kampf gegen den Opportunismus und den falschen Radikalismus voraussetzt. Sie muß aber auch auf der Ebene des ökonomischen Kampfes stets von der realen Bewegung ausgehen und darf sich nicht in die Tasche lügen, die Arbeiter hätten den Klassenkampf bereits wiederaufgenommen. Mit anderen Worten, um alle Aufgaben zu erfüllen, die Lenin im "Was tun?" so eindringlich beschreibt, geht man heute von einem Niveau aus, das noch tiefer liegt als im Rußland der Jahrhundertwende.

Wir möchten hier über einen Streik der Arbeiter des Werks Bagnoli (Neapel) des italienischen Stahlkonzerns Italsider kurz berichten. Es wäre noch vorzuschicken, daß unsere Genossen hier seit Jahren eine Betriebsarbeit leisten.

Am 28. März haben die Arbeiter von Bagnoli den Lohn- und Tarifverhandlungsstop gebrochen. Ohne auf die "Genehmigung der Gewerkschaften" zu warten, streikten 3.000 Arbeiter, um eine Demonstration durch den Betrieb und eine Versammlung vor dem Personalbüro zu veranstalten. Vorzeichen für diesen Streik hatte es schon seit Tagen gegeben, als die "Gleichgültigkeit" der Gewerkschaften gegenüber den Arbeiterforderungen den Gipfel erreichte, aus Furcht vor den Interventionen unserer Genossen und der kämpferischsten Arbeiter eine Betriebsversammlung abzurufen. Die Belegschaft hatte daraufhin die Forderung nach Verteidigung des Lohns entschlossen gestellt: 180.000 Lire sofort und darüberhinaus Erhöhung des Inflationsausgleichs um 77 Punkte als Voranschuß über die nachfolgende Tarifverhandlung.

Soweit sie auf der Betriebsversammlung erschienen, wurden die Bonzen mit Pfiffen empfangen. Ihre Reden bildeten nur einen einzigen Versuch, ihre Handlungen zu rechtfertigen. Erneut verlangte man die Absetzung der betrieblichen Tarifkommission und die Einberufung der nationalen Tarifkommission nach Bagnoli, um die Tarifrunde des Industriezweiges zu eröffnen. Gegen ihren Willen mußte die Gewerkschaft die Streikstunden anerkennen.

Der Ausbruch vom 28. März war keine isolierte Episode. Seit Monaten hatte sich eine allgemeine Unzufriedenheit in Abteilungsstreiks für spezifische Forderungen Ausdruck verschafft, und der Streik vom 28. wirkte nach in einer ganzen Agitationswoche. Während dieser Woche versuchten die Bonzen, auf mehr oder weniger geschlossenen Versammlungen sich der Verpflichtungen, die sie unter dem Druck von 3.000 Arbeitern angenommen hatten, wieder zu entziehen. Am 29. verhinderte der Betriebsrat durch eine absurde Abstimmung die Absetzung der Tarifkommission, die am Tage zuvor allgemein als vollendete Tatsache gegolten hatte. Es zeigte sich erneut, daß die Mehrheit des Betriebsrates keineswegs die wirklichen Interessen der Arbeiter vertritt: Der Betriebsrat hält sich zurück, er versucht während der Streiks jeglichen Angriff der Arbeiter auf die Bonzen zu verhindern und boykottiert die Beschlüsse der Arbeiter, sobald er sich ihrer unmittelbaren Kontrolle entziehen kann.

Die FLM (Metallgewerkschaft) sowie ihre kleinen Führer und Vertreter im Betrieb legten in diesen Tagen erneut ein direktes Geständnis dafür ab, wie wenig sie die Arbeiter vertreten. Die Metallgewerkschaft selber ließ an den Betriebsräten ein Flugblatt verteilen, ohne es zu wagen, das Flugblatt zu unterzeichnen oder sich als Verfasser desselben auszugeben; Sie beschränkte sich hingegen darauf, eine "Gruppe von Arbeitern der Italsider und der Ilcrot" in Unterstützung der Gewerkschaftspolitik zu erfinden. Es erübrigt sich zu sagen, daß das erwähnte Flugblatt kein Wort über die Arbeiterforderungen und die Verteidigung des Lohnes enthielt.

Viel verwerflicher, denunziantorischer, kurzum voll auf einer Linie mit der schmutzigen anti-proletarischen Politik der KPI war jedoch ein "anonymes" Flugblatt, das die Streikenden verleumdete und als "Faschisten, Verbrecherbande, zwielichtige Elemente" beschimpfte. Sich damit zu beschäftigen, wäre nicht der Mühe wert. Man kann aber anhand dieses Beispiels den Arbeitern wieder einmal klarmachen, welche Rolle die KPI erfüllt: Sie ist Garant des sozialen Friedens (und wenn man bedenkt, daß im Verlauf dieser Wochen im ganzen Betrieb der Kampf gegen das "Krankfeiern" und die Einschüchterung der entschlosseneren Arbeiter um sich greifen!) und nur bereit, sich als "Vertreter" der Arbeiter aufzuspielen, wenn diese nicht kämpfen; wenn die Arbeiter es fertig bringen, im Kampf für Klassenziele eine wirkliche Einheit herzustellen, versucht die KPI alles, um sie zu spalten und zu verleumden.

Je mehr Zeit nach dem Streiktag verging, desto mehr Aussichten auf Erfolg hatte das Manöver des Betriebsrates, alles auf die lange Bank zu schieben und die Arbeiterbeschlüsse unter den Tisch zu fegen. Unerwünschte Gäste haben ihm aber einen Strich durch die Rechnung gemacht: Organisierte Arbeitslose, die bereits vor verschiedenen Betrieben die Isolierung gebrochen und eine Kontrolle der Überstunden durchgeführt hatten, sammelten sich vor den Betriebstoren. Noch am 31. konnte der Betriebsrat die Arbeitslosen zerstreuen und eine "unvorbereitete" und für die Gewerkschaftspolitik potentiell gefährliche Versammlung mit der Belegschaft vermeiden. Er versprach den Arbeitslosen für den nächsten Tag ein Vorbereitungstreffen für eine Versammlung. (Selbstverständlich haben die Gewerkschaftler später versucht, die Propaganda für die Teilnahme an dieser Versammlung möglichst zu hintertreiben, hegten sie ja die leere Hoffnung, die Versammlung würde dann kaum besucht und somit leicht zu manipulieren sein.)

Unsere Genossen im Betrieb haben ein kurzes Flugblatt verteilt, um die Kollegen für die Versammlung einzuladen und gleichzeitig vorbeugend vor den Versuchen der Gewerkschaft zu warnen, Lohn- und Beschäftigungsforderungen, beschäftigte Arbeiter und Arbeitslose gegeneinander auszuspielen. In diesem Flugblatt kann man u.a. lesen: *"Gerade die ständige Lohnsenkung gestattet es den Kapitalisten, mit der Bewilligung der Gewerkschaftsspitzen, Überstunden in immer massiveren Form zu erzwingen bzw. die Aussichten eines Arbeitsplatzes für die Arbeitslosen immer mehr zu verringern. Die Politik des Maßhaltens spaltet also faktisch die Arbeiter und stellt die Interessen von Beschäftigten und Arbeitslosen in Gegensatz zueinander."*

Nur im gemeinsamen Kampf gegen diese Politik und für die Abschaffung der Überstunden und die Kürzung des Arbeitstages können Beschäftigte und Arbeitslose eine Einheit herstellen. In dieser Perspektive gibt es nichts legitimeres als die Verteidigung des Lohnes, denn nur dadurch sind die Arbeiter materiell in der Lage, die Erpressung zu den Überstunden zurückzuweisen, und nur dadurch werden die Lebensbedingungen der Arbeiterfamilien, die von der Arbeitslosigkeit am härtesten getroffen werden, geschützt. Wir müssen auf der heutigen Vollversammlung diese Punkte fest behaupten gegen jeden, der es versuchen sollte, beschäftigte und unbeschäftigte

Arbeiter gegenüberzustellen und von beiden weitere Opfer für die Rettung der nationalen Wirtschaft (= Unternehmerprofite) zu verlangen. Wir müssen für folgende Forderungen, die allen Arbeitern gemeinsam sind, kämpfen:

Abschaffung der Überstunden; Kürzung des Arbeitstages; Verteidigung des Lohnes; Mindestlohn, der die Lebensbedingungen der Arbeitslosen sichert.

Wenn man auf den Kampf für diese Forderungen verzichtet, so bedeutet das, die Arbeitslosen fallenzulassen und sich selbst einer baldigen Arbeitslosigkeit auszuliefern."

Die Vollversammlung war überfüllt, und ein einziger Gewerkschaftsfunktionär wagte es, zu intervenieren. Die Interventionen der Arbeiter, darunter eines unserer Genossen, haben die Forderungen der Versammlungen vom 28. erneut behauptet sowie die Notwendigkeit, sich mit den eigenen Kampfaffen gegen die Einschüchterungsversuche innerhalb und außerhalb des Betriebes zu wehren.

Gerade in diesen Tagen gab es provokatorische Polizeidurchsuchungen in Arbeiterwohnungen und Entlassungsdrohungen gegen einen Arbeiter, dem vorgeworfen wurde...krank zu feiern. Um auf diese Ereignisse ausdrücklich zu reagieren, beschloß die Versammlung einstimmig einen einstündigen Streik für denselben Tag. Die Gewerkschaftsfunktionäre sagten zu, den Streik mitzutragen, beschlossen aber nach der Versammlung, ihn zu boykottieren. Es war die Geschäftsleitung, die das den Abteilungen mitteilte: "die Gewerkschaften verstehen, daß nur die erste Schicht streiken wird, nicht aber die anderen...". Wie man sehen kann, ein offenes Spiel. Unsere Genossen konnten noch erreichen, daß in der 2. und 3. Schicht verschiedene, wenn auch nicht alle Abteilungen in den Streik traten. Die wichtigsten Abteilungen haben aber gestreikt.

Es zeigt sich erneut, wie wichtig es ist, daß die kämpferischsten Arbeiter aller Abteilungen in enger und ständiger Verbindung zueinander bleiben, um den Kampfwillen der Arbeiter nicht demoralisieren zu lassen und den Boykottversuchen zu entgegnen. Natürlich darf man nicht die Illusion verbreiten, daß es möglich sei, sofort und ohne weiteres das Joch des gewerkschaftlichen Opportunismus abzuschütteln. Alle Arbeiter, die die Interessen der eigenen Klasse im Visier haben, müssen jedoch ununterbrochen zum Kampf gegen ihn aufrufen.

Nur in einer Atmosphäre des Kampfes und durch die Ausmerzung von reformistischen Illusionen (wie Investitionsforderung, Sanierungspläne usw.) kann sich der Zusammenschluß der Beschäftigten und der Arbeitslosen vollziehen, können die Arbeitslosen die notwendige Solidarität finden, um sich gegen die Verleumdungen zu wehren, die alle verfassungsmäßigen Parteien gegen sie richten, wie z.B. als sie die Behörden besetzten. Unsere Arbeit sowie die Arbeit jedes kampfwilligen Proletariats muß das Ziel verfolgen, die kleine Bresche, die in der Trennungsmauer zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen geöffnet wurde, zu verteidigen und auszuweiten, in jedem Betrieb das Prinzip der Massenbeteiligung der Arbeitslosen an den Vollversammlungen zu verteidigen, die Lohnforderungen zusammen mit dem Kampf gegen Überstunden, gegen Maßhalten, für Kürzung des Arbeitstages auf die Tagesordnung zu stellen.

Die Kämpfe in Bagnoli gehen weiter.

WACHABLÖSUNG IN DER INDISCHEN BOURGEOISIE

Während in Pakistan die moslemischen "Brüder" die Bevölkerung mobilisieren, um den totalen Wahlsieg ihres korrupten Klassengenossen Bhutto in einem blutigen Spektakel in Frage zu stellen, läuft die Geschichte in Indien scheinbar umgekehrt. In einem Wahlrausch, der die weißbewanderten Gandhijünger mit ihren demokratischen Sprüchen wieder nach oben schwemmte, verloren Indira Gandhi, "Mutter Indiens" genannt, und ihre Kongreßpartei ihre beherrschende Stellung. In beiden Fällen geht es um einen dramatischen Versuch der jeweiligen Bourgeoisie, mit den immer stärker werdenden revoltierenden Kräften "ihres Volkes" fertig zu werden.

30 Jahre "Unabhängigkeit" Indiens von britischer Kolonialherrschaft lassen die chronische Misere eines Landes deutlich werden, dessen Bourgeoisie die simpelsten bürgerlichen Reformen sowohl aufgrund der Bindungen an feudale Kräfte, als auch aus ständiger Angst vor der aufbrechenden Gewalt der im krassen Elend vegetierenden Massen durchzuführen außerstande war. Angeführt vom scheinbar hehren Ethos gandhischer Gewaltlosigkeit, vollzog die indische Bourgeoisie während der "Entkolonialisierung" eine butterweiche Abrechnung mit den alten Kräften. Vom letzten britischen "Vizekönig" Lord Mountbatten, der vom Sozialisten Attlee mit dem Auftrag nach Indien geschickt worden war, für England zu retten, was zu retten war, von diesem feinen Konkursverwalter des Empire war die indische Bourgeoisie so angetan, daß sie ihn nach der Unabhängigkeit gleich zum ersten Generalgouverneur machte.

In einem noch weitaus einschneidenderen Sinne lastet die Erbschaft der britischen Kolonialherrschaft auf dem heutigen Indien. Sofort nachdem die englischen Kapitalisten habgierig nach dem legendären Reichtum des damaligen Indiens gegriffen hatten, zerstörten sie die Einheit von Agrikultur und Manufaktur, um gegen das dörfliche Handwerk Indiens ihre industriellen Textilien verkaufen zu können. Mit der Zerschlagung dieser urwüchsigen Arbeitsteilung wurde nicht nur eine eigenständige Entwicklungsperspektive für Indien unmöglich, vielmehr vollzog sich unter der britischen Herrschaft eine charakteristische "Reagrarisierung" dieses Subkontinents. Auch wenn die autarken kollektiven Wirtschaftseinheiten der indischen Dörfer schon unter den Moguln Zerfallerscheinungen zeigten, so schufen jedoch erst die wirtschaftlichen wie politischen Maßnahmen des englischen Kapitalismus eine Sozialstruktur, die immer stärker feudale Züge aufwies. In ihrer Gier nach maximaler Ausbeutung bei geringstem Verwaltungsaufwand schufen die Engländer ein feines Netz indirekter Herrschaft, das sich vor allem auf lokale Großgrundbesitzer stützte. Die "Zamindars", unter den Moguln dem Staat verpflichtete Steuereintreiber, wurden unter der britischen Gesetzgebung mehr und mehr zu Grundeigentümern gemacht, die ein Vielfaches der abzuführenden Steuern eintraben. Illustre Stütze dieser indirekten Herrschaft waren aber vor allem die sagenhaften 565 Maharadschas, Nawabs, Radschas usw., die ein Drittel der Bodenfläche Indiens formal unabhängig verwalteten und in ihren kleinen und großen Territorien ein exzentrisches Schauspiel von britischen Gnaden

aufführten.

Angesichts dieser halbfeudal gehaltenen Kolonialstrukturen hätte nur eine radikale Revolution diese Geister von gestern hinwegfegen können. Was aber in dieser Hinsicht von einer im Schatten der Kolonialherrschaft großgewordenen Bourgeoisie zu erwarten ist, zeigt gerade Indien glasklar. Durch die Teilung des Subkontinents in Indien und Pakistan wie durch die von der britischen Administration übernommene Zergliederung der Verwaltungsgebiete wurde eine nationale Einheit vertan. Aber sträflicher als in der nationalen Frage wirkte sich die Lauheit der indischen Bourgeoisie auf die für jede bürgerliche Veränderung zentrale soziale Frage der Agrarreform aus. Eine Zerschlagung der historisch entstandenen halbfeudalen Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft wurde nie gefordert, in Resolutionen sprach man höchstens zaghaft von möglicher Neuverteilung. Heraus kam nach 1947 eine "Reform", die außer der Steuereintreibung, die jetzt vom Staat direkt besorgt wurde, praktisch alles beim alten ließ. Nur unter größten Schwierigkeiten gelang es, die alten Steuergewaltigen Zamindars ihrer Funktion zu entheben, nicht ohne sie natürlich überreichlich zu entschädigen, wobei die Mittel dafür durch entsprechend erhöhte Grundsteuern bei den Bauern eingetrieben wurden. Ihrer relativen "Hoheitsfunktion" verlustig, verblieben diese Zamindars der indischen Landbevölkerung als normale Großbauern erhalten, die den neugewonnenen Reichtum zielstrebig einsetzten, um ihren Besitz zu arrondieren oder um mit dem bewährten Mittel des Kredits die kleinen Bauern in eine Dauerschuld pacht zu pressen. Insgesamt hatte sich jedenfalls für den indischen Bauern, Pächter oder Landarbeiter nach der Unabhängigkeit nichts an seinem Los verbessert. Und bis heute hat sich daran trotz übergroßer Parlamentsmehrheiten der Kongreßpartei nichts geändert. Diese Partei des Großkapitals und der Großagrarien wäre dazu auch nie in der Lage gewesen. Nach wie vor vergeben die Landbesitzer ihre Felder an Unterpächter, die dafür die Hälfte der Ernte abführen müssen; nach wie vor werden die Dörfer von den landbesitzenden Kasten beherrscht; nach wie vor werden die illegalen Pachtverträge nur mündlich geschlossen, und die Landbevölkerung ist diesen Praktiken völlig hilflos ausgeliefert.

So butterweich die indische Bourgeoisie sich auf der einen Seite zeigte, so brutal unterdrückte sie alle Versuche der Landarbeiter und Bauern, die Besitzverhältnisse auf dem Lande zu zerschlagen. Exemplarisch sind die Erfahrungen im größten Aufstand indischer Bauern in Telengana (1945 - 1951). In diesem Gebiet des wegen seines Geizes bekannten Nizam von Hyderabad, dem größten und anmaßenden dieser indischen Nabobs, entfachten die Bauern einen Sturm, der alles hinwegzufegen drohte. Nachdem dieser Kampf das Regime des Nizam bereits ins Wanken gebracht hatte, startete die Nehru-Regierung 1948 ihre "Polizeiaktion", die offiziell den Nizam zur Kapitulation zwingen sollte - er weigerte sich nämlich abzutreten -, deren wirklicher Auftrag aber die Zerschlagung der den bäuerlichen Widerstand tragenden Kampftruppen war. Mit modernen Waffen und Operationen im Stile systematischer Partisanenbekämpfung ging die junge indi-

sche Regierung - assistiert von britischen "Experten" - äußerst brutal gegen diese Landbewegung vor. Etwa 100.000 Bauern wurden gefangengenommen und 4.000 ermordet. Nachdem so "Ruhe und Ordnung" im Sinne der Bourgeoisie wiederhergestellt worden war, kehrten die Großgrundbesitzer, die aus Furcht in die Städte geflohen waren, in "ihre" Dörfer zurück.

Spätere Versuche einer Agrarreform blieben stets leere Verlautbarungen, und die perspektivlose "Grüne Revolution", die - von den USA lanciert - allein in verbesserter Agrartechnik einen Ausweg aus der Agrarkrise suchte, brachte keine Änderung der chronischen Misere. In den rd. 550.000 indischen Dörfern leben 80% der Bevölkerung. Fast 70% der Inder arbeiten in der Landwirtschaft, aber dieser Sektor trägt nur 44% zum "Volkseinkommen" bei. Folgende Zahlen geben nur einen blassen Eindruck von der verheerenden Lage. Nur 10% der ländlichen "Haushalte" besitzen 56% des bebaubaren Landes; 44% sämtlicher ländlicher "Haushalte" leben praktisch außerhalb des modernen Produktionsprozesses. Die Zahl der Landarbeiter beträgt mit rd. 47 Millionen ungefähr 38% der gesamten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. 63,8% der ländlichen "Haushalte" sind chronisch überschuldet. Insgesamt ergibt sich daraus als Resultat: niedrige Produktivität, permanente Veräußerung des Landes, Massenverarmung und niedriges Konsumtionsniveau: 45% der gesamten Bevölkerung fristet ihr Dasein unterhalb der offiziellen "Armutslinie"; von den 80% der Bevölkerung, die auf dem Lande leben, vegetieren mehr als 60% am Rande des Existenzminimums.

Die Großindustrie stellt in Indien noch immer einen sehr kleinen Teil der Wirtschaft dar. Sie produziert 6 - 8% des "Volkseinkommens" und beschäftigt nur 2 - 4% der Erwerbsbevölkerung. Stärker als die Arbeiter in der Großindustrie wuchsen in den letzten Jahren die Angestellten im Dienstleistungsbereich und im Staatssektor, was den parasitären Charakter des indischen Kapitalismus verdeutlicht. Die industrielle Struktur ist im wesentlichen auf die obersten 10% der Bevölkerung ausgerichtet, die allein mit ihrer Kaufkraft der Industrie einen Absatz ermöglichen. Zwischen der herrschenden Klasse von Großkapital und Großgrundbesitz im Verein mit dem ausländischen Kapital ergibt sich eine enge Kumpanei: Die Großgrundbesitzer und reichen Bauern schaffen einen relativ großen Markt für industriell gefertigte Waren. Dazu sorgen sie dank ihrer brutalen Ausbeutung dafür, daß ein gleichmäßig fließender Strom von billigen Landarbeitern die Slums der Städte füllen und so den Industriezentren als industrielle Reservearmee zugeht. Die städtische Großbourgeoisie rafft auf einem engen, geschützten Markt hohe Profite und garantiert dem ausländischen Kapital dabei weitgehende Einflußmöglichkeiten. Niemand möchte dieses "Gleichgewicht" zerstören, niemand außer den ausgesaugten armen Bauern, den Land- und Industriearbeitern sowie der großen Masse von arbeitslosen oder unterbeschäftigten (!) "Schatten von Menschen".

Und ganz entgegen dem Märchen vom Fatalismus der indischen Bauern entfacht sich auf dem Lande ein immer stärkerer Widerstand gegen die staatliche Willkürherrschaft. Er trägt allerdings kaum spektakuläre Züge. Allein die Aufstandsbewegung der Naxaliten (1967-71) machte größere Schlag-

zeilen.

Entsprechend wuchs die staatliche Repression. Der Polizei- und Militärapparat wurde von der indischen Bourgeoisie ständig ausgebaut. Insgesamt schoß die Polizei während der letzten 25 Jahre rd. 2.800 mal auf Demonstranten, wobei 1.900 Menschen ermordet und 5.000 verletzt wurden. Man kann sich vorstellen, wie diese Zahlen in Wirklichkeit viel höher sind. Es ist bezeichnend für den im Westen von unseren "kämpferischen Demokraten" immer wieder betonten demokratischen Charakter Indiens, daß das Land während seiner bisherigen Unabhängigkeit rd. 10 Jahre unter dem Ausnahmezustand war. Für den von östlicher Seite so gelobten "progressiven Charakter" dieser "größten Demokratie der Welt" mögen obige Zahlen zur Sozialstruktur des Landes geradestehen.

Aber nicht allein durch staatlichen Terror versuchte die indische Bourgeoisie Herr der wachsenden Revolten zu werden. Sie setzte daneben sehr bewußt das beliebte Register verschiedener innen- wie außenpolitischer demagogischer Tricks in Gang. Außenpolitische Konflikte mit Pakistan und China, der spektakuläre Atombombentest am Höhepunkt des Eisenbahnerstreiks 1974. Daneben natürlich in immer neuen Varianten sich wiederholende Versprechungen über die Verbesserung der Lage des "kleinen Mannes". Schon längst hatte so die Kongreßpartei in den Augen der Massen abgewirtschaftet. Der geschickten Taktikerin Gandhi gelang nur deshalb der spektakuläre Wahlerfolg von 1971, den sie im übrigen mit dem Schlachtruf "Vertreibt die Armut" geführt hatte, weil sie sich 1969 noch rechtzeitig von einem Teil der alten Garde der Partei - dem Syndikat - abzusetzen verstand.

Der Teufelskreis des indischen Kapitalismus, basierend auf der chronischen Misere seiner Landwirtschaft und der daraus resultierenden "Scheinindustrialisierung" schürte in den letzten Jahren ein wachsendes soziales Konfliktpotential. Zu den Unruhen, die in den letzten Jahren immer wieder auf dem Lande aufflackerten, sind Aufstände und Streiks in den Städten hinzugekommen. Letzter Höhepunkt war sicher der 20-tägige Streik der Eisenbahner im Mai 1974, der allein mit Hilfe brutaler Repression des Staates niedergeschlagen werden konnte.

Unruhen auf dem Lande, Streiks und Demonstrationen in den Städten spitzten sich immer mehr zu. Die Kongreßpartei hatte mit ihren leeren Versprechungen die Glaubwürdigkeit bei den indischen Massen fast gänzlich verspielt. In dieser Situation wachsender sozialer Spannungen praktizierte die indische Bourgeoisie eine bezeichnende Doppelstrategie. Während Indira Gandhi und die Kongreßpartei mit allen staatlichen Mitteln die Revolten einzudämmen versuchten, stützte sich der schwerkranke Greis Jaya Prakash Narayan, ein Jünger Mahatma Gandhis, an die Spitze einer "Antikorruptionskampagne". Dieser Teil der indischen Bourgeoisie verstand es so, mit Hilfe des "hehren" Prinzips der Gewaltlosigkeit, der sozialen Bewegung weitgehend ihre radikale Spitze zu kappen. Dieser entschärfte Widerstand gegen die Kongreßpartei, sowie die Verurteilung der Ministerpräsidentin durch den Obersten Gerichtshof im Juni 1975 wegen korrupter Wahlpraktiken signalisierten den Willen zu mindest eines Teils der Bourgeoisie, mit dem

diskreditierten Indira-Regime Schluß zu machen, um neuen, scheinbar noch nicht verschlissenen Kräften das weitere Geschäft des Volksbetrugs zu überlassen.

Andererseits bestanden sicher starke Kräfte des in- und ausländischen Kapitals darauf, endlich rigoros den Widerstand der Ausgebeuteten zu brechen. Ein "starker Staat" sollte nach dieser simplen Logik Ruhe ins Land bringen. Zerschlagung der Gewerkschaften, Streikverbot und Einfrieren der Löhne auf Niedrigstniveau sind die Standardmaßnahmen des Kapitals in solchen Situationen. Und sie wurden nach der Ausrufung des Ausnahmezustands am 26. Juni 1975 zur Freude des Kapitals auch tunlichst praktiziert.

Diese unter dem Motto "Starker Staat- Gesunde Wirtschaft" durchgeführte offene staatliche Willkürherrschaft, garniert mit neuerlichen sozialen Versprechungen, fand von Anfang an den mehr oder weniger unverhohlenen Beifall des Kapitals in Ost und West. Aber die Rechnung scheint nicht wie gewohnt aufgegangen zu sein. Vor allem die erzwungenen Sterilisierungsmaßnahmen untergruben die letzten Existenzperspektiven dieser ausgegrenzten Opfer des Kapitals, die praktisch allein in einer großen Kinderschar eine Chance für ihr eigenes Überleben erblicken können. Jedenfalls schwoll unterirdisch der Widerstand und zeigte trotz schärfster Repression katastrophale Dimensionen an. In dieser Lage entwickelte die indische Bourgeoisie wahrlich eine beachtliche Flexibilität. Die Ministerpräsidentin setzte einen Termin für vorgezogene Wahlen, um die Stimmung besser testen zu können. Derweil organisierten sich in einem demagogisch-demokratischen Veitsitz die verschiedenen Kräfte von Gestern und brachten es in der Tat fertig, den malträtierten Massen Indira Gandhi und ihren größtenwahnsinnigen Sohn als Sündenböcke zu verkaufen.

In einer Wahlallianz gelang es den Mumien des alten Kongreß unter der Führung Desais, eben jenes "Kampfgefährten" Indiras, der 1969 aus Opposition gegen deren Verstaatlichungsmaßnahmen die Kongreßpartei verlassen hatte, alle konservativen bis reaktionären Kräfte zu sammeln, um somit die Grundlage für eine massive Abwendung fast aller Kräfte des status quo von Indira Gandhi zu schaffen. Selbst der altgediente Indira-Minister, der "Unberührbare" Ram, vollzog im Februar einen Schachzug und setzte sich mit einer neu gegründeten Partei, dem "Kongreß für Demokratie", ab. Nach dem beispiellosen Wahlsieg schlossen sich alle diese Strömungen, zu denen auch die Sozialdemokraten gehören, zur jetzt die Szene beherrschenden Janata Partei (Volkspartei) zusammen. Zu deren Präsident wurde der einstige "Kongreß-Jungtürke" Chandra Shekhar gewählt, ein den Sozialisten zuneigender Politiker, der sich in der Vergangenheit als entschiedener Antikommunist hervorgetan hatte" (NZZ v. 4.5.77).

Diese bunte Koalition vor allem konservativer Kräfte verspricht nun wie eh und je eine vollständige Neuerung Indiens durchzuführen, während sie in Wirklichkeit nichts anderes als eine Scheinverjüngung der Kongreß-Partei zu deren Rettung durchführt. Aber so leicht die indischen Massen durch den demokratischen Zirkus auch in eine ekstatische Stimmung zu bringen waren, so schwer wird es der Bourgeoisie trotz Janata-Partei in Zukunft fallen, ihrem Schwindel mit demokratischer Droge die bewußtseinstrübende Wirkung

zu erhalten. Für die Massen wird nach dem Rausch sich nur zu bald der Katzenjammer einstellen.

Das erstaunliche Phänomen, daß trotz des unermesslichen Kampfpotentials in den Dörfern und Städten es bis jetzt zu keinerlei koordinierten Kampffaktionen auf nationaler Ebene gekommen ist, und sich die Massen vielmehr von der Bourgeoisie durch Terror und demokratische Schmiere zurückhalten lassen, folgt sicher aus der Tatsache, daß sich die indische Gesellschaft immer noch im Übergang zwischen vorkapitalistischem, kastenorientiertem Wertsystem und einer kapitalistischen Klassengesellschaft befindet. Aber ebenso schwer lastet auf den Kämpfen das Gewicht des stalinistischen und maoistischen Opportunismus, der einen nicht geringen Anteil an den bisherigen Niederlagen der indischen Bauern und Arbeiter hatte.

Die stalinistische CPI unterstützte als der getreue Außenposten Moskaus bis zur letzten Stunde die Kongreß-Partei. 1964 kam es mit der CPI (M) (M = Marxisten) zu einer ersten Abspaltung, die aber auch weitgehend den "friedlichen Übergang zum Sozialismus" predigte. Ihre konfuse Politik zeigte besonders sinnfällig eine verheerende Wirkung im Aufstand der Bauern im Norden Bengalens. Unter Anleitung einiger maoistischen Kader dieser CPI (M) starteten Plantagearbeiter und Kleinbauern im Distrikt Darjeeling eine Landnahmeaktion, die das Signal für eine agrarrevolutionäre Erhebung im nationalen Maßstab werden sollte. Zur gleichen Zeit errang diese CPI (M) in Bengalen gegen den Kongress einen entscheidenden Wahlerfolg und stellte eine von ihr beherrschte Koalitionsregierung. Als sich die Aktion nicht mehr rundweg abblasen ließ, zeigten diese Maoisten ihr wahres Gesicht. In einer großangelegten Polizeiaktion unter Leitung des maoistischen Innenministers wurde eine Bauernbewegung niedergeschlagen, die obendrein noch materielle Ziele verfolgte, die von den Gesetzen gedeckt waren.

Eine neuerliche Spaltung führte daraufhin 1969 zur Bildung der CPI (ML), die jetzt die "Volkskämpfe" der Naxaliten im Sinne maoistischen Gedankenguts vorwärtstreiben wollte. In der zweiten Etappe der Naxaliten-Bewegung in den Bergzonen Skrikakulams, eines Distrikts des Bundeslandes Andhra Pradesh, beschränkte sich die CPI (ML) unter Aufgabe von "Massenaktionen" vor allem auf die Praxis der "Hinrichtung des Klassenfeindes". Die kämpfenden Bauern wurden zu bloßen Zuschauern der Vollstreckung von Todesurteilen an den verhaßten Großgrundbesitzern durch Parteikader reduziert. Ohne sich mit der Klärung grundsätzlicher programmatischer Fragen zu belasten, stillten so kleinbürgerliche Maoisten ihren Aktionsrausch im individuellen Terror. Im euphorischen Wahn wurde diese "Vernichtungsschlacht" exemplarischer "Klassenfeinde" durch kleine Guerilla-Trupps mit dem sozialen Brand des Klassenkampfes gleichgesetzt.

Nicht zuletzt dieser Mangel an revolutionärer Strategie und Taktik gepaart mit einer beispiellosen Selbstüberschätzung machte es der bürgerlichen Regierung leicht, die Naxaliten zu isolieren und schwer zu schlagen.

Neben den Sozialdemokraten sind es vor allem diese Stalinisten und Maoisten, die in den Reihen der Arbeiter und Bauern ihr Unwesen treiben.

Unter diesen Bedingungen fiel es der indischen Bourgeoisie bislang nicht schwer, die rebellierenden Arbeiter und Bauern in Schach zu halten. Durchweg wurden die Kämpfe auf dem Lande ohnehin nur regional geführt, und eine Koordinierung des Kampfes von Stadt und Land wurde - wenn überhaupt - nur höchst mangelhaft in die Wege geleitet. Unter den Vorzeichen künftiger Stürme in Indien gewinnt die für den Erfolg der Klassenkämpfe auf dem Subkontinent bisher vermißte

und so notwendige revolutionär-marxistische Perspektive eine doppelte Bedeutung: Einerseits muß diese Perspektive erst noch in die indischen Klassenkämpfe überhaupt eingeführt werden, und dies ist Sache einer internationalen Partei revolutionärer Marxisten, andererseits können die Klassenkämpfe in Indien selbst zu einer Erschütterung der ganzen Weltordnung führen und somit für den internationalen Klassenkampf des Proletariats wichtige Impulse liefern.



WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

in deutscher Sprache

Klassensolidarität mit dem chilenischen Proletariat DM 2,50
Portugal - Rausch und Katzenjammer einer Scheinrevolution DM 3,--

Reihe "Texte der Internationalen Kommunistischen Partei"

1. - DIE FRAGE DER REVOLUTIONÄREN PARTEI DM 3,--
2. - REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION IN RUSSLAND DM 3,--
3. - DER KAMPF GEGEN DEN ALTEN UND DEN HEUTIGEN REVISIONISMUS DM 3,--
4. - DIE GRUNDLAGEN DES REVOLUTIONÄREN KOMMUNISMUS DM 3,--
5. - WAS HEISST ES, DEN MARXISMUS ZU VERTEIDIGEN ? DM 3,--
- in Vorbereitung
6. - GEWALT UND DIKTATUR IM KLASSENKAMPF
7. - DIALOG MIT STALIN

in französischer Sprache

La question parlementaire dans l'Internationale Communiste DM 2,--

Reihe "Les Textes du Parti Communiste International"

1. - COMMUNISME ET FASCISME DM 4,--
2. - PARTI ET CLASSE DM 4,--
4. - ELEMENTS D'ORIENTATION MARXISTE --
5. - LA "MALADIE INFANTILE", CONDAMNATION DES FUTURS RENEGATS. Sur la brochure de Lénine "La maladie infantile du communisme" DM 4,--
6. - FORCE, VIOLENCE, DICTATURE DANS LA LUTTE DE CLASSES DM 2,--
7. - DEFENSE DE LA CONTINUITE DU PROGRAMME COMMUNISTE. 224 pages dans lesquelles sont reproduits les textes fondamentaux de notre courant publiés de 1920 à nos jours DM 8,--

in italienischer Sprache

STORIA DELLA SINISTRA COMUNISTA - Vol. 1 - 1912-1919: dalle origini, attraverso il primo conflitto imperialistico, all'immediato dopoguerra, 423 Seiten DM 20,--
STORIA DELLA SINISTRA COMUNISTA - Vol. 2 - 1919-1920: dal congresso di Bologna del PSI al secondo congresso dell'Internazionale Comunista, 740 Seiten DM 25,--
STRUTTURA ECONOMICA E SOCIALE DELLA RUSSIA D'OGGI, 752 Seiten DM 25,--

Reihe "I testi del partito comunista internazionale"

1. - TRACCIATO D'IMPOSTAZIONE - I FONDAMENTI DEL COMUNISMO RIVOLUZIONARIO, DM 4,50
2. - IN DIFESA DELLA CONTINUITA' DEL PROGRAMMA COMUNISTA, 200 Seiten DM 7,50
3. - ELEMENTI DELL'ECONOMIA MARXISTA - SUL METODO DIALETTICO - COMUNISMO E CONOSCENZA UMANA, 125 Seiten DM 8,--
4. - PARTITO E CLASSE, 137 Seiten DM 9,--
5. - "L'ESTREMISMO MALATTIA INFANTILE DEL COMUNISMO" CONDANNA DEI FUTURI RINNEGATI, 123 Seiten DM 6,--
6. - PER L'ORGANICA SISTEMAZIONE DEI PRINCIPI COMUNISTI, 198 Seiten DM 5,--

in englischer Sprache

Reihe "The Texts of the International Communist Party"

1. - THE FUNDAMENTALS OF REVOLUTIONARY COMMUNISM DM 2,50
2. - PARTY AND CLASS DM 3,--

in spanischer Sprache

Reihe "Los textos del partido comunista internacional"

1. - LOS FUNDAMENTOS DEL COMUNISMO REVOLUCIONARIO DM 2,--
2. - FUERZA VIOLENCIA DICTADURA EN LA LUCHA DE CLASE DM 2,--
3. - PARTIDO Y CLASE DM 4,--

in portugiesischer Sprache

As lutas de classe em Portugal de 25 de Abril a 25 de Novembro DM 2,50

Reihe "Os textos do partido comunista internacional"

1. - TESES CARACTERISTICAS DO PARTIDO: BASES DE ADESAO DM 2,--
2. - LIÇÕES DAS CONTRA-REVOLUÇÕES DM 2,--
3. - OS FUNDAMENTOS DO COMUNISMO REVOLUCIONARIO DM 2,50